



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

41. Sitzung

6. Wahlperiode

Freitag, 26. April 2013, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Beate Schlupp,
Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

Inhalt

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung und Schließung bestehender Steuerschlupflöcher – Drucksache 6/1740 –	3	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Energiewende braucht Beteiligungsmöglichkeiten – Drucksache 6/1756 –	13
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/1814 –	3	Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13, 20
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/1815 –	3	Ministerin Uta-Maria Kuder	14
Dietmar Eifler, CDU	3	Rudolf Borchert, SPD	15
Ministerin Heike Polzin	4	Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	16
Jeannine Rösler, DIE LINKE	5	Jürgen Seidel, CDU	17
Tilo Gundlack, SPD	7	Udo Pastörs, NPD	19, 21
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	9	B e s c h l u s s	21
Udo Pastörs, NPD	10	Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Für eine Willkommenskultur in Mecklenburg-Vorpommern – Menschen mit Migrationshintergrund bereichern unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben – Drucksache 6/1758 –	21
Egbert Liskow, CDU	12	Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	22
B e s c h l u s s	12	Ministerin Manuela Schwesig	23
		Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE	25

Martina Tegtmeier, SPD	27	Nächste Sitzung	
Michael Andrejewski, NPD	30	Mittwoch, 29. Mai 2013	54
Michael Silkeit, CDU	32		
B e s c h l u s s	35		

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Leiharbeitsverhältnisse wirksam begrenzen

– Drucksache 6/1745 –	35
Henning Foerster, DIE LINKE	35, 44
Ministerin Manuela Schwesig	37
Torsten Renz, CDU	38, 46
Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	41
Martina Tegtmeier, SPD	42
Stefan Köster, NPD	43
B e s c h l u s s	47

Antrag der Fraktion DIE LINKE

**Unabhängige, produktneutrale
Arzneimittelberatung aufbauen**

– Drucksache 6/1747 –	47
Torsten Koplin, DIE LINKE	47, 53
Ministerin Manuela Schwesig	49
Bernd Schubert, CDU	50
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	51
Julian Barlen, SPD	52
B e s c h l u s s	54

Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Europa- und Bundesangelegenheiten,
Justiz, Verfassung, Geschäftsordnung,
Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten
(Europa- und Rechtsausschuss, 3. Ausschuss)
gemäß § 70 GO LT (Immunitätsangelegenheiten)
Antrag auf Genehmigung der Anklageerhebung

– Drucksache 6/1805 –	54
B e s c h l u s s	54

Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Europa- und Bundesangelegenheiten,
Justiz, Verfassung, Geschäftsordnung,
Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten
(Europa- und Rechtsausschuss, 3. Ausschuss)
gemäß § 70 GO LT (Immunitätsangelegenheiten)
Antrag auf Genehmigung der Anklageerhebung

– Drucksache 6/1806 –	54
B e s c h l u s s	54

Beginn: 9.03 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: So, meine sehr geehrten Damen und Herren Katzenhalter, Nichtkatzenhalter, bitte Platz nehmen.

(allgemeine Heiterkeit)

Ja, ich wurde gerade daran erinnert, auch die Vogelbesitzer bitte.

So, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich, dass wir gut gelaunt in den letzten Tag der Sitzungswoche gehen, und begrüße Sie zur 41. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung und Schließung bestehender Steuerschlupflöcher, auf Drucksache 6/1740. Hierzu liegen Ihnen zwei Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 6/1814 und 6/1815 vor.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Konsequente Verfolgung von
Steuerhinterziehung und Schließung
bestehender Steuerschlupflöcher
– Drucksache 6/1740 –**

**Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 6/1814 –**

**Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 6/1815 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Eifler für die Fraktion der CDU.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Guten Morgen!

(Zurufe aus dem Plenum: Guten Morgen!)

Als der Ihnen vorliegende Antrag vor gut zwei Wochen der Landtagspräsidentin zuing, konnte wohl niemand ahnen, dass die Diskussion um Steuerhinterziehung, Steueroasen, Steuervermeidung eine weitere, für uns alle überraschende neue Facette hinzugewinnen würde.

(Michael Andrejewski, NPD: Facette ist gut!)

Das ist erfreulich und bedauerlich zugleich.

(Stefan Köster, NPD: Ihre Kumpels.)

Erfreulich ist, dass wir heute im Landtag ein sehr aktuelles, beinahe tagesaktuelles Thema diskutieren. Bedauerlich ist, dass wir diese Debatte überhaupt führen müssen, denn wir alle sind uns sicher darin einig, dass es besser wäre, wenn niemand seine Steuern hinterziehen oder jeder darauf verzichten würde, Steuern zu vermeiden, wo es nur geht.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Debatte, das führen uns die Medien jeden Tag vor Augen, ist dabei ausgesprochen vielschichtig. Es geht nämlich um zumindest zwei Dinge, die nichts miteinander zu tun haben, aber zum selben Ergebnis führen. Das eine ist eine Straftat, das andere ist das geschickte Anwenden von Gesetzen. Das Ergebnis ist in beiden Fällen, dass die Steuerlast gedrückt wird. Die rechtliche und auch die moralische Bewertung ist aber jeweils eine andere.

Sehr geehrte Damen und Herren, was ist Steuerhinterziehung im juristischen Sinne? Ich könnte Ihnen jetzt den Paragraphen 370 des Strafgesetzbuches vorlesen, darauf verzichte ich aber und fasse ihn kurz zusammen: Wer das Finanzamt über die Höhe seines Einkommens anlügt, der hinterzieht Steuern. Das ist eine Straftat und ich betone das an dieser Stelle besonders, weil Steuerhinterziehung in der öffentlichen Diskussion mitunter nur den Stellenwert einnimmt wie etwa Falschparken. Tatsächlich steht Steuerhinterziehung im strafrechtlichen Sinne ungefähr auf einer Stufe mit Diebstahl oder Körperverletzung, und das zu Recht.

Wer Steuern hinterzieht, schadet dem Staat, unserem Gemeinwesen. Dies ist nicht hinnehmbar. Etwas anderes hingegen ist die legale Steuervermeidung oder Steuerverumgehung. Hier nutzen Findige die Lücken im deutschen Steuerrecht, vor allen Dingen nutzen sie aber die Möglichkeit internationaler Konzernverflechtungen. Das ist nicht verboten, aber es führt letztendlich dazu, dass der Staat auf wichtige Einnahmen verzichten muss, auf die er zur Finanzierung seiner Aufgaben und zur Unterhaltung des Gemeinwesens angewiesen ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, viele der geschätzten Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen dieses Landtages nutzen die sogenannten lüfterlosen Lesegeräte.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jawoll.)

Der eine oder andere hat solch ein Gerät vor sich auf dem Tisch liegen. Die meisten von uns verwenden ein Gerät von einem sehr bekannten Hersteller. Ich nehme mich da gar nicht aus, auch mein Lesegerät und mein Mobiltelefon sind von diesem Hersteller.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Wissen Sie, wie viel Prozent Steuern dieser Konzern auf seinen Auslandsgewinn bezahlt? Ich sage es Ihnen: Es sind insgesamt nur 1,9 Prozent. Dieser Konzern ist kein Einzelfall und er handelt, soweit ich informiert bin, völlig legal.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in dem Antrag, der Ihnen vorliegt, werden beide Tatbestände genannt, die Steuerhinterziehung und die legale Steuervermeidung. Leider, und das wissen Sie ebenso gut wie ich, gibt es kein einfaches Rezept, um Steuerhinterzieher dingfest zu machen, ebenso wenig wie legale, aber unerwünschte Steuervermeidung zu begrenzen. Solange es Staaten gibt, die offensiv mit niedrigen Steuern oder verschwiegenen Banken locken, haben wir in Deutschland kaum eine Chance, das Problem nationalstaatlich zu lösen.

Dass Datendiebe Steuerhinterzieher beim Fiskus anschwärzen, führt zwar dazu, dass zufällig einzelne Sün-

der aufliegen, dauerhaft kann sich ein Rechtsstaat solch ein Vorgehen aber nicht leisten. Wir müssen daher auf staatlicher Seite das tun, was wir tun können, um Steuerhinterziehung zu vermeiden. Wir müssen uns zugleich aber auch darüber im Klaren sein, dass die wirklichen Schlachten auf internationaler Ebene geschlagen werden.

Ein einfaches, nachvollziehbares Steuerrecht, das Steuerschlupflöcher in Deutschland schließt, ist daher meines Erachtens ein ebenso richtiger Schritt wie das Einrichten einer Bund-Länder-Task-Force, die vorhandenes Wissen über illegale Steuervermeidungsstrategien in Deutschland bündelt und vernetzt. Eine solche Task-Force könnte zum Beispiel beim Bundeszentralamt für Steuern angedockt werden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Zugleich muss auf internationaler Ebene alles dafür getan werden, dass sogenannten Steueroasen das Leben schwer gemacht wird und Konzerne weniger Möglichkeiten bekommen, ihre Steuerlast zu drücken, und dies mit gutem Grund. Deutsche Unternehmen, die davon profitieren, dass der Staat für Sicherheit sorgt, Infrastruktur bereithält und jungen Menschen eine erstklassige Ausbildung zukommen lässt, haben zumindest eine moralische Pflicht, in diesem Land auch in angemessener Höhe Steuern zu bezahlen. Wer dies bislang legal vermeidet, handelt zwar nicht ungesetzlich, ich bin mir aber sicher, dass dieser Zustand nicht ewig andauern wird. Wenn die heutige Debatte einen Beitrag dazu leistet, wäre schon viel gewonnen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Eifler.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Heike Polzin.

Ministerin Heike Polzin: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einerseits bedauere ich, dass ich heute zu diesem Antrag sprechen muss, denn es ist schon traurig, dass er überhaupt gestellt werden muss. Aber leider gibt es immer noch eine nicht unbedeutende Anzahl von Vermögenden, gefühlt eine wachsende Anzahl, die sich der Solidargemeinschaft entzieht, indem sie ihr Geld in sogenannte Steueroasen verlagern.

Daher freue ich mich andererseits auch, dass die Koalitionsfraktionen mit diesem Antrag gemeinsam ein klares Zeichen für die konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung setzen. Denn eine Gemeinschaft kann nur funktionieren, wenn die Lasten gerecht verteilt werden. Durch Steuerhinterziehung und Steuergestaltung entgehen dem Staat nach seriösen Schätzungen jedes Jahr Einnahmen in Milliardenhöhe. Womöglich könnten wir uns sogar die Debatten um die Wiederbelebung der Vermögenssteuer sparen, wenn alle Vermögenden aufrecht wären und ihren Teil zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten würden.

Doch als lebenserfahrene Frau habe ich mittlerweile die Hoffnung verloren, dass es reicht, in diesem Punkt an die Moral zu appellieren, denn während seit Jahren die Kluft zwischen Arm und Reich wächst, entzieht sich ein Teil der Vermögenden nach wie vor seiner Verantwortung durch Steuerflucht. Und damit meine ich jetzt keineswegs nur die illegale Steuerhinterziehung, sondern auch legale Modelle, die beschönigend mit dem Begriff „Steuroptimierung“ belegt sind.

Besonders perfide dabei ist, dass bei diesen Modellen auch die Banken helfen, die zuvor mit dem Geld von ehrlichen Steuerzahlern gerettet wurden. Und daher halte ich es auch für gerechtfertigt, dass es Möglichkeiten gibt, mit denen dieses zutiefst unmoralische Verhalten sanktioniert werden kann. Im äußersten Fall auch durch Entziehung der Banklizenz. Wichtig ist hierbei vor allem die Zusammenarbeit.

Wenn die internationalen Beziehungen im Bereich der Finanzverwaltung ähnlich gut wären wie im Journalismus, dann müssten wir heute nicht über diesen Antrag diskutieren. Nur durch die weltweite Kooperation konnte die Masse an Daten überhaupt zielgerichtet verarbeitet werden. Daher will ich mich an dieser Stelle bei den Medien, in diesem Fall ausdrücklich beim NDR und der „Süddeutschen Zeitung“, bedanken.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch ist es allerdings so, dass die Recherchen nicht mehr gebracht haben, als erneut auf ein bestehendes Problem hinzuweisen. Daher hoffe ich auch, dass die Medien mit den Behörden zusammenarbeiten und uns die Daten zur Verfügung stellen. Die Landesregierung wird sich jedenfalls im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten dafür einsetzen, an diese Informationen zu kommen, um den Straftätern, und nichts anderes sind Steuerhinterzieher, beizukommen.

Ich habe es gerade angesprochen, internationale Kooperation muss in der Finanzverwaltung der Weg sein, um den Steuerkriminellen auf die Spur zu kommen. Der zwischenstaatliche Informationsaustausch ...

(Ministerin Heike Polzin hustet.)

Entschuldigung! Das war ansteckend, Herr Ringguth.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Ja, tut mir leid. Tut mir leid.)

... muss national und international effektiver gestaltet werden. Ein erster Schritt wäre es, die europäische Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristischen Personen auszudehnen. Steuerhinterzieher müssen jederzeit mit der Gefahr rechnen, überführt zu werden. Der automatische Auskunftsaustausch im Bereich der Finanzanlagen muss daher weltweit zum Standard werden.

In ihrer Abschlusserklärung haben die G-20-Finanzminister am vergangenen Wochenende ein solches Vorgehen angekündigt. Die Landesregierung kann dieses Vorhaben nur unterstützen.

Als Finanzministerin begrüße ich ausdrücklich eine weitere Ankündigung von Bundesfinanzminister Wolfgang

Schäuble. Vor wenigen Tagen hatte er erklärt, in Steuerabkommen mit anderen Ländern künftig Regeln festschreiben zu wollen, die eine Gewinnverlagerung in Steueroasen erschweren. Ein entsprechendes Musterabkommen ist in seinem Haus bereits erarbeitet worden. Allerdings reicht es meiner Meinung nach bei Weitem nicht aus, nur zukünftige Besteuerungsabkommen derart zu regeln. Auch die bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen müssen neu verhandelt oder gegebenenfalls ausgesetzt werden, wenn Steuerhinterziehung wirksam bekämpft werden soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, leider ist das noch Zukunftsmusik. Ankündigungen haben wir schon manche gehört, nun muss es auch getan werden. Ich hoffe, dass auf Bundesebene durch die aktuellen Enthüllungen weiter Bewegung in diese Richtung kommt. Solange dies nicht der Fall ist, sehe ich die Länder weiter in der Pflicht, alles zu unternehmen, um Steuerhinterziehung aufzudecken. Dazu gehört ganz klar auch der Ankauf von Steuer-CDs.

Sie alle wissen, dass es aufgrund eines Ankaufs in Rheinland-Pfalz in der vergangenen Woche eine deutschlandweite Razzia gegeben hat. Die Spuren führten in acht Fällen auch in unser Bundesland. Ich kann die öffentliche Diskussion über die Rechtmäßigkeit des Erwerbs dieser Daten nicht ganz nachvollziehen, denn die Finanz- und auch die Strafverfolgungsbehörden sind in der Pflicht, alles zu tun, um Steuerkriminalität aufzuklären. Sollten ihnen zu diesem Zweck Daten von Steuerflüchtigen angeboten werden, sind sie sogar verpflichtet, diese zu beschaffen. Der Kauf von Steuerdaten bleibt für mich daher auch weiterhin ein geeignetes, ein legitimes und im Übrigen auch legales Mittel.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Steuerhinterzieher dürfen sich nicht in Sicherheit wiegen. Unser Land wird sich jetzt, aber auch in Zukunft an dem Ankauf solcher Daten beteiligen. Denn dies ist ein wirksames Instrument, auch wenn unser Hauptinteresse weiter darin liegen wird, ein geregeltes Verfahren zur Verhinderung und Aufklärung von Steuerhinterziehung zu finden. Und wer weiß, vielleicht klappt es jetzt ja auch in einem erneuten Anlauf mit der Schweiz. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Finanzministerin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Rösler für die Fraktion DIE LINKE.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Noch vor dem Fall Uli Hoeneß, der ja offenbar die ganze Nation in ihren Grundfesten erschüttert hat,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD:
Sie wackelt jetzt noch.)

waren Steueroasen, Steuerhinterziehung und andere unappetitliche Begleiterscheinungen beim großen Geld schon längst Themen für meinen Lieblingskabarettisten

Volker Pispers. Das klingt dann in etwa so, Zitat: „Was für eine Sensation! Nach monatelangen intensiven Recherchen haben Spezialisten herausgefunden, dass es jene sagenumwobenen Steueroasen, von deren Existenz wir normal sterblichen Steuerwüstenbewohner in unseren Fieberträumen fantasiert haben, tatsächlich gibt und dass, und jetzt halten Sie sich bitte fest, dass es tatsächlich Mitmenschen gibt, die auf oder in diesen Steueroasen Schwarzgeld verstecken, und zwar auf eine Art, dass es sich gewaschen hat. Wer hätte das gedacht?! Die Empörung darüber, dass die von der Politik geschaffenen kunstvoll versteckten Steuerschlupflöcher von rücksichtslosen Zeitgenossen gefunden und auch noch genutzt werden, ist groß.“ Zitatende.

Meine Damen und Herren, ja, die plötzliche Empörung und das Bedauern scheinen gewaltig, allein dadurch hat sich jedoch noch nie etwas geändert. Und ja, es besteht überhaupt kein Zweifel daran, die Bekämpfung der weltweit organisierten Steuerhinterziehung mit aller Kraft und Entschlossenheit voranzutreiben. Insofern beginnt der Antrag von SPD und CDU durchaus verheißungsvoll.

Vor allem die Überschrift „Konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung und Schließung bestehender Steuerschlupflöcher“ ließ einiges erwarten. Aber welche Enttäuschung! Der Landtag soll heute nach dem Willen der Koalition eine Reihe von Selbstverständlichkeiten und Plattitüden beschließen.

Im Antrag aus der Feder der CDU steht aber auch wirklich nichts Konkretes, nichts zu den Ursachen, nichts zu den politisch Verantwortlichen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Hätten Sie denn gern die acht Klarnamen, oder wie?)

Die heißen Eisen werden nicht einmal ansatzweise angefasst. Kurz gesagt: Der Antrag, und so drastisch muss ich es wirklich formulieren, ist ein Schuss in den Ofen.

Meine Damen und Herren, gehen wir doch mal den bahnbrechenden Text zusammen durch. Satz eins lautet: „Die durch die internationalen Medien recherchierten weltweit organisierten Steuerhinterziehungen und Schwarzgeldmachenschaften ... sind von der Landesverwaltung in ihrem Zuständigkeitsbereich konsequent zu verfolgen und zu sanktionieren.“ Diese Aussage muss bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landesverwaltung mächtig Eindruck machen. Sie sollen also die ganzen Steuer- und Schwarzgelddelikte tatsächlich konsequent verfolgen und sanktionieren. Ja mei, legt die Steuerverwaltung zurzeit die Füße hoch und drückt alle Augen zu?

Satz zwei hat es ebenso in sich: „Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Länderebene für ein koordiniertes Vorgehen zur Erlangung der insoweit relevanten Daten einzusetzen.“ Ups! Da bin ich echt baff, liebe Koalitionäre. Zum Glück weisen SPD und CDU ihrer Landesregierung den richtigen Weg und fordern ein koordiniertes Vorgehen ein. Nicht auszudenken, wenn wir diesen Satz heute nicht beschließen! Womöglich würde sich dann die Landesregierung für ein völlig unkoordiniertes Vorgehen entscheiden.

Satz drei rüttelt dann richtig wach, da heißt es: „Zur Bekämpfung illegaler, aber auch unerwünschter legaler Steuergestaltungsmöglichkeiten ist ein internationales,

insbesondere europaweit einheitliches Vorgehen, erforderlich.“ Dank CDU und SPD weiß es nun wirklich jeder: Weltweit praktizierte, legale, aber unerwünschte Steuersparmodelle können nur weltweit bekämpft werden. Ah ja!

Nach diesem Feuerwerk an richtungsweisenden Ausführungen der Koalition schließt der Antrag mit diesen beiden Sätzen: „Auf Bund-Länder-Ebene fordern wir als einen ersten Schritt die unverzügliche Einrichtung einer Task-Force. Sie soll vorhandenes Wissen bündeln, vernetzen und die Länder im Steuervollzug unterstützen.“ Aha! Auch diese Aussagen muss man erst einmal wirken lassen.

Ja, wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründ' ich einen Arbeitskreis, dachten sich auch CDU und SPD, und weil wir uns ja auf internationalem Parkett bewegen, haben sie den klangvolleren Namen „Task-Force“ gewählt.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, angesichts der zum Himmel schreienden Steuerungerechtigkeit, die die Medien regelmäßig aufdecken, müssten sich SPD und CDU für diesen Antrag schämen,

(Rainer Albrecht, SPD: Da ist gar keine Gefahr. –
Zurufe von Beate Schlupp, CDU,
und Stefan Köster, NPD)

denn das war nun wirklich ganz dünne Suppe, liebe Kolleginnen und Kollegen. Fällt Ihnen wirklich nichts Besseres ein als die CDU-Forderung nach dieser Task-Force?

(Manfred Dachner, SPD: Sie können
es auch besser machen! Sie machen
doch gar nichts. Sie reden doch nur.)

Wie kann man Ihnen abnehmen, dass Sie Steuerhinterziehung überhaupt ernsthaft und konsequent bekämpfen wollen?

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das
passt in Ihre Weltanschauung nicht rein.
So was passt in Ihre Weltanschauung nicht.
Wie können die anderen so was wollen?)

Glaubt die Koalition wirklich, dass das Rumgeeier von SPD und CDU in Sachen Schweizer Steuerabkommen vergessen ist? Ein klares „Jein“ war damals von der hiesigen Koalition zu hören. Nach dem Willen der CDU sollten die Täter straffrei und anonym bleiben. Das versteht die CDU unter einem konsequenten Vorgehen gegen Steuerhinterzieher. Anstatt diesen Appell an die Landesverwaltung zu richten, sollten Sie ihn besser an sich selbst richten.

Meine Damen und Herren, die Bundes-SPD mit ihrem Vizekanzlerkandidaten Steinbrück fordert den Aufbau einer bundesweiten Steuerfahndung. Doch das wird nie etwas, wenn selbst Finanzministerin Polzin davon nichts wissen will. Und auch im Antrag findet sich dazu keine einzige Silbe, stattdessen wird von einer Task-Force schwadroniert. Die Unionsfinanzpolitiker verstehen darunter Folgendes, ich zitiere: „Diese müssten Steuerfahnder der Länder mit dem Bund und den Schwerpunktstaatsanwaltschaften bilden, die ihrerseits besser vernetzt werden müssen“. Soso.

Dumm nur, Herr Liskow, dass es in Mecklenburg-Vorpommern gar keine Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Fragen des Steuerbetruges gibt. Die normalen Steuerstrafsachen werden von den zuständigen Dezernaten bei jeder Staatsanwaltschaft mitbearbeitet. Schwerpunktstaatsanwaltschaften gibt es nur für Internetkriminalität und für Wirtschaftsstrafsachen. Für die ganz großen Fälle reicht es wiederum nicht.

Aber, Herr Liskow, ärgern Sie sich nicht, Frau Polzin will gar keine Schwerpunktstaatsanwaltschaften einrichten. Deswegen wird SPD-Chef Gabriel wohl noch lange darauf warten, dass es in Deutschland eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung großer internationaler Steuerstraftaten gibt. Von dieser Landesregierung hat er jedenfalls keine Unterstützung zu erwarten.

Meine Damen und Herren, vielleicht soll die Task-Force zumindest einheitliche Standards bei der Steuererhebung und -prüfung zusammen mit den Bundesländern festlegen. So will es Peer Steinbrück. Ich fragte also bei der Landesregierung nach. Und was antwortete sie? Die Landesregierung sieht auch hier keinen Handlungsbedarf. Na, das wird ja eine tolle Task-Force!

Meine Damen und Herren, vielleicht können potenzielle Steuerbetrüger zukünftig besser vor Straftaten abgeschreckt werden. Was hält wohl die Koalition hiervon? Die Bundes-SPD fordert zumindest eine Verschärfung der Verjährungsfristen für Steuerbetrug. Ich mag es kaum noch sagen, aber die Landesregierung – Sie ahnen es – hat darauf keine Lust. Die derzeit bestehenden strafrechtlichen Verjährungsfristen zur Verfolgung von Steuerstrafsachen werden nämlich als ausreichend erachtet. Frau Polzin sieht mal wieder keinen Handlungsbedarf.

Meine Damen und Herren, ich könnte noch Ausführungen machen zur Deregulierung der Finanzmärkte, zu zahlreichen legalen Steuerschlupflöchern, die SPD und CDU maßgeblich zu verantworten haben. Das will ich an dieser Stelle nicht tun. Wir könnten über den Entzug der Banklizenz bei fortgesetzter Beihilfe zum Steuerbetrug sprechen – auch hierzu kein einziges Wort im Koalitionsantrag, SPD und CDU werden wissen, warum –, nein, ich will SPD und CDU an ihre Verantwortung hier in Mecklenburg-Vorpommern erinnern.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ein Glück, dass
wir Sie haben, sonst wüssten wir das gar nicht.)

Es dient nicht der konsequenteren Verfolgung von Steuerhinterziehung, wenn die Steuerfahndung des Landes mit immer weniger Personal auskommen muss.

(Tilo Gundlack, SPD:
Na, endlich sind wir beim Thema!)

Meine Damen und Herren, Steuerschlupflöcher gibt es auch in Deutschland, da brauchen wir gar nicht auf irgendwelche Inseln zu gehen. Dank der Unternehmenssteuerreform von SPD und CDU aus dem Jahr 2008 können Betriebsvermögen erbschaftssteuerfrei verschenkt oder vererbt werden.

(Minister Lorenz Caffier: Gott sei Dank! –
Udo Pastörs, NPD: Das ist auch ganz
wichtig, sonst gehen die kaputt.
Sie haben doch keine Ahnung!)

Jahrelang haben SPD und CDU gegen die sogenannten Cash-GmbHs nichts unternommen.

(Udo Pastörs, NPD: Sie reden irgendwas, linken Blödsinn.)

Es gibt zahlreiche andere Beispiele, die SPD und CDU jahrelang duldeten, wenn nicht gar geschaffen haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die ganz bösen Kapitalisten wieder hier.)

Die Ursachen für die Steuersparmodelle brachte Google-Chef Eric Schmidt auf den Punkt. Sein Konzern erlässt in Deutschland etwa 3 Milliarden aus dem Anzeigengeschäft, versteuert wird aber fast alles in Irland. Der deutsche Fiskus geht so gut wie leer aus. Darauf angesprochen, antwortete Schmidt ganz offen, dass Google eben die legalen Möglichkeiten geschickt nutze, und er fügte hinzu: „Das ist Kapitalismus.“ Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

(Udo Pastörs, NPD: Tja.)

Nur so viel, dass wir Ihrem platten Antrag

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

ausschließlich wegen der wirklich hübschen Überschrift dennoch zustimmen und wir werden auch den Änderungsanträgen der GRÜNEN zustimmen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hörte sich aber die ganze Zeit nicht so an.)

Das sind auch Maßnahmen, die DIE LINKE seit Langem im Bundestag immer wieder eingefordert hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da bin ich aber jetzt ein bisschen verwundert. – Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Rösler.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Gundlack für die Fraktion der SPD.

Tilo Gundlack, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Frau Rösler, wenn Ihnen schon Überschriften ausreichen, um nur zuzustimmen, und der Inhalt dann auch wirklich egal ist bei Ihnen, dann tun Sie mir wirklich leid.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU –

Heinz Müller, SPD: Ja. –

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:

Es ist ja kein Inhalt drin. –

Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Ich weiß ja nicht, in welcher Welt Sie leben, in einer Parallelwelt, aber wir leben hier im Heute und Jetzt und nehmen die Aufgaben wahr, die man uns aufgetragen

hat und die auch erneut auf uns zukommen. Wenn Sie daran nicht teilnehmen wollen, dann ist das Ihr Problem. Dann müssen Sie den Wählerinnen und Wählern gegenüber treten und ihnen das auch so mitteilen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, wir wollen mehr Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit in Deutschland und in ganz Europa. Mit dem Antrag „Konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung und Schließung bestehender Steuerschlupflöcher“ fordern wir die Landesregierung auf, auf den Steuerskandal Offshore-Leaks zu reagieren.

Internationale Medien haben eine ihnen zugespielte riesige Datensammlung ausgewertet und bisher teilweise veröffentlicht. Damit wurde eine weltweit agierende Steuervermeidungsindustrie für uns alle ganz klar und sichtbar. Laut Medienangaben handelt es sich um 130.000 potenzielle Steuerflüchtlinge aus 170 Ländern, die mithilfe von etwa 120.000 Briefkastenfirmen ihr Schwarzgeld – und nicht nur ihr Schwarzgeld, auch legales Geld, muss man dazusagen – in Steueroasen angelegt haben.

Mich persönlich, wie auch alle anderen ehrlichen Steuerzahler, entsetzt diese Dimension illegaler Steuerhinterziehung und die Ausnutzung legaler Steuerschlupflöcher. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie sich in ihrem Zuständigkeitsbereich unverzüglich alle für eine ordnungsgemäße Sachverhaltsermittlung relevanten Daten beschafft. Danach soll sie die strafrechtlichen Vorgänge einleiten und die Verfolgung, ansonsten fühlen sich die ehrlichen Steuerzahler als die Dummen und das Vertrauen in den Staat und die demokratischen Parteien wird weiter erschüttert.

Im Namen von Steuergerechtigkeit ist es dringend notwendig, kriminelle Steuerhinterzieher zu identifizieren und strafrechtlich zu verfolgen. Steuerhinterziehung ist eben kein Kavaliersdelikt, sondern Raub am gesellschaftlichen Eigentum.

Aber meine Damen und Herren, nicht nur die illegale Steuerhinterziehung muss konsequent verfolgt werden, ein besonderes Augenmerk wollen und müssen wir auch auf die legalen Steuertricks und deren Auswüchse legen. Und hiermit, meine Damen und Herren, sind nicht die kleinen Tricks und Kniffe der normalen steuerpflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemeint. Hier geht es um global agierende Firmen und Konzerne sowie um private Personen, die wir allgemein als Großverdiener bezeichnen können. Als erster Name wurde Gunter Sachs in die Öffentlichkeit gebracht.

Die Landesregierung wird daher mit unserem Antrag dazu aufgefordert, sich über den Bundesrat für die Schließung von Steuerschlupflöchern einzusetzen.

Meine Damen und Herren, die SPD ist den internationalen Medien für die Offshore-Leaks-Enthüllungen dankbar, denn damit wurde das Ausmaß des Steuerbetrugs und der Steuervermeidung richtig in die Öffentlichkeit katapultiert. Ich denke, dass nicht nur mir die Augen geöffnet wurden, sondern auch vielen von Ihnen, meine Damen und Herren.

Die Medien haben durch ihre Recherche einen weltweit organisierten Ring von Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Schwarzgeldverstecken offengelegt. Niemand weiß heute, wie viel Geld in den Steueroasen

geparkt wird. Sind es wirklich nur die umgerechnet 16 bis 25 Billionen Euro oder ist dies nur die Spitze des Eisberges?

Meine Damen und Herren, warum bezeichnen wir Regionen oder Staaten als Steueroasen? Wie können sie identifiziert werden? Das ist eigentlich ganz klar und einfach, meine Damen und Herren, denn besondere Merkmale herrschen dort vor, zum Beispiel: kein internationaler Informationsaustausch oder einfach unzureichende Kooperation nach OECD-Standard, eine fehlende Transparenz in Finanzangelegenheiten, hier besonders ein äußerst rigides Bankgeheimnis, keine oder eine sehr niedrige Steuerlast, fragwürdige Methoden bei der Steuerermittlung und zu hinterfragende Regelungen für nicht ansässige Personen oder ausländische Einkünfte.

Meine Damen und Herren, das wichtigste Instrument zur Bekämpfung der Steueroasen ist und bleibt die Transparenz. Deshalb ist zunächst sicherzustellen, dass der automatische Datenaustausch nach OECD-Standard umgesetzt wird. Mindestens europaweit, besser noch weltweit, müssen die Länder auf Schwarzen Listen angeprangert werden, die ihre Verpflichtungen zum Informationsaustausch nicht einhalten oder zum Informationsaustausch nicht bereit sind. Eigentümer von Briefkastenfirma, Trusts oder Stiftungen dürfen nicht mehr anonym bleiben. Im Außensteuergesetz muss eine unmittelbare Hinzurechnung der Einkünfte ausländischer Stiftungen zu den deutschen Begünstigten verankert werden. Aber auch die Heerscharen von Steuervermeidungshelfern, wie Anwälte, Vermögensberater, Steuerberater und Banken, sind zur Rechenschaft zu ziehen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Das Angebot von Bankdienstleistungen, die nur dazu dienen, das Schwarzgeld und ungesteuerte Kapitalerträge ihrer Kunden vor dem Fiskus zu verstecken, muss unter Strafe gestellt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Die lachen Sie doch aus, wenn die Sie hören. Sie sind Provinzpolitiker. Sie haben keine Ahnung.)

Haben Sie uns was zu sagen, Herr Pastörs? Ich glaube, Frau Polzin nimmt auch gerne eine Selbstanzeige auf, also von der Warte her ...

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Auch von Ihnen nimmt sie die auf.

Leisten Finanzinstitute mit Sitz in Deutschland oder Zweigniederlassungen ausländischer Institute nachweislich Beihilfe zum Steuerbetrug oder verweigern die Kooperation mit den Steuerbehörden, müssen sie zukünftig konsequent in Haftung genommen werden.

Die SPD will eine sich steigernde Strafbewehrung, die mit Strafzahlungen beginnt und über die Möglichkeiten der Abberufung der Geschäftsführung und Berufsverbots bis zur Einschränkung der Banklizenzen und als Ultima Ratio zum Entzug der Banklizenzen führen kann.

Die SPD fordert Verjährungsfristen für Verstöße gegen das Steuerrecht, die sich an der Praxis in den USA orientieren. Dort beginnt die Verjährungsfrist erst mit der Abgabe einer korrekten Steuererklärung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, schauen wir jetzt einmal auf die nationale Ebene. Das deutsche Steuerrecht ist kompliziert. Wir wünschen uns ein möglichst einfaches, nachvollziehbares und transparentes Steuerrecht. Jede Ausnahme von der Regel führt zu Sonderatbeständen, die aber oft auch sozialpolitisch geboten sind. Ich möchte hier nur an die Pendlerpauschale,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

an die Anrechnung von Kinderbetreuungskosten auf das steuerrelevante Einkommen oder die Steuerbegünstigung von privater Rentenvorsorge erinnern. Deshalb wird das deutsche Steuerrecht nicht so zu vereinfachen sein, dass die Steuererklärung auf einen Bierdeckel passt,

(Jochen Schulte, SPD: Tilo, das kommt auf den Bierdeckel an.)

denn, meine Damen und Herren, auf einen Bierdeckel werden die Getränke geschrieben und keine Steuererklärung.

Es kommt auf den Bierdeckel an, ja.

Wer dies so machen könnte, kommt aus Phantasialand und nicht aus dem Hier und Jetzt.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Na ja, ob Herr Merz das nun hinkriegt, das bezweifle ich mal ganz stark, Herr Kollege Renz.

Meine Damen und Herren, angesichts des ständigen Streits zwischen Bund, Ländern und Kommunen um die Finanzmittel für die öffentliche Daseinsvorsorge ist es unbedingt notwendig, die Steuerflucht und somit das Ausbluten der öffentlichen Hand zu stoppen, denn selbst Steuerhinterzieher fahren auf öffentlichen Straßen, lassen ihre Kinder zur Schule und in den Sportverein gehen, rufen die Feuerwehr, wenn es brennt, und die Polizei, wenn bei ihnen eingebrochen wird.

Die Schuldenregeln im Grundgesetz sowie in unserer Landesverfassung erfordern es, dass ausreichend Steuereinnahmen generiert werden. Mecklenburg-Vorpommern hat bisher eine Steuerdeckungsquote knapp unterhalb von 50 Prozent und ist daher auch weiter auf Transferleistungen angewiesen. Unsere Bemühungen um Einnahmeerhöhung und Ausgabeneinsparung machten bisher nicht einmal vor dem Landesblindengeld und vor harten Strukturreformen halt.

Im Augenblick hat die Debatte um Steuergerechtigkeit in Europa Fahrt aufgenommen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung handelt und verhandelt unter dem massiven öffentlichen Druck nun endlich.

Meine Damen und Herren, die SPD vergisst aber nicht, dass das von Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble von der CDU zunächst mit der Schweiz verhandelte Steuerabkommen einen Ablasshandel mit deutschen Steuerflüchtigen vorsah.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Dieses Steuerabkommen hatte Straffreiheit bei Selbstanzeige und anonymer Zahlung der Steuerschuld vorgesehen.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Die zuständigen Steuerbehörden hätten wegen der Anonymitätsklausel nicht einmal die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben überprüfen können.

Ein ganz aktuelles Beispiel dafür, dass die versprochene Anonymität insbesondere für Prominente gedacht war, geistert ja bekanntlich durch die Medien. Die Selbstanzeige von Uli Hoeneß hat dem Thema ein Gesicht gegeben. Bei aller Sympathie für einen Menschen, seine sportlichen und beruflichen Leistungen darf ein Betrug nicht ungesühnt bleiben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr richtig. Wird er auch nicht.)

sonst wäre der Rechtsstaat auf den Kopf gestellt, mit den Folgen, dass Beamte der Steuerverwaltung kriminalisiert werden,

(Udo Pastörs, NPD: Der hat den
Steinbrück beraten, der Uli.)

während Täter und Helfer ungeschoren davonkommen.

Meine Damen und Herren, Steuerbetrug ist eine Straftat und muss genauso geahndet werden wie ein Bankraub oder ein Autoklau. Steuerbetrug verletzt die Solidarität in der Gesellschaft und untergräbt die Fundamente des Rechtsstaates.

Meine Damen und Herren, glücklicherweise konnten die rot-grünen Länder das Steuerabkommen mit der Schweiz im Bundesrat stoppen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gott sei Dank!)

In unserem Antrag fordern wir auch die Schließung von Steuerschlupflöchern. Bereits am Mittwoch haben wir über die Share Deals und RETT-Blocker-Methoden gesprochen, mit denen große Unternehmen die Grunderwerbsteuer noch ganz legal umgehen können. Dem politischen Ziel, Steuerbetrug wirksam zu bekämpfen und Steuergerechtigkeit herzustellen, muss aber sofort eine höhere Priorität eingeräumt werden.

Wir fordern in unserem Antrag den Aufbau einer Bund-Länder-Task-Force –

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

ob man das nun so nennen kann, Task-Force oder Arbeitsgruppe, ich glaube, das ist letztendlich egal, die Hauptsache ist, dass etwas dabei herauskommt –, die den globalen Steuermisbrauch aufdecken soll und die Länder beim Vollzug der ermittelten Straftaten unterstützen soll.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich sagen, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen den Steuerbetrug eindämmen und Steuerschlupflöcher schließen. Ungerechte Besteuerung zerstört den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und gefährdet die Demokratie.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Wir wollen durchsetzen, dass sich diejenigen, die in der Einkommens- und Vermögensverteilung ganz oben ste-

hen, genauso an die Steuergesetze halten müssen wie alle anderen und die Möglichkeiten zur Umgehung der Steuerpflicht eingedämmt werden. Von daher bitte ich Sie zunächst um Zustimmung zu unserem Antrag. Die Anträge der GRÜNEN-Fraktion lehnen wir ab. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Gundlack.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Saalfeld für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Journalistennetzwerk International Consortium of Investigative Journalists hat umfassende Daten zu den Geschäftspraktiken von sogenannten Steueroasen durch einen Informanten erhalten. Ein Jahr lang haben Medien aus mehr als 40 Ländern die Daten ausgewertet und mit der Veröffentlichung erstmals einen umfassenden Einblick in die Praktiken von Steueroasen ermöglicht. Danach lagert die unvorstellbare Summe von mindestens 21 Billionen Dollar in Steueroasen. Die Unterlagen betreffen mehr als 130.000 Personen aus über 170 Ländern. Die Mindereinnahmen durch Steuerhinterziehung und Steuervermeidung schätzt die Europäische Kommission auf 1 Billion Euro jährlich.

Ich freue mich, dass CDU und SPD dieses Thema im Landtag aufgreifen, und wir unterstützen grundsätzlich auch dieses Anliegen. Die bisherigen Forderungen des Antrages bleiben allerdings sehr allgemein und unpräzise. Insgesamt hat der vorliegende Antrag eher den Charakter einer Pressemitteilung. Für einen Antrag zum Steuerrecht darf man aber durchaus konkreter werden als in einer Pressemitteilung.

Um daher den Verdacht auszusräumen, es handle sich hier von CDU und SPD nur um einen reinen Schaufensterantrag, haben wir GRÜNEN den vorliegenden Antrag durch konkrete substantiierte Änderungsanträge unteretzt.

(Manfred Dachner, SPD: Das kennen wir doch.)

Die hier vorgeschlagenen Ergänzungen nennen eine Reihe von konkreten Punkten, die einer effektiven Bekämpfung der Steuerhinterziehung und der Schließung von Steuerschlupflöchern dienen, wie sie auch kürzlich von der grünen Bundestagsfraktion gefordert wurden.

Die Enthüllungen der Medien haben einen tiefen Einblick in die Praktiken der Steueroasen ermöglicht und damit eine neue Dynamik ausgelöst, wie zum Beispiel die gemeinsame Erklärung der Finanzminister der sechs größten EU-Länder vom 9. April 2013 zeigt. In einem bemerkenswerten Schwenk setzten diese sich erstmals geschlossen für eine automatische Datenabfrage ohne Ausnahme ein und erklärten, auch gegen die Steuervermeidungsstrategien großer Unternehmen vorgehen zu wollen. Insbesondere macht sich jetzt Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble für ein europäisches FATCA-Abkommen nach US-amerikanischem Vorbild stark und will dieses zum internationalen Standard erheben. Wir gratulieren und sagen: endlich! Genau diese Forderung, auch von uns GRÜNEN vorgebracht, lehnte Herr Schäuble bekanntlich im Zusammenhang mit

den Beratungen zum deutsch-schweizerischen Steuerabkommen vehement ab.

Das Abkommen der USA mit der Schweiz sieht vor, dass alle Banken und Finanzdienstleister verpflichtet sind, steuerlich relevante Daten automatisch in die Heimatländer der Auslandsanleger zu übermitteln. Entscheidend wird jedoch auch hier die konkrete Umsetzung einer entsprechenden Regelung sein. Insofern ist es wichtig, dass auch die Landesregierung auf eine konsequente Umsetzung ohne Ausnahmen drängt.

Meine Damen und Herren, der Kampf gegen Steuerhinterziehung ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, und zwar, wenn sich die Starken aus der Finanzierung des Gemeinwesens verabschieden. Daher ist ein entschlossenes Handeln notwendig. Andere Länder zeigen uns, wie es geht.

Einige wesentliche Punkte wurden bisher allerdings immer noch nicht in Deutschland aufgegriffen. Entscheidend wird die Erarbeitung eines europäischen Steuerpaktes sein. Hierzu gehören zum Beispiel Regelungen zur einheitlichen Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung und Mindeststeuersätze. Damit wären Gewinnverschiebungen unmöglich und der ruinöse Steuersenkungswettlauf könnte unterbunden werden.

Aber auch auf nationaler Ebene bestehen Handlungsmöglichkeiten. So hat Frankreich etwa eine Liste mit Steueroasen erstellt. Geldströme dorthin werden mit einer zusätzlichen Steuer belegt. So einfach kann es gehen.

Wir GRÜNEN fordern aber auch, eine gesetzliche Grundlage zum Lizenzentzug für Banken zu schaffen, wenn diese wiederholt gegen Steuergesetze verstoßen. Wir wollen, dass Steuerpflicht und Staatsbürgerschaft miteinander verknüpft werden wie in den USA. So laufen Wegzugsdrohungen vermögender Bürger und Bürgerinnen ins Leere. In Zukunft wäre es dann nur noch möglich, sich der Steuerpflicht eines Landes durch Ablegung der Staatsbürgerschaft mit all ihren Rechten und Privilegien zu entziehen. Das finden wir gerecht, denn wer nicht Steuern zahlen will, von legitimer Steuerbefreiung einmal abgesehen, der sollte auch die Privilegien und Schutzrechte einer Gemeinschaft nicht mehr genießen können.

Wir GRÜNEN wollen die Unternehmen zur Veröffentlichung ihrer Steuerzahlungen in andere Staaten zwingen. Damit würde Transparenz über mögliche Steuerprellerei hergestellt. Und wir GRÜNEN wollen die Einführung eines Unternehmensstrafrechts, damit beispielsweise Banken für die Beihilfe zur Steuerhinterziehung bestraft werden können. Bisher muss Fehlverhalten einzelnen Angestellten nachgewiesen werden. Dies ist bei globalen Geldhäusern immer sehr schwierig und bisher, bis auf wenige spektakuläre Fälle, kaum gelungen.

Mit einem noch kurzfristig eingereichten Änderungsantrag wollen wir GRÜNEN die Landesregierung auffordern, die erst in dieser Woche von der grün-roten Landesregierung von Baden-Württemberg beschlossene Bundesratsinitiative zu unterstützen. Mit der Initiative soll die Verjährungsfrist von Steuerhinterziehung von bisher fünf auf zehn Jahre verlängert werden.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Bislang ist die Strafverfolgung über einen Zeitraum von zehn Jahren nur in besonders schweren Fällen von Steuerhinterziehung möglich.

Lassen Sie mich zuletzt auf einen Aspekt eingehen, der uns GRÜNEN sehr am Herzen liegt, der in der Debatte um die Enthüllung von Offshore-Leaks aber häufig mit Unverständnis bedacht wird – und wenn ich die Forderung von Frau Polzin an die Medien höre, besorgt mich das umso mehr.

Die Forderung des vorliegenden Antrages von CDU und SPD, wonach sich die Landesregierung für ein koordiniertes Vorgehen bei der Erlangung der relevanten Daten von Offshore-Leaks einsetzen soll, ist bei der Wahl der Mittel nicht eindeutig. Diese werden im Antrag offengelassen. Ich vermute einmal, bewusst. Insbesondere vor dem Hintergrund der wiederholten Aufforderungen der Politik an die Medien, die Daten herauszugeben, wie eben gerade von Frau Polzin gehört, aber auch von dem Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble mehrfach geäußert, erscheint eine solche undifferenzierte Aussage in einem Antrag problematisch, da die betroffenen Medien bereits erklärt haben, die Daten nicht herauszugeben.

(Lorenz Caffier, CDU: Der Datenschutz ist das.)

Das Journalistennetzwerk International Consortium of Investigative Journalists prüft zurzeit selbst, ob Teile der Unterlagen unter Beachtung des Quellenschutzes im Internet veröffentlicht werden können. Insofern schlägt unsere Ergänzung eine Präzisierung und Klarstellung vor, wonach die Rechte der Medien im Sinne des Schutzes der Pressefreiheit, des Redaktionsgeheimnisses und des Quellenschutzes selbstverständlich gewahrt bleiben müssen. Ich glaube, dagegen kann niemand etwas haben, weil das die Rechtslage ist.

(Lorenz Caffier, CDU: Bla, bla, bla!)

Meine Damen und Herren, es liegt in der Verantwortung der Politik, die notwendigen Steuerabkommen zu erlassen, um einen umfassenden und automatischen Datenaustausch zu ermöglichen. Das ist nun wirklich nicht Aufgabe der Medien. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Saalfeld.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Steuerthema ist ja hier schon häufiger. Ich glaube, dass die sicherste oder andersrum gesprochen, ich glaube, dass das Beste und Motivierendste wäre, seine Steuern zu entrichten, wenn wir Steuergesetze hätten, die auch vom normalen Bürger verstanden würden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der normale Bürger zahlt ja seine Steuern, Herr Pastörs.)

Und das Zweite ist, dass wir dazu kommen, dass auch innerhalb der Europäischen Union zumindest eine eini-

germaßen überschaubare Steuergesetzgebung eingeführt wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich denke, Sie wollen das abschaffen?)

Aber das ist sehr, sehr leicht gesagt und sehr, sehr schwer getan.

Wenn hier gefordert wird, dass die Steuerehrlichkeit einziehen müsse und dass Steueroasen oder die Schlupflöcher geschlossen werden müssten, dann stellt sich doch zunächst einmal die Frage: Haben wir denn innerhalb der Europäischen Union unsere Arbeit schon erledigt in dieser Richtung? Da muss ich Ihnen sagen, Luxemburg hat bis heute Sonderabkommen. Luxemburg gibt keine Namen, Identitäten weiter, sondern hat sich entschieden, über eine Quellensteuer von 35 Prozent zu besteuern. Das Gleiche hat Österreich getan. Und dann stelle ich die Frage: Was ist eigentlich mit Großbritannien? Was ist mit den Kanalinseln? Was ist mit Jersey, was ist mit der Isle of Wight, was ist mit Guernsey zum Beispiel?

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie wollen doch weniger Europa!)

Die haben nicht nur ganz bestimmte Gesetze, die also sehr attraktiv sind, um dort Millionenvermögen zu parken, sondern die haben sogar eine eigene Währung – innerhalb der EU Sonderbestimmungen. Das ist die Forderung! Bevor Sie sich um irgendwelche Steueroasen in Panama oder sonst wo kümmern, sollten Sie zunächst mal hier gefordert haben, dass wir innerhalb der Europäischen Union zu einer Gesetzesgrundlage kommen, die dann auch praktisch umsetzbar ist für die Steuerbeholden.

Ich nehme mal das Beispiel Schweiz. Mit der Schweiz war ein Abkommen geschlossen, das vernünftig war. Das hätte einen unglaublichen Betrag in die Kassen des Finanzministers gespült, aber die SPD wollte nicht,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee.)

und jetzt geht jeden Tag Steuergeld in unglaublichem Ausmaß verloren.

Wenn Sie die Vereinigten Staaten von Amerika nehmen, das wurde eben hier von dem grünen jungen Mann angeführt, dann sollte man doch auch mal bei der Wahrheit bleiben. Natürlich haben die Vereinigten Staaten von Nordamerika die Schweiz gezwungen, ihre Staatsbürger zu nennen, die dort größere Vermögen parken. Das hat funktioniert. Aber gleichzeitig, und das ist ja die Doppel-moral, haben wir seit über 100 Jahren in Delaware in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Steueroase, wo auch Staatsbetriebe, große Anteile an Staatsbetrieben der Bundesrepublik Deutschland Firmen gegründet haben, VW zum Beispiel. Wenn Sie da schauen, dann taucht da auf VW, da taucht Lufthansa auf und so weiter und so weiter. Also Sie sehen, so einfach, wie das eben die GRÜNEN hier versucht haben zu erklären, ist die Lage natürlich nicht.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wir hatten Lösungsvorschläge. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Es ist natürlich auch ganz klar, dass die eigenen Steuerbestimmungen in Deutschland so ausgestaltet sein müssen, dass eine Steuergerechtigkeit auf der Grundlage legalen Rechts möglich wird. Wie wollen Sie eine Standardisierung der Bemessungsgrundlage herstellen, was in diesem Antrag der GRÜNEN steht, wenn gerade das auch ein Instrument der Stimulation von volkswirtschaftlichen Impulsen darstellt? Und Sie müssen sich schon daran gewöhnen, dass sich nicht die ganze Welt auf Ihre Steuergesetzgebung festklopfen lässt.

Wir haben es international mit ganz unterschiedlichen Rechtssystemen zu tun.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben es international Gott sei Dank noch mit souveränen Staaten zu tun und die werden alles andere wollen, als eine Weltregierung zu installieren auf dem Sektor der Finanzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist eine traurige Wahrheit, dass Sie mit Ihrer Gesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel dafür gesorgt haben, dass wir zwar in Europa bei den ganz normalen Bürgern eine Steuerpflicht dadurch hergestellt haben, dass automatisch Meldungen erfolgen. Aber was ist denn mit den Trusts innerhalb der Europäischen Union? Die sind überhaupt gar nicht in diesen Abkommen, die geschlossen worden sind, inbegriffen. Was ist mit den Stiftungen innerhalb der Europäischen Union? Nichts dergleichen ist formalrechtlich sauber gelöst. Sie machen hier eine Forderung auf und haben die Hausarbeiten noch längst nicht erledigt.

Schauen Sie nach Gibraltar! Da sitzt der Sohn eines ehemaligen Stasigenerals auf einem Felsen und verwaltet dort – ich spreche von Herrn Wolf, Markus, der Sohn –, und verwaltet einen Fonds in Gibraltar in Milliardenhöhe. Und hier und da wird spekuliert, wie viel Hunderte von Millionen ehemaligen SED-Vermögens wohl dort verwaltet werden von diesem jungen Mann. Das sind Fakten, die Sie nicht vom Tisch wischen können.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Oh, diese Verschwörungstheorien!)

Wir werden selbstverständlich dem Antrag zustimmen, weil wir wollen, dass hier in Deutschland die Großen ihre Steuern entrichten.

Wir sollten uns wirklich dann zunächst einmal auf die großen Vermögen konzentrieren, weil da auch am meisten betrogen wird. Das ist doch ganz klar, aber alles, was ich dazu bisher gehört habe, ist ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ihre Redezeit ist abgelaufen, Herr Pastörs.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gott sei Dank!)

Udo Pastörs, NPD: ... graue Theorie. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Liskow für die Fraktion der CDU.

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt von allen Seiten schon sehr viel zu diesem Thema gehört, zum Thema „Steuerhinterziehung und Schließen von Steuerschlupflöchern“. Ich glaube, wir müssen aufpassen, dass wir zwar das Thema ganz hart benennen, aber nicht alle Steuerzahler über einen Kamm scheren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es gibt, glaube ich, gerade auch bei den Leuten, die sehr viel Steuern zahlen, auch viele ehrliche Leute,

(Udo Pastörs, NPD: Das hat keiner bestritten.)

denn 10 Prozent der Steuerzahlenden bezahlen auch 55 Prozent der Steuern. Trotzdem müssen wir für das Thema heute sensibilisieren.

Ich möchte aus meiner Sicht noch einmal ein paar andere Fragen ansprechen. Ich glaube, wir haben noch nicht genau gesehen und wissen auch nicht, mit welchem Umfang wir es eigentlich bei den Steuerhinterziehern zu tun haben, mit welchen Summen wir da rechnen müssen und wie hoch die Summen genau sind.

(Udo Pastörs, NPD: Milliarden! Milliarden!)

Es gibt viele Spekulationen, aber keiner kann es, glaube ich, genau sagen.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, durch den harten Verfolgungsdruck, der jetzt schon durch den staatlichen Ankauf illegaler Dateien stattfindet, liegt der Verdacht nahe, dass niemand, der Steuern in großem Umfang hinterzieht, noch gut schläft. Jeder, der seine Kapitaleinkünfte nicht ordentlich versteuert, weiß, dass er auf der nächsten CD den eigenen Namen lesen könnte.

Der zweite Punkt, auf den ich hinweisen möchte, ist die Tatsache, dass es durch die zunehmende Digitalisierung für den Staat eher einfacher wird, Steuersünder zu entdecken. Durch den Zugriff des Staates auf die Kontostammdaten ist es praktisch unmöglich geworden, Geld ohne Spuren zu transferieren. Und jeder Bankangestellte, der sich an illegalen Steuerhinterziehungen durch das Erteilen vermeintlich gut gemeinter Ratschläge beteiligt, weiß, dass er dem staatlichen Verfolgungsdruck ausgesetzt ist.

Ferner hinweisen möchte ich auf die Dynamik, die sich entwickelt, wenn Steuerhinterziehung öffentlich wird. Ich befürworte den Pranger nicht, den die heutige Mediengesellschaft hervorgebracht hat. Wir sollten aber auch nicht so tun, als gäbe es ihn nicht.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin weit davon entfernt, Steuerhinterziehung kleinzureden. Steuerhinterziehung ist eine Straftat und wer auf das Mittel der Selbstanzeige verzichtet, muss bestraft werden.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

So steht es im Gesetz, und das aus gutem Grund.

Das viel größere Problem besteht aber in dem, was Fachleute „flächendeckende Ausweichbewegung“ nennen. Unsere Welt ist zusammengerückt und das ist gut. Internationaler Freihandel hat deutlich mehr positive

Aspekte als negative. Eine der Schattenseiten der weltumspannenden Finanz- und Wirtschaftsstrukturen ist aber, dass Staaten mit niedrigen Steuersätzen eine große Anziehungskraft ausüben, wenn es um Versteuern von Gewinnen geht. Mit diesen Staaten kann und wird Deutschland bei Steuersätzen nicht konkurrieren können.

Wenn wir in Deutschland unsere Steuersätze drastisch senken würden, könnten wir uns unsere Diskussionen, wie etwa diejenigen von Haushaltskonsolidierung, sparen. Sie wären finanziell nicht leistbar. Richtig ist aber auch, dass höhere Steuersätze keinen Ausweg bieten. Höhere Steuern treffen nur diejenigen, die nicht mobil genug sind, diesen Steuern auszuweichen. Höhere Steuern in Deutschland treffen Mittelständler, Kleinunternehmen und Familien. Deswegen weise ich noch einmal besonders auf folgenden Ansatz in unserem Antrag hin: „Zur Bekämpfung illegaler, aber auch unerwünschter legaler Steuergestaltungsmöglichkeiten ist ein internationales, insbesondere europaweit einheitliches Vorgehen, erforderlich.“

Die Diskussionen auf internationaler Ebene sind zäh und sie gehen sehr langsam voran, zugleich sind sie ohne echte Alternativen. Steuergestaltungsmöglichkeiten, die international operierenden Unternehmen möglich sind, lässt sich nur auf internationaler Ebene begegnen.

Ich freue mich daher über die heutige Debatte und stimme meinem Kollegen Dietmar Eifler zu: Wenn die heutige Debatte einen kleinen Beitrag dazu leistet, die Diskussion voranzubringen, wäre schon viel gewonnen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Liskow.

Ich schließe die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1814 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1814 bei Zustimmung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU und der NPD abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1815 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1815 mit gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/1740 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/1740 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29**: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Energiewende braucht Beteiligungsmöglichkeiten, auf Drucksache 6/1756.

**Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Energiewende braucht
Beteiligungsmöglichkeiten
– Drucksache 6/1756 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Jaeger für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Genau heute vor 26 Jahren kam es zur Reaktorkatastrophe im Kraftwerk Tschernobyl im Block IV. Das ist eines der ganz wesentlichen Ereignisse, die dazu geführt haben, dass wir heute über diesen Antrag reden, nämlich über das Thema Energiewende, und ist übrigens auch ein ganz wesentliches Ereignis dafür, dass Sie heute hier in einem frei gewählten Landtag sitzen, denn das Thema Tschernobyl hat damals die großen Veränderungen in der Sowjetunion massiv beschleunigt und damit auch die Veränderungen im Osten Europas sozusagen herbeigeführt.

Der Antrag „Energiewende braucht Beteiligungsmöglichkeiten“ steht ein Stück weit sogar in Beziehung zu dem Antrag,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

den wir eben gerade behandelt haben, denn es ist so, dass die Europäische Union versucht, Möglichkeiten am Kapitalmarkt, nämlich im Bereich des Graumarktes, die zum Teil zu hohen Verlusten bei Kleinanlegern geführt haben, stärker zu regulieren, um diese Kleinanleger zu schützen.

Wir bekommen jetzt aber mit im Verlauf der Diskussionen zu diesem, und es heißt, ich lese es mal konkret vor, „Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM)“, dieses Umsetzungsgesetz, über das die Bundesregierung zurzeit verhandelt und auch der Deutsche Bundestag. Am Mittwoch hat der Finanzausschuss dazu verhandelt und es soll jetzt im Bundesrat noch einmal beraten werden, auch wenn es dort nicht zur Zustimmung kommt. Dieses Gesetz hat, und das erkennen inzwischen wirklich alle Beteiligten, massive Auswirkungen auf das Thema „Bürgerbeteiligung bei der Energiewende“. Und zwar trifft es gerade die kleinen Genossenschaften, die es auch in unserem Bundesland inzwischen zuhauf gibt.

Wir haben zum Beispiel im Jahr 2009 der von den GRÜNEN initiierten Fotovoltaikgenossenschaft in Neustrelitz als Land den Umweltpreis verliehen. Es gibt die Studierenden in Greifswald, die eine solche Solaranlagen-genossenschaft gegründet haben, die WEMAG verfolgt das als Ziel, um wirklich vielen Menschen in diesem Land, die eben kein Dach haben und die sich trotzdem an der Energiewende beteiligen wollen, diese Möglichkeiten zu geben.

Das Gesetz, und das ist inzwischen keine Befürchtung mehr, sondern es ist tatsächlich so, denn die BaFin, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sagt, dass die Verwaltungsvorschriften zur Umsetzung der AIFM Wohnungsgenossenschaften wahrscheinlich nicht treffen

werden. Also da müssen wir uns wahrscheinlich keine Sorgen machen, aber Energiegenossenschaften werden als Investmentvermögen eingeordnet und damit sind sie definitiv betroffen.

Das heißt, das Gesetz sieht zurzeit vor, dass eine solche Genossenschaft dann mindestens drei Anlageobjekte haben müsste. Das ist natürlich schwierig, wenn Sie wissen, dass allein ein Windrad etwa 5 Millionen Euro kostet. Und wenn sich eine Betreiber-gemeinschaft vor Ort gründet, die dieses Windrad betreiben will und etwa mit 10 bis 15 Prozent Eigenkapital versucht, dieses Windrad zu finanzieren, dann hat sie nach der neuen Verordnung keine Chance mehr, weil es eigentlich mindestens drei Anlagen sein müssten. Das würden dann 15 Millionen sein, und damit ist das Eigenkapital vor Ort praktisch nicht mehr aufzubringen.

Das hat nicht zur Folge, dass diese Anlagen nicht mehr finanziert werden, die werden selbstverständlich finanziert, weil es große Fonds gibt, die sich daran beteiligen, an denen man sich auch weiterhin beteiligen kann. Aber die Idee, die gerade die Landesregierung richtigerweise verfolgt, den Menschen vor Ort die Möglichkeiten zu geben, von der Energiewende zu profitieren, die wird mit diesem Gesetz ausgehöhlt und ins Gegenteil verkehrt.

Ich will noch ein paar Sachen zu diesem Gesetz sagen. Es gibt natürlich Ausnahmemöglichkeiten. Eine davon ist, wenn bis zu 40 Prozent Eigenkapital aufgebracht wird. Sie haben gerade gehört, in diesem Bereich der regenerativen Energien und angesichts der sehr niedrigen Zinsen ist es durchaus möglich, mit 10 Prozent Eigenkapital eine solche Anlage zu finanzieren, und das eröffnet diesen Genossenschaften überhaupt die Möglichkeit, sich in größerem Umfang an der Energiewende zu beteiligen. Müssen die jetzt auf 40 Prozent hochgehen, sind sie natürlich den anderen Fonds absolut unterlegen und das führt dazu, dass sie die Projekte nicht kriegen, weil sie nicht die entsprechenden Pachten zahlen können zum Beispiel.

Ein anderer Punkt liegt darin, dass man sich darauf geeinigt hat, sollten die Voraussetzungen für die Gültigkeit dieser AIFM gelten, dass dann natürlich noch in Einzelanlagen investiert werden kann, dass aber der einzelne Anleger mindestens 20.000 Euro mitbringen soll. Das dient dem Schutz der Kleinen, so jedenfalls die Idee des Gesetzes, hat aber zur Folge, dass den Kleinen natürlich die Möglichkeit zur Beteiligung genommen wird.

Wir glauben, dass es richtig und sinnvoll ist, da noch mal nachzuverhandeln und vor allen Dingen die Stimme des Landtages dort mit einzubringen, gerade in die Beratung im Bundesrat, auch wenn der, wie gesagt, nicht darüber entscheidet, aber es gibt eine Beratung im Bundesrat. Und wir glauben, dass das auch vor dem Hintergrund gerechtfertigt ist, dass es die Anlegerinteressen der Kleinanleger zu schützen gilt, denn durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz gibt es eben, anders als in anderen Wirtschaftsbereichen, ein sehr hohes Maß an Risikoschutz. Und das können wir in diesem Fall auch anführen und deutlich sagen: Wir können es verantworten, dass es solche Bürgergenossenschaften gibt, dass wir damit die Energiewende in Deutschland möglichst breit aufstellen und möglichst viele Menschen daran beteiligen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst in Vertretung des Ministers für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung die Justizministerin Frau Kuder.

Ministerin Uta-Maria Kuder: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im vorliegenden Antrag wird gleich zu Beginn eine entscheidende Feststellung getroffen: „Die Energiewende braucht ... Akzeptanz.“ Akzeptanz, so die weitere Argumentation, lässt sich erzielen, wenn es gelingt, den Bürgerinnen und Bürgern eine wirtschaftliche Teilhabe an einzelnen Projekten aus erneuerbaren Energien zu ermöglichen. Ja wohl, diese Feststellung ist wichtig und richtig und deshalb handelt die Landesregierung auch dementsprechend.

Eine Arbeitsgruppe im Rahmen des Landesenergie Rates beschäftigt sich ausschließlich mit Fragen der Bürgerbeteiligung, insbesondere mit den Möglichkeiten für eine wirtschaftliche Teilhabe. Lassen Sie mich kurz einige Beispiele für wirtschaftliche Teilhabe benennen, die in der Arbeitsgruppe vorgestellt wurden, die also bereits bestehen und die in der Tat durch Regelungen, wie sie der Entwurf zu einem Kapitalanlagegesetz vorsieht, gefährdet sind.

Es gibt beispielsweise das sogenannte Bürgersparen der Deutschen Kreditbank. Dabei können auch kleine Summen angelegt werden. Das ist bei der Einkommensstruktur in unserem Land entscheidend. Es gibt die Norddeutsche Energiegemeinschaft, die auf Initiative der WEMAG und fünf Volksbanken und Raiffeisenbanken entstanden ist, ein Genossenschaftsmodell für Bürger und Kommunen, und es gründen sich derzeit deutschlandweit Genossenschaften zur Betreibung von Fotovoltaikanlagen oder Windanlagen – auch in unserem Land.

In Genossenschaften können sich sowohl Kommunen als auch Energieversorger, Verbände und Bürger für die wirtschaftliche Teilhabe zusammenfinden. Ähnlich könnten auch Modelle für andere erneuerbare Energieträger aussehen, so zum Beispiel für eine Biogasanlage mit angeschlossenem Nahwärmenetz für die Wärmeversorgung in der Gemeinde.

Meine Damen und Herren, es gibt seit vielen Jahren die Klimaschutzrichtlinie des Landes und seit dem 9. April dieses Jahres ist auch die Richtlinie zur Gewährung von Darlehen zur Förderung von Klimaschutz-Projekten in Mecklenburg-Vorpommern in Kraft, kurz Klimaschutz-Darlehensprogramm. Mit diesen beiden Förderinstrumenten flankiert die Landesregierung die erforderlichen Investitionen, die nötig sind, um die Anlagen und die notwendige Infrastruktur zu beschaffen, auf denen beispielsweise eine Erzeugergemeinschaft aufbauen kann.

Meine Damen und Herren, ich habe es bereits angedeutet, der Entwurf zu einem Kapitalanlagegesetz, den die Bundesregierung vorgelegt hat, enthält Festlegungen, die den beispielhaft genannten und vielen anderen Formen der wirtschaftlichen Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern oder Kommunen im Rahmen der Energiewende den Garaus machen würden. Insofern teilt die Landesregie-

rung auch die Bedenken der Antragstellerin in Bezug auf den benannten Gesetzentwurf. Und nicht nur unsere Landesregierung hat entsprechende Bedenken, nein, diese Bedenken finden sich deutschlandweit bei den Finanzministerien und bei den für Energiefragen zuständigen Landesministerien wieder.

Nach dem Entwurf müssten alle, die künftig Kapital für ein Beteiligungsprojekt einsammeln wollen, neue Registrierungs- und Berichtspflichten erfüllen. Zusätzlich müsste eine Verwahrstelle damit beauftragt werden, die Eigentumsverhältnisse zu prüfen und die genauen Zahlungsströme zu überwachen. Ferner müssen ein Interessenkonfliktmanagement und eine interne Revision etabliert werden. Ein angemessenes Risiko- und Liquiditätsmanagement wäre ebenfalls zu etablieren. Das alles in Kombination kann schon eine unüberbrückbare Klippe für neue Projekte bedeuten.

Die Liste der Forderungen aus dem Gesetzentwurf ist jedoch noch länger. Bislang übliche sogenannte Ein-Objekt-Fonds sollen nur noch von Privatanlegern gezeichnet werden dürfen, wenn die Mindestzeichnungssumme 20.000 Euro beträgt. Dies dürfte nach Einschätzungen aus der Branche die meisten Bürgerbeteiligungsmodelle konterkarieren. Durchschnittlich liegen Anteile zum Beispiel bei Bürgerwindparks im Bereich von 2.000 bis 3.000 Euro, teilweise sind auch Beteiligungen schon ab 500 Euro möglich. Gerade diese geringen Einstiegsgrenzen sind für unser einkommensschwaches Land sehr wichtig und deshalb hat der federführende Finanzausschuss des Bundesrates gemeinsam mit dem Ausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz und dem Wirtschaftsausschuss eine Stellungnahme vorbereitet, die der Bundesrat an die Bundesregierung richten soll. Mecklenburg-Vorpommern hat die entsprechenden Beschlüsse in den Ausschüssen nicht nur mitgetragen, sondern unterstützt.

Sie sehen, die Landesregierung teilt die Bedenken der Antragstellerin und hat die Kritikpunkte, die auch im Antrag benannt sind, bereits auf Bundesebene vorgetragen. Der geforderte Beschluss, mit dem der Landtag die Landesregierung auffordern soll, sich mit ihren zur Verfügung stehenden Mitteln auf Bundesebene einzusetzen, ist also nicht notwendig.

Der mit der Energiewende einhergehende Umbau der Energieinfrastruktur muss nach Möglichkeit viele neue Energieerzeuger beziehungsweise Beteiligte an Erzeugungsanlagen etablieren. Mit dem finanziellen Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von Kommunen vor Ort wird gerade die regionale Wirtschaft gestärkt und die Akzeptanz vor Ort erhöht.

Energiewende heißt nicht nur, weg von atomaren und fossilen Energieträgern, es sollte auch ein Weg von Versorgungsoligopolen bedeuten. Daher kann man die Beteiligung an regionalen oder lokalen Energieprojekten nicht mit anderen Kapitalanlagen vergleichen.

Aus energiepolitischer Sicht darf die positive Entwicklung im Bereich der wirtschaftlichen Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern sowie Kommunen an der Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien nicht gebremst werden. Die Novellierung des Kapitalanlagegesetzes muss diesem Umstand Rechnung tragen!

Ich zitiere die Beschlussempfehlung der Bundesratsausschüsse, Zitat: „Insbesondere sollten Beschränkungen

der Rechtsformen, Festlegungen zur Höhe des Stammkapitals oder durch Zulassungsanforderung bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht insoweit unterbleiben oder ausreichend differenziert beziehungsweise für die beschriebenen Bürgerenergieanlagen entsprechende Ausnahmeregelungen vorgesehen werden.“ Zitatende.

Meine Damen und Herren, gestern wurden im Rahmen der AG Bürgerbeteiligung des Landesenergie Rates der aktuelle Stand des Gesetzesvorhabens vorgestellt und die Thematik diskutiert. Sie dürfen sicher sein, dass im Energieministerium alle neuen Erkenntnisse aufbereitet und dem im Bundesratsverfahren federführenden Finanzministerium zugearbeitet werden.

Ich kann also noch mal unterstreichen, das Problem ist der Landesregierung bekannt und sie setzt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereits und selbstverständlich auch weiterhin entsprechend ein. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Borchert.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bis zum 22. Juli muss die EU-Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds auch in Deutschland in nationales Recht umgesetzt werden. Die Richtlinie ist aus Sicht der SPD-Fraktion grundsätzlich zu begrüßen, weil sie durch verbesserten Anlegerschutz die Verbraucherrechte stärkt und auch endlich Konsequenzen aus der Finanzkrise ziehen wird oder damit gezogen werden. Und wie es üblich ist, muss vor Umsetzung der EU-Richtlinie die Umsetzung in nationales Recht erfolgen. Das macht die Landesregierung, indem sie Anfang des Jahres das Kapitalanlagegesetz vorgelegt hat, übrigens ein Gesetzeswerk mit fast 600 Seiten.

Inzwischen gab es die Erste Lesung im Bundestag. Es gab die Beratung im Bundesrat am 1. Februar, insbesondere über den federführenden Finanzausschuss und mitberatend Umweltausschuss und Wirtschaftsausschuss, und es gab auch Mitte März die Anhörung der Sachverständigen im Finanzausschuss des Bundestages.

Im Ergebnis dieser Beratungen wird deutlich, dass es massive Kritik gibt am Gesetzentwurf der schwarz-gelben Bundesregierung und die berechtigte Sorge, dass, wenn es keine Änderung gibt am Kapitalanlagegesetz, zukünftig Bürgerenergieprojekte in Deutschland praktisch ausgeschlossen werden oder durch nicht vertretbare Beteiligungsbeiträge, Gründungs- oder Verwaltungskosten aus finanziellen Gründen einfach nicht mehr zu realisieren sind.

Worin bestehen die zentralen Kritikpunkte? Das sind im Wesentlichen, aus meiner Sicht, drei:

Erstens wird festgelegt, das private Anleger in der Regel mindestens 20.000 Euro zu investieren haben. Praxis, wir haben es gehört, bei uns in Mecklenburg-Vorpommern beginnend bei 500 Euro, bis hin zu 2.000 oder 3.000 Euro. Das ist das, was praktisch in der Realität bei

uns in Mecklenburg-Vorpommern zur Anwendung kommt. Alles dieses wäre dann so nicht mehr möglich.

Zweiter Kritikpunkt. Die Eigenkapitalquote muss in der Regel mindestens 40 Prozent betragen. Auch hier ist zu sagen, die Eigenkapitalquoten bei unseren Bürgerwindparks, die jetzt in Vorbereitung sind, liegen bei etwa 10 Prozent, und das ist in der Regel auch schon schwierig zu realisieren.

Dritter Kritikpunkt. Bewährte Rechtsformen des Bürgerlichen Rechts, wie GmbH & Co KG, GbR, aber vor allen Dingen auch die insbesondere in Deutschland sehr bewährte Form der Genossenschaften werden vom Grundsatz her ausgeschlossen. Zulässig wären nur noch Investmentaktiengesellschaften beziehungsweise geschlossene Investmentkommanditgesellschaften.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Thema ist in der Öffentlichkeit wahrscheinlich aufgrund der Kompliziertheit nicht so richtig wahrgenommen worden in den letzten Wochen und Monaten. Allerdings müssen wir uns zumindest heute im Landtag auch darüber im Klaren werden, dass dieses Kapitalanlagegesetz, falls es keine Veränderungen gibt, gerade für Mecklenburg-Vorpommern katastrophale Auswirkungen hätte. Warum gerade für Mecklenburg-Vorpommern?

Im Gegensatz zu den westdeutschen Bundesländern gibt es bei uns in Mecklenburg-Vorpommern bisher kaum Bürgerwindparks und Kommunalwindparks. Es gibt aber viele Aktivitäten vor Ort – Gott sei Dank, sage ich –, so dass Bürgerwindparks in den nächsten Monaten, in den nächsten Jahren entstehen könnten. Insbesondere im Zusammenhang mit der Neuausweisung von Windeignungsgebieten von circa 13.000 Hektar gibt es sehr, sehr konkrete Überlegungen vor Ort, einen Großteil dieser neu ausgewiesenen Eignungsgebiete für Bürgerwindparks und Kommunalwindparks zu nutzen.

(Heinz Müller, SPD: Sehr gut.)

All das, meine Damen und Herren, wäre nicht möglich, wäre nur graue Theorie, da können wir uns als Land noch so viel Mühe geben, hier Rahmenbedingungen zu schaffen. Wenn das Kapitalanlagegesetz so bleibt, wie es ist, werden alle diese Vorhaben, meine Damen und Herren, nicht möglich sein. Und das ist die eigentliche Dimension, um die es hier letztendlich geht. Insofern ist es sehr wichtig, dass wir heute dieses Thema beraten und, das wäre mein Wunsch gewesen, zu einer Beschlussfassung im Landtag kommen. Dazu muss ich deutlich sagen, meine Damen und Herren, da unterscheidet sich die Position der SPD- von der der CDU-Fraktion. So etwas soll es ja auch mal geben.

(Heinz Müller, SPD: Ab und zu, ja. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Es ist selbstverständlich richtig, das erkennen wir an, dass unsere Landesregierung, insbesondere das Energieministerium, aber auch das federführende Finanzministerium in Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium und dem Wirtschaftsministerium, bereits handelt. Das ist lobenswert, aber das war, ganz ehrlich gesagt, auch von uns so zu erwarten. Das ist nicht das Thema. Das ist nicht das Problem. Das Problem ist: Was passiert am 16. beziehungsweise 17. Mai im Bundestag? Es ist kein zustimmungspflichtiges Gesetz, das heißt, es wird am

7. Juni im Bundesrat zwar noch eine Befassung geben, aber entscheidend ist in dem Falle der Bundestag am 16. oder 17. Mai.

Und demzufolge, meine Damen und Herren, wäre es geradezu logisch und notwendig, dass wir uns heute hier im Landtag – ebenso wie bereits die Regierung – ebenfalls positioniert hätten, als Teil der Demokratie, als Legislative eine eigenständige Position als politisches Gewicht einzubringen. Das ist die Position der SPD.

Unser Koalitionspartner CDU war leider nicht bereit, über einen Änderungsantrag diesen Weg zu gehen,

(Heinz Müller, SPD:
Warum das denn nicht?)

denn wir hätten durchaus die Landesregierung bitten können, sich auch zukünftig, wie bisher, im Sinne einer Beschlusslage hier im Landtag einzusetzen,

(Marc Reinhardt, CDU: Was ist
das für eine Märchenstunde?)

um dieses Kapitalanlagegesetz im Bundestag zu verändern.

Meine Damen und Herren, insofern wird es leider so sein, dass die SPD-Fraktion, jetzt sage ich mal, nicht nach bewährter Praxis, sondern nach bekannter Praxis den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen wird.

(Beifall Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben zunächst in der Fraktion darüber diskutiert, ob das ein Finanzantrag ist oder ein Energieantrag.

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD)

Wir sehen, es ist beides. Insofern haben wir uns entschieden, dass ich auch dazu sprechen soll hier im Landtag.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich gebe zu, dass das Problem an mir vorbeigegangen war. Spätestens allerdings, als ich den Artikel in der „neuen energie“ gelesen habe und Ihr Antrag auf dem Tisch lag, da ist uns bewusst geworden, dass das ein wichtiges und gefährliches Thema für die bürgernahe Energiewende ist. Und selbst, nachdem ich mir die Debatte zur Ersten Lesung im Bundestag angesehen hatte, das gebe ich freimütig zu, waren mir die Zusammenhänge immer noch nicht so ganz hundertprozentig klar. Aber inzwischen hat sich das geändert. Wie Sie sicherlich auch, habe ich mich schlau gemacht und es ist gut, dass wir heute darüber diskutieren.

Auch wenn die Koalitionsfraktionen den Antrag ablehnen, hoffe ich trotzdem, und davon gehe ich nach dem Redebeitrag der Justizministerin auch aus, dass die Landesregierung weiter im Sinne des Antrages handeln wird. Denn eins ist klar, die Energiewende hat inzwischen immer mehr und höhere Hürden zu überwinden. Wenn diese jetzt auch noch dazukommt, dann ist es nicht mehr weit bis zur Kapitulation.

Wir sind hier im Hause in vielerlei Fragen, auch bezüglich der Energiewende, sowohl einer Meinung als auch unterschiedlicher Meinung. Aber es dürfte allen klar sein, dass eine Grundvoraussetzung für ihr Gelingen die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger ist. Und diese Akzeptanz kann und muss durch viele Bausteine erreicht werden.

Da ist zuallererst zu nennen, dass Strom natürlich kein Luxusgut werden darf, also bezahlbar bleiben muss. An anderer Stelle, darauf will ich jetzt nicht genauer eingehen, haben wir im Landtag darüber diskutiert und auch meine Fraktion hat dazu mehrfach Vorschläge unterbreitet.

Zweitens muss es darum gehen, dass Bürgerinnen und Bürger vor Ort einbezogen werden, gefragt werden, Vorschläge machen können, die dann auch ernst genommen werden, und das schon, bevor Planungsdokumente auf dem Tisch liegen, an denen nur noch marginal Änderungen vorgenommen werden können.

Und drittens, wie im Punkt 1 Ihres Antrages festgestellt wird, wird die Akzeptanz eines Windparks, einer Fotovoltaikanlage, einer Biogasanlage entscheidend davon beeinflusst, ob die Menschen etwas davon haben. Und dazu gehört selbstverständlich die Möglichkeit zur direkten finanziellen Beteiligung auch mit kleinen Summen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir LINKEN wollen alle drei dieser genannten Möglichkeiten. Diese betrachten wir alle drei als Notwendigkeit, aber Letzteres ist für uns einer der Grundpfeiler des Systemwechsels in der Energiewirtschaft und deshalb dringend erforderlich. Systemwechsel meint in diesem Fall, wir müssen weg – auch die Ministerin hat das gesagt – von der zentralistischen Struktur der Erzeugung durch Großkraftwerke hin zu einer dezentralen Struktur mit zahlreichen Eigentümern und Nutznießern. Kommunen, Genossenschaften und Bürgeranlagen gehören dazu.

Diese Beteiligten jetzt einem solchen Gesetz zu unterwerfen, würde ihre Existenz aufs Spiel setzen. Die Konzentration in den Händen weniger großer Investoren wäre nach unserer Auffassung die Folge und das Ziel des Gesetzes, die sogenannten alternativen Investmentfonds einer Regulierung zu unterwerfen, würde wahrscheinlich sogar konterkariert.

„Alternative Investmentfonds“ werden sie genannt in der EU-Richtlinie, die durch das vorgelegte Gesetz umgesetzt werden soll, ein Begriff, der wesentlich freundlicher klingt als Hedgefonds, Heuschrecken oder Schattenbanken, was sie aber eigentlich sind, und verschleiert, welche verheerenden Wirkungen sie mit der Finanzmarktkrise für ganz Europa und die Welt heraufbeschworen hatten. Aber sei es drum, das Ziel, solche Finanzhasardeure wenigstens ein Stück weit an die Kette zu legen und Anleger zu schützen, das ist zu begrüßen.

Die Diskussion im Bundestag hat gezeigt, dass Opposition und Regierung sehr unterschiedliche Meinungen darüber haben, ob dieses Ziel mit dem vorgelegten Gesetzentwurf erreicht werden kann, und auch der Bundesrat – die Bundesratsausschüsse – hat in seiner Stellungnahme eine ganze Reihe von Hinweisen beschlossen, die die Bundesregierung beachten möge. Wir werden sehen, ob die zahlreichen Vorschläge, die auch in den Anhörungen vorgebracht worden sind, Gehör finden. Bezeichnend ist allerdings, dass sich die Bundesregierung so viel Zeit gelassen hat, dieses Gesetzespaket vorzulegen, und jetzt aber alles doch ziemlich schnell gehen muss bis zum Juli 2013, das ist sozusagen das Enddatum, das die EU fordert.

Im Interesse der Energiewende ist, dass Beteiligungsformen, Bürgerbeteiligungsformen diesem Gesetz nicht unterworfen werden dürfen. Schon in der Begründung zum Antrag haben Sie, Kollege Jaeger, aufgeschrieben, um welche Punkte es dabei geht, die will ich nicht alle wiederholen: 20.000 Euro Mindestinvestitionssumme, Eigenkapitalquote und Weiteres.

Ich will aber ganz deutlich sagen, dass es gerade uns in Mecklenburg-Vorpommern darum gehen muss, möglichst vielen Bewohnern die Möglichkeit zu geben, sich direkt finanziell zu beteiligen, und zwar auch mit kleinen Summen. Selbst 500 Euro sind für manchen nicht zu erschwingen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

20.000 Euro können nur ganz, ganz wenige entbehren. Kommunen, Genossenschaften, Bürgergesellschaften sind nicht die, die man an die Kette legen muss. Herr Kollege Jaeger ist schon darauf eingegangen. Selbst, wenn da auch mal Fehler passieren sollten, sind die für die Betroffenen sicherlich schmerzlich, aber sie gefährden nicht die Weltwirtschaft.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An den vergangenen zwei Tagen sind die Beratungen zum Gesetzentwurf der Bundesregierung im Finanzausschuss fortgesetzt worden. Mehrere Fraktionen haben Änderungsvorschläge unterbreitet, entsprechende Anträge gestellt. Wichtig ist, dass ein gemeinsamer Änderungsantrag der schwarz-gelben Koalition Genossenschaften vom Gesetz ausnehmen will. Das ist mir zumindest übermittelt worden. Das wäre ein wichtiger Schritt. Ich hatte noch keine Gelegenheit, das genau zu überprüfen, ob es tatsächlich so ist.

Die Linksfraktion im Bundestag wird das Gesetz ablehnen, weil es nicht das erfüllt, was das Ziel formuliert. Aber dem Änderungsantrag von CDU/CSU und FDP, der Genossenschaften ausklammern will, haben meine Fraktionskollegen zugestimmt. Trotzdem denke ich, dass es wichtig wäre, heute dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zuzustimmen, weil bis zum endgültigen Beschluss im Bundestag noch viel passieren kann. Ich erinnere nur an die angeblichen Pläne zum Schließen der legalen, aber sittenwidrigen Steuerschlupflöcher, aus denen dann doch nichts geworden ist.

Auf eines ist Kollege Borchert schon eingegangen: Der Bundesrat ist nicht zustimmungspflichtig. Deshalb ist es ganz besonders wichtig, dass wir zu allen unseren Kollegen in den Fraktionen im Deutschen Bundestag Kontakt aufnehmen und sie zu einem Abstimmungsver-

halten im Bundestag einschwören, das auch unseren Interessen entspricht. Wir stimmen dem Antrag selbstverständlich zu.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Seidel.

Jürgen Seidel, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute hier einen Antrag von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorliegen, und das ist ja jetzt schon mehrfach betont worden, der eigentlich von der Entwicklung etwas überholt ist. Ich will das auch nur ganz vorsichtig so ausdrücken.

Unter Punkt 1 soll der Landtag Feststellungen treffen, hier insbesondere zu der Frage der Akzeptanz im Hinblick auf erneuerbare Energien, die, und das darf ich wohl im Namen aller sagen, inzwischen Allgemeingut sind. Ich glaube, da sind wir uns nun wirklich einig, dass die Energiewende eine breite Akzeptanz braucht, ist unstrittig. Das können wir feststellen. Ich glaube, dazu müssen wir jetzt nicht noch mehrfach Anträge schreiben.

Im Übrigen will ich aber noch mal an dieser Stelle sagen, wenn wir das so inbrünstig hier darstellen, dann müssen wir uns natürlich fragen: Was ist denn für Akzeptanz auch alles erforderlich? Und da ist sicherlich das Thema Beteiligung eines, aber nicht jeder hat ein Stück Land und kann 60.000 Euro kassieren für eine Windkraftanlage.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau das meinen wir ja auch.)

Viele Menschen im Lande können sich eben leider nicht so beteiligen, wie wir das gerne möchten, sondern da müssen wir schon an viel mehr denken. Das, glaube ich, sehen Sie auch so.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und da will ich das Thema der Kosten auch noch mal ansprechen an dieser Stelle, obwohl ich mir aber nicht ganz so sicher bin, Herr Jaeger, ob DIE GRÜNEN das genauso sehen, weil ich immer so ein bisschen im Hinterkopf habe, dass DIE GRÜNEN schon sagen,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wir wollen die Energiewende.)

Energie muss richtig teuer sein, nur dann verhält der Bürger sich adäquat.

(Egbert Liskow, CDU: Das
kennen wir bei Benzinpreisen.)

Ja, ja, das sind ja die alten Aussagen, die sind nicht vergessen. Und insofern, ich sehe ja immer wieder das Augenrollen hier im Saal, wenn man davon gesprochen hat, von dem Dreieck, und wenn die Frage der Kosten überhaupt noch mal angesprochen wird, dann wird man gleich niedergebrüllt, so ähnlich habe ich das manchmal empfunden.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Aber nicht von uns, Jürgen.)

Das ist inzwischen vorbei und ich sage auch voraus, das Thema Kosten wird uns noch mehr befassen, als wir glauben. Das sage ich Ihnen voraus.

Meine Damen und Herren, gestern wurde im Übrigen – das will ich an dieser Stelle mal loswerden, ich glaube, Herr Saalfeld, Sie waren es – das Beispiel Dänemark hier angesprochen. Das ist richtig, ich habe den Artikel auch gelesen. Nur ich weiß nicht, ob Sie auch gelesen haben, dass die Dänen es geschafft haben, dass gerade bei Windkraft, offshore wie onshore, die Leitungen erst verlegt wurden, die Netze erst verlegt wurden und dann die Windräder aufgebaut werden. Das spart nämlich Kosten, das ist ganz eindeutig. Und insofern ...

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das wird in Deutschland
auch gemacht. Ihre Bundesregierung.)

Nee, nee, Herr Jaeger, Sie haben hier sogar mal gesagt, man braucht nicht erst das Netz in Ordnung zu bringen, man kann auch so.

(Egbert Liskow, CDU: Er redet
viel, wenn der Tag lang ist.)

Herr Jaeger, Sie müssen aufpassen, dass Sie Ihren Job, den Sie vorher gemacht haben, ich glaube, den Sie immer noch machen, jetzt nicht zu sehr in Form von Lobbyarbeit einbringen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, ich glaube nach wie vor, ich will das sagen, dass die Beteiligungsfrage eine wichtige ist. Sie ist ein Aspekt für die Akzeptanz, keine Frage. Genauso, glaube ich, sind wir auch alle einer Meinung, dass ausgehend von Erfahrungen im Hinblick auf die Finanzkrise die Stärkung der Verbraucherrechte ein ganz vorrangiges Ziel von Politik sein muss.

Und nun ist dieses Gesetz, das ist wohl richtig, das Kapitalanlagegesetz, ein typisches Gesetz, wie ein Finanzministerium das eben dann vorlegt. Die gucken nicht nach links und rechts, die gucken nur, was jetzt wirklich zu machen ist, um tatsächlich die Anlegerrechte hier zu schützen. Da ist ja auch vieles sehr vernünftig, was da steht. Ich will auch sagen, dass wir diese Dinge, die sind ja schon aufgezählt worden, vom Grundsatz her sogar begrüßen, aber, und da sind wir uns einig, das darf natürlich nicht dazu führen, dass man das Kind mit dem Bade ausschüttet und dass Regelungen, gerade wie Genossenschaften, Beteiligungsmöglichkeiten im Falle von Energie, also sogenannte Bürgerbeteiligungsorganisationsformen erschwert werden.

Übrigens, ich finde es ganz interessant, das sollten wir mal festhalten an dieser Stelle, wenn man hier sagt in diesem Raum, dass mehr Regulierung, mehr Kontrolle, mehr Berichterstattung, mehr Zulassungspflichten am Ende natürlich das freie Wirtschaften beeinträchtigen. Dann sagen alle: Das gibts doch gar nicht, nein, hier muss kontrolliert werden! Hier, wo man es jetzt selbst merkt, da sagen alle: Nein, aber wir nicht!

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es geht immer um das Maß, logisch.)

Jaja. Jaja, Herr Jaeger. Das ist richtig. Deswegen will ich auch nur deutlich machen, dass das immer eine Gratwanderung ist.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das habe ich am Anfang
gesagt. Genau das habe ich gesagt.)

Das ist eine Gratwanderung und da muss man sehr aufpassen, da gibt es kein Schwarz-Weiß.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Richtig. –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Insofern will ich darauf hinweisen, und das ist hier auch ganz klar durch das Ministerium gesagt worden, dass die Landesregierung regiert hat, reagiert hat – regiert hat sie auch –, reagiert hat, sie hat entsprechend votiert im Bundesrat. Es gibt Bundesratsempfehlungen – ich gehe davon aus, dass die hier Eingeweihten das alles kennen –, die sagen, dass Energieprojekte davon ausgenommen werden sollen, müssen, wenn man hier nicht sozusagen Probleme neu erzeugen will.

Am 1. Februar hat es einen entsprechenden Beschluss im Bundesrat gegeben und ich habe mir natürlich auch mal angesehen, wie denn die Debatte im Bundestag verlaufen ist. Ich gehe davon aus, dass Sie das auch gemacht haben. Wenn Sie sich dieses Protokoll anschauen, dann sehen Sie, dass sich sogar die vielfach gescholtene FDP dort sehr engagiert eingesetzt hat für Energieprojekte und auch gesagt hat: Das müssen wir anders machen, wir müssen die Dinge rausnehmen. Nun müssen wir nicht immer so tun, als ob wir jetzt hier in Mecklenburg-Vorpommern die Welt retten müssen – das können wir machen, aber in diesem Fall, glaube ich, ist das so nicht erforderlich.

Meine Damen und Herren, ich will insofern schon noch ein Wort sagen – das tut mir jetzt leid, weil man das eigentlich nicht macht, lieber Rudi, hier so vor dem Plenum –, aber ich lasse das jetzt nicht auf uns sitzen, dass man so kommt: Die böse CDU war wieder mal nicht bereit.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Also ich finde, da muss die SPD mal mit sich in Klausur gehen. Wenn ich hier vom SPD-Minister für Energie höre, dass er sagt, dieses Gesetz brauchen wir nicht, wir sind höchst sensibilisiert, wir haben uns im Bundesrat entschieden, dann brauche ich keinen Antrag, der sagt, der soll weiterhin so agieren. Den brauche ich nicht. Da habe ich Vertrauen zu diesem Minister. Wenn die SPD das nicht hat, dann muss sie sich hier von der Opposition solche Beschlüsse aufdiktieren lassen. Ich brauche das nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und am Ende will ich noch mal deutlich sagen: Wenn das Land sich positioniert im Bundesrat, wenn man natürlich mit seinen Abgeordneten spricht, dann sind die Möglichkeiten dieses Landes klar umrissen. Dem Bürger jetzt mit einem solchen Beschluss zu suggerieren, wir sollen uns weiterhin so einsetzen, wir sind hier die Größten und können alles regeln, das halte ich im Übrigen auch für fatal.

(Heinz Müller, SPD: Aber man darf doch als Landtag seine Position darlegen.)

Insofern schlage ich vor, Herr Müller, gehen Sie doch mal ein bisschen in sich in der Fraktion selbst und beschimpfen Sie nicht den Koalitionspartner. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Torsten Renz, CDU: Sehr gut.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der GRÜNEN ist notwendig und richtig, wir werden ihn selbstverständlich unterstützen. Die technischen Daten sind genannt worden, Eigenkapital, Quoten et cetera pp. Für uns stellte sich die Situation nach Studium so dar, dass wir den Eindruck gewonnen haben, dass das einen Angriff auf die Kleininvestoren darstellt, wenn dieses Kapitalanlagegesetz so verabschiedet würde, wie es auf dem Papier steht.

Das Zweite ist natürlich, wenn das so ist, wenn man zu dieser Einschätzung gelangt, dann ist das natürlich auch ein Angriff auf die Akzeptanz von Windparks im Allgemeinen. Und die Frage der Akzeptanz, die erstreckt sich eben nicht nur auf das, was Herr Seidel hier eben ausgeführt hat, sondern eine Erhöhung der Akzeptanz kann man natürlich erreichen, wenn sehr viele Beteiligte an einem Windpark da sind, vor Ort, die sich damit identifizieren. Aber darüber hinaus erhöht man die Akzeptanz auch dadurch, dass die Energie, die produziert wird, unmittelbar spürbar für die Bevölkerung vor Ort Anwendung findet. Und da sind wir von der NPD-Fraktion nicht der Meinung, dass das dann nur in der Form geschehen sollte, dass man mit Biogasanlagen, denen ich sehr kritisch gegenüberstehe, nicht nur die Wärmeversorgung einer Gemeinde, eines Dorfes oder einer Ansiedlung von Häusern durchführt, sondern dass man auch die Energie, das heißt also, die Elektrizität möglichst vor Ort zur Schaffung von Arbeitsplätzen einsetzt.

Damit meine ich, und ich habe das hier schon mal angesprochen, damit meine ich die Überlegung, energieaufwendige Produktionen hier nach Norden zu holen, um das Leitungsproblem nicht noch mehr anzuheizen und gleichzeitig die hohe Arbeitslosigkeit im Norden eventuell zumindest dämpfen zu können. Das heißt also, da, wo die Energie produziert wird, da sollte man sie möglichst, wenn es machbar ist, – natürlich kann man nicht die VW-Werke hierhin holen, das ist mir klar –, wenn es machbar ist, in kleineren Einheiten vor Ort in Wertschöpfung umsetzen, wo dann Menschen, die hier leben, Arbeit finden, ganz besonders im ländlichen Raum.

Noch ein Wort zu dem zweifellos nicht so ganz ohne Verdacht auf Lobbyismus agierenden Herrn Jaeger.

Herr Jaeger, Sie haben sich hier hingestellt in diesem Jahr und haben schon Folgendes kundgetan. Dem Sinne nach haben Sie gesagt – ich müsste es im Protokoll nachlesen, aber es ist mir erinnerlich –, dass die Überkapazität von Windkraftanlagen nicht das Problem sei, sondern das Abtransportieren. Das ist wohl richtig, wenn man sich auf die Bewertung der Technik beschränkt. Aber wenn man die kaufmännische Rechnung macht, die

volkswirtschaftliche Rechnung macht, weil ja diese hoch subventionierten Anlagen, selbst wenn sie keinen Strom produzieren, vom Steuerzahler bezahlt werden müssen,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ach, das ist doch Quatsch!
Die Steuerzahler bezahlen gar nichts.)

dann hat natürlich der Herr Seidel vollkommen recht: Der Stromverbraucher ist Steuerzahler und im EEG zahlt der!

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Steuerzahler zahlen aber nichts.)

Ganz genau so ist das.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Aber nicht der Steuerzahler,
sondern der Stromverbraucher.)

Ja, das ist der Steuerzahler, das ist der Verbraucher hier im Land.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Der Verbraucher,
aber nicht der Steuerzahler.)

Und wie das gemacht wird, das wissen Sie genauso gut wie ich, dass das über den Strompreis dem Steuerzahler, dem Bürger abgenommen wird – nicht in Form von Steuern,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Eben nicht von Steuern.)

sondern in Form von Beteiligung, was er an Strom verbraucht,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Richtig.)

und das ist auch eine Abgabe, die steuerähnlich zu bewerten ist.

Da hatte Herr Seidel natürlich vollkommen recht, dass das in Ihren Reden gar keine Rolle spielt. Sie orientieren sich, wie viel Kapazität, wie viel Leistung ist installiert, und Sie haben sich bisher wenig dafür interessiert, ob diese Leistung denn auch abfließen kann und wer diese Leistung bezahlt, obwohl sie gar nicht an den Verbraucher gelangen kann.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben Sie ja explizit öfter in dieser Tendenz geäußert.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach?)

Und insofern ist das auch ein kleines bisschen unredlich, was Sie hier ständig machen. Sie versuchen hier, Ihre Wählerschaft zu täuschen, indem Sie mit Zahlen aufwarten, was installiert ist, ohne die Zahlen dagegengzustellen, was technisch machbar und damit auch verbrauchstechnisch an die Verbraucher herangeführt werden kann.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Da verzichten wir gerne drauf.)

Wir werden dennoch Ihrem Antrag zustimmen, weil wir glauben, dass die Akzeptanz wächst, wenn man, der kleine Investor, Teilhabemöglichkeiten geboten bekommt, denn so, wie das Gesetz jetzt ist, scheint es aus der Feder der Großindustrie zu stammen, und dem entgegenzuwirken, ist natürlich Aufgabe auch einer nationalen Opposition. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Jaeger.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Sagen Sie mal was zu den Kosten! –
Udo Pastörs, NPD: Kosten auf den
Tisch legen! Hat er nie aufgearbeitet.)

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es fällt mir schwer, überhaupt nicht darauf einzugehen, was Sie hier gesagt haben. Ich will Sie bloß mal daran erinnern, normalerweise hat die NPD gesagt, wir brauchen kein Bundestagswahlprogramm, weil wir feste Grundsätze haben, die gelten für alle Zeiten. Inzwischen haben Sie interessanterweise eins für 2013.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist doch Blödsinn!
Haben wir nie gesagt, dass etwas für
alle Zeiten geregelt werden kann.)

Da schreiben Sie, Sie bekennen sich zum Atomausstieg und Sie wollen das ersetzen durch regenerative Energien. Hier im Landtag tragen Sie zu wirklich allen regenerativen Energien nur vor, dass Sie die falsch finden und eigentlich für verfehlt halten, zu allen: Biogas, Windkraft, Fotovoltaik.

(Udo Pastörs, NPD: Ich habe gesagt, ich
bin kritisch bei der Biogastechnologie.
Das ist nämlich der Punkt!)

Also vergessen Sie Ihre Energiepolitik! Das ist wirklich Quatsch, was Sie hier vortragen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Rainer Albrecht, SPD –
Stefan Köster, NPD: Sie sind ein reiner
Lobbyist. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

So, zum Thema: Das starke politische Signal des Landtages zu diesem Gesetz wäre aus meiner Sicht in jedem Fall notwendig gewesen. Weil es eben keine Zustimmungspflicht im Bundesrat gibt, ist das politische Engagement hier besonders erforderlich und deswegen wäre es eine gute Rückendeckung für die Landesregierung gewesen.

(Jürgen Seidel, CDU: Die ich
aber nicht haben möchte.)

Dass Sie jetzt hier ...

Es geht doch nicht um eine Rückendeckung der Opposition, sondern des gesamten Landtages. Natürlich ist es sinnvoll, so etwas zu beschließen. Das machen Sie doch hier am laufenden Band mit anderen Anträgen. Das ist ja

auch richtig. Und in dem Fall lehnen Sie es ab, nur weil es von der Opposition kommt. Da können Sie sich zu bekennen, das ist doch auch richtig, wenn Sie sagen, das kriegen wir nicht hin mit unserem Selbstverständnis, aber es ist trotzdem schade.

So, und das Thema Lobbyismus. Es ist tatsächlich richtig, dass ich für die Energiewende kämpfe, das können Sie auch überall nachlesen.

(Udo Pastörs, NPD: Ein Lobbyist der
Industrie, der Windmühlenindustrie. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich habe hier im Hohen Hause aufgrund meiner Erfahrung verschiedenste Vorschläge gemacht, wie wir die Kosten der Energiewende begrenzen können. Ich habe von einer Managementprämie gesprochen, die uns im letzten Jahr 400 Millionen gekostet hat, die den Windkraftanlagenbetreibern Geld ins Portemonnaie gespült hat,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

völlig sinnlos beschlossen von Schwarz-Gelb, um eine sogenannte Markteinführung einzuführen.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Ich habe davon geredet, dass die Windkraft onshore in Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich zu viel Geld bekommt, und habe dafür plädiert, die Vergütung abzusenken.

(allgemeine Unruhe)

Auch das habe ich hier gesagt. Ich habe beim Thema Offshore gesagt, klares Bekenntnis zu Offshore, aber wir brauchen ein einstufiges Vergütungsmodell, weil wir dort mit 19 Cent einsteigen. All das habe ich hier vorgetragen und Ihnen Tipps gegeben, wie Sie die Kosten beim EEG senken können, zulasten tatsächlich auch der konkreten Anlagenbetreiber. Also das nur zum Thema Lobbyismus. Das ist wirklich Quatsch, tut mir leid.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Na, na, na, na!)

So, ich lese Ihnen noch mal vor, was der Deutsche Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V. am 17.04. geschrieben hat: „Die vorgeschlagene Auslegung der BaFin“, ich hatte die kurz vorgetragen, das ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, „hätte dramatische Konsequenzen für Energiegenossenschaften und Bürgerbeteiligungsprojekte, die automatisch als Investmentvermögen deklariert würden. Dies kommt einer behördlichen Verhinderung dieser Projekte gleich.“

Es freut mich zu hören, dass die CDU das auch so erkannt hat und dass sie hoffentlich am 16. und 17.05. im Deutschen Bundestag bei der Beratung dazu diese Änderung durchsetzen wird. Damit haben Sie tatsächlich einen Beitrag geleistet für die Energiewende und es ermöglicht, dass diese Genossenschaften in unserem Bundesland weiterhin eine Chance haben.

Ich will noch einen Satz sagen zum Thema Genossenschaften. Die Idee einer breiten Beteiligung gibt es nicht erst seit zwei, drei Jahren. Wir haben bereits 1989/90 über einen Verein angefangen, Geld einzusammeln für ein Windkraftprojekt auf Usedom. Daran haben sich über

80 Menschen beteiligt, hatten da schon Geld eingezahlt. Am Ende ist dieses Projekt gescheitert und wir haben das Geld wieder zurückgezahlt. Diese Ideen gab es also schon sehr lange. Das Problem ist, dass sich innerhalb der Branche immer mehr entwickelt hat, dass man rausgegangen ist aus diesen direkten Beteiligungen, also so, dass Menschen inzwischen nur noch bei großen Fonds Geld anlegen, für das sie eine feste Verzinsung bekommen, und keinen direkten Bezug mehr zu irgendeinem Projekt haben. Das ist momentan der Trend: reine Geldanlage. Das ist schade und auch nicht im Sinne dieser Landesregierung, weil wir wieder diesen direkten Bezug wollen, damit Menschen das Gefühl haben, diese Anlagen werden nicht nur aus Hamburg oder Bremen finanziert, sondern es sind Menschen vor Ort, die sich daran beteiligen.

Und wenn wir – und das will ich dann so festhalten – uns einig sind, dass wir dieses Gesetz ändern wollen und dass es richtig ist, dieses Gesetz zu ändern, dann werde ich das als kleinen Erfolg und danke, dass wir diese Debatte so führen konnten. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Herr Jaeger, ich will nicht sagen, dass Sie ein Lügner sind,

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs, denken Sie bitte an die Anrede.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nicht sagen, dass Sie ein Lügner sind, aber Sie sind sehr unredlich.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das sagen Sie, ja?!)

Erstens. Noch mal ganz klar, die NPD bekennt sich zur Energiewende, wir sehen jedoch die Biogasanlagen aus ökologischen Gründen sehr kritisch, Boden und so weiter.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Also das reicht!)

Es reicht eben nicht.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach!)

Zweitens. Wir sind der Meinung, dass die Preise für Energie, für Strom eine Höhe erreicht haben,

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

subventioniert erreicht haben auf Kosten der Verbraucher, die die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie gefährdet.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Sagen Sie was zu
Windkraft und Fotovoltaik!)

Und drittens, dass der Privatmann die Stromkosten nicht mehr tragen kann, das ist die ganze Wahrheit, und nicht,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Rote Lampe!)

was Sie hier eben gefaselt haben,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Kommen Sie zum Ende! Die Zeit ist abgelaufen. –
Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

was die NPD hier zu diesem Thema beigetragen habe. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1756. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1756 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD angenommen.

Die Fraktion der SPD hat eine Auszeit von fünf Minuten beantragt. Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten bis 10.55 Uhr.

Unterbrechung: 10.51 Uhr

Wiederbeginn: 10.54 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Sehr geehrte Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Da es einige Irritationen über den Fortgang beim letzten Antrag gab, muss ich mich korrigieren, was das Abstimmungsergebnis zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1756 angeht. Gibt es dazu Widerspruch oder sollen wir die Abstimmung wiederholen? – Das ist nicht der Fall.

Ich korrigiere noch mal: Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1756 ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD abgelehnt.

Ich rufe nun auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Für eine Willkommenskultur in Mecklenburg-Vorpommern – Menschen mit Migrationshintergrund bereichern unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben, Drucksache 6/1758.

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Für eine Willkommenskultur in
Mecklenburg-Vorpommern – Menschen mit
Migrationshintergrund bereichern unsere
Gesellschaft und unser Zusammenleben
– Drucksache 6/1758 –**

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Gajek.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Harry Glawe, CDU, und
Burkhard Lenz, CDU: Guten Morgen!)

In ihrem Koalitionsvertrag haben sich SPD und CDU darauf verständigt, die Zugänge zu Bildung, Arbeit und Erwerbstätigkeit für Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern, sich für eine raschere und unbürokratische Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen einzusetzen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Gleichzeitig setzen Sie sich dafür ein, die gleichberechtigte Teilhabe und aktive Partizipation von Migrantinnen und Migranten in allen Lebensbereichen weiter zu verbessern, die interkulturelle Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger stärker zu fördern und Angebote speziell für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus Migrantenfamilien in der frühkindlichen schulischen und beruflichen Bildung weiterhin vorzuhalten und dabei das Erlernen der deutschen Sprache in den Mittelpunkt zu stellen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Auch wenn unsere Meinungen im Hinblick auf die konkrete Umsetzung auseinandergehen, die Ziele werden von allen demokratischen Fraktionen in diesem Landtag geteilt. Das bringt der Antrag „Für eine Willkommenskultur in Mecklenburg-Vorpommern – Menschen mit Migrationshintergrund bereichern unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben“ zum Ausdruck und das ist sehr zu begrüßen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Sie werden sich nicht wundern, wenn ich Ihnen sage, dass uns die von der Koalition vereinbarten Ziele nicht weit genug gehen. Das bedeutet nicht, dass wir diesen Antrag nicht gerne mittragen. Ab und zu ist es wichtig, sich auf gemeinsame Ansätze zu verständigen und diese auch kundzutun.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sie sind Mit Antragsteller.)

Das bedeutet aber auch nicht, dass ich darauf verzichten werde, Ihnen in meiner Rede die Position der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nahezubringen, und ich fange jetzt an.

(Michael Andrejewski, NPD: Das wäre
mal nett gewesen, darauf zu verzichten.)

Politisch Verfolgte genießen nicht nur Asylrecht, sie haben darüber hinaus ein Recht auf Leistungen, die ein

menschenwürdiges Existenzminimum gewährleisten. Das Asylbewerberleistungsgesetz hat sich als dafür ungeeignet erwiesen.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Landesregierung dazu auf, sich auf Bundesebene für die Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes einzusetzen. Stattdessen sollte der Kreis der Leistungsberechtigten nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, das ist die Grundversicherung für Arbeitssuchende und die Sozialhilfe, einsetzen und um die bisher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigten Personen ergänzt werden.

Die Menschenwürde ist, so das Bundesverfassungsgericht, migrationspolitisch nicht zu relativieren.

(Michael Andrejewski, NPD:
Was soll das denn heißen? –
Udo Pastörs, NPD: Was soll denn das jetzt?)

Die Aufhebung der Residenzpflicht für bestimmte Aufenthaltsbereiche in Mecklenburg-Vorpommern hat sich bewährt. Wir fordern daher die Landesregierung dazu auf, sich auf Bundesebene für eine vollständige Abschaffung der Residenzpflicht einzusetzen. Mit der Residenzpflicht gilt in Deutschland ein in Europa einzigartiges System der Aufenthaltsbeschränkung, das tief in die Rechte der Flüchtlinge eingreift.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Diese sind nicht nur verpflichtet, ihren Wohnsitz in dem ihnen zugewiesenen Gebiet zu nehmen, vielmehr dürfen sie den ihnen zugewiesenen Aufenthaltsraum, zum Beispiel den Bezirk der zuständigen Ausländerbehörde, auch nicht verlassen, es sei denn mit einer behördlichen Verlassenserlaubnis für eine kurze Zeit.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das ist ja der reinste Gulag.)

Diese unnötig restriktive Regelung führt zu einer erheblichen Einschränkung der Freizügigkeit der Betroffenen und oft zu deren weitgehender sozialer Isolation. So wird ihre Teilnahme an kulturellen, politischen und religiösen Veranstaltungen unzulässig eingeschränkt und ihr Zugang zu einer erforderlichen ärztlichen und/oder psychologischen Behandlung wesentlich erschwert.

(Vizepräsidentin Regine Lück
übernimmt den Vorsitz.)

Es gibt einen dritten Punkt: Es ist in der Tat zu begrüßen, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie geduldete Flüchtlinge nach der Konzeption der Landesregierung zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in den Integrationsprozess einbezogen werden, soweit es ungeachtet ihres zunächst vorübergehenden Aufenthaltes geboten ist. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung dazu auf, dem Beispiel Hamburgs zu folgen und Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie geduldete Flüchtlingen eine Teilnahme an einem Integrationskurs zu ermöglichen. Bisher ist diese nur für Ausländerinnen und Ausländer mit dauerhaftem Aufenthalt vorgesehen.

Es gibt einen vierten Punkt: Nach Paragraph 53 des Asylverfahrensgesetzes sollen Asylsuchende in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden,

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

nur liegen diese Unterkünfte oftmals fernab jeglicher Infrastruktur – Sie erinnern sich an unsere Diskussion zu Horst – und sind häufig in schlechtem baulichem Zustand.

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern und Kulturkreisen leben auf engstem Raum und unter schwierigsten Bedingungen zusammen. In jüngster Zeit sind die Kapazitätsgrenzen der Unterkünfte häufig erreicht beziehungsweise überschritten worden. Und die lange Dauer der Asylverfahren verstärkt die Unsicherheit und Perspektivlosigkeit ihrer Bewohner.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist richtig.)

Wir fordern die Landesregierung dazu auf,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

sich auf Bundesebene für eine Umkehr des Regel-Ausnahme-Verhältnisses in Paragraph 53 des Asylverfahrensgesetzes einzusetzen und auf Landesebene den ihr eingeräumten Handlungsspielraum voll auszuschöpfen. Asylsuchende sollen in der Regel in Wohnungen untergebracht werden.

Wie lässt sich die Arbeit, die noch vor uns liegt, am besten beschreiben? Vielleicht anhand von Ivonas Geschichte: Ivona Papak stammt aus Bosnien, sie ist als Kind vor dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien nach Deutschland geflohen. Rückblickend sagt sie, ich zitiere: „Und ich war ein stures und naives Kind, das sehr viel Wut in mir getragen hat. Und ich wollte nicht Deutsch lernen und ich habe mich geweigert überhaupt irgendwas anzunehmen. Und hab' immer gesagt. Ich bin hier gekommen und warte bis Krieg zu Ende ist und dann geh' ich nach Hause.“

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

„Ich hab's nicht geglaubt, dass wir willkommen sind oder dass überhaupt ich dieser Gesellschaft was bedeuten kann.“ Zitatende.

Ivona ist jetzt Koordinatorin für Kinderkultur im Nürnberger Kulturzentrum „Villa Leon“ und leitet eine Mädchenwohngruppe beim Sozialdienst katholischer Frauen. Sie sagt: „Beruflich waren das auch meine Träume.“ Zitat: „Das, was ich bekommen habe, wieder zurückzugeben. Und mein großes Ziel ist, bei der Integration und bei den anderen Flüchtlingskindern vor allem mehr zu bewirken.“

Sehr geehrte Damen und Herren, Menschen wie Ivona die Ankunft in Deutschland zu erleichtern und sie in ihrem Engagement zu bestärken, ist eine Aufgabe für uns alle. Gehen wir sie an! – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun die Ministerin für Soziales

(Heinz Müller, SPD, und
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Und Arbeit!)

und Arbeit – genau –, Frau Schwesig.

(Zuruf aus dem Plenum: Und Gleichstellung.)

Und Gleichstellung. Die Gleichstellung dürfen wir nicht vergessen, natürlich. Also Sie haben das Wort, genau. Ich will mir hier keinen Ärger einhandeln.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber wenn ich die Zeitung aufschlage und Beispiele über Rechtsextremismus lese, dann macht es mich wütend, zum Beispiel das Beispiel in Güstrow. Da wird das Wohnhaus des Bürgermeisters Arne Schuldt mit der Parole „Lichtenhagen kommt wieder“ besprüht. Und ich bin denjenigen dankbar, die das „nie“ dazwischengesprüht haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Udo Pastörs, NPD)

Lichtenhagen – alle kennen die Bilder, die vor mehr als 20 Jahren um die Welt gingen –, Lichtenhagen ist das Symbol für Fremdenfeindlichkeit, dumpfen Nationalismus und das Versagen der Behörden und Demokraten.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

Und bis heute prägt Lichtenhagen auch das Bild von Mecklenburg-Vorpommern im Rest der Bundesrepublik und über deren Grenzen hinaus. Aber unser Bundesland ist kein Hort für blinden Ausländerhass. Wir haben aus Lichtenhagen gelernt. Bei uns sind die Menschen unabhängig von Religion, Hautfarbe und sexueller Orientierung willkommen und daran vermag auch die Minderheit Ewiggestrigt nichts zu ändern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sage ich vielen Dank an alle demokratischen Fraktionen für diesen Antrag.

Und ich sage auch Dank an unseren Abgeordneten Herrn Al-Sabty, der in seinem Buch „Leben zwischen Orient und Okzident“ seine Reise nach Deutschland, sein Ankommen in Deutschland beschreibt, übrigens auch sehr lustig und humorvoll. Er macht deutlich in seinem Buch, dass Lichtenhagen eben nicht nur für diesen Hass steht, sondern dass auch immer da, wo Schatten ist, Licht ist. Ich darf zitieren:

„In unserem Lichtenhagener Wohnblock lernten wir Nachbarn kennen, die die Ereignisse des Jahres 1992 beobachtet hatten und aus ihrer Sicht erzählten. Man bemerkte bei ihrem Erzählen über die ausländerfeindlichen Ausschreitungen das Gefühl der Fassungslosigkeit und der Ohnmacht. Mich überrascht es heute noch, wenn die Medien die Ereignisse in Lichtenhagen als typisch ostdeutsches Merkmal darstellen. Meine Erfahrung widerspricht dieser Darstellung, denn ich habe mit meiner Familie in Lichtenhagen problemlos gewohnt und schön gelebt. Die Bewohner Lichtenhagens waren und sind mir gegenüber sehr höflich, zuvorkommend und verständnisvoll.“ Zitatende.

Lieber Herr Al-Sabty, vielen Dank dafür, dass Sie deutlich machen, dass es zwischen denen, die Hass und

Gewalt schüren, die ihre braune Ideologie unter die Menschen treiben wollen, immer noch Bürgerinnen und Bürger in unserem Land gibt, und die sind zum Glück die Vielzahl, die sagen: Für uns sind Menschen anderer Herkunft, anderer Kultur in unserem Land herzlich willkommen und diese Menschen vertreten wir Demokraten und für diese streiten wir.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und mit diesem Zitat nicht nur herzlichen Dank für dieses Buch, auch in vielen anderen Redebeiträgen hat Herr Al-Sabty, glaube ich, erreicht – ich weiß von vielen Kollegen, dass es ihnen genauso geht –, dass wir alle Fans von Ihnen sind

(Heiterkeit und Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

und dass wir stolz darauf sind, dass auch in unserem Landtag jemand dabei ist, der objektiv davon reden kann, wie es ist, wenn man hierher kommt zunächst als Fremder,

(Udo Pastörs, NPD: Machen Sie einen Al-Sabty-Fanklub auf! Ich trete bei.)

wie gut es ist, wenn man eine Willkommenskultur erlebt, und wie wichtig es ist für unsere Kultur,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass wir Erfahrungen und Wissen bekommen von Menschen wie Herrn Al-Sabty.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von David Petereit, NPD)

Und nachdem ich mich als Fan geoutet hab, lieber Herr Al-Sabty,

(Udo Pastörs, NPD: Al-Sabty-Fanklub!)

möchte ich es wagen, Ihnen in einer Sache zu widersprechen.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Sie haben gestern hier gesagt, Sie und Herr Andrejewski hätten sich gut hier eingebürgert. Da widerspreche ich Ihnen. Bei Ihnen, ja, das stimmt, aber Herr Andrejewski weiß nicht, wie sich Deutsche zu verhalten haben, nämlich weltoffen und tolerant.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Ach so! – Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und NPD)

Entspannen Sie sich! Entspannen Sie sich!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch ich spreche mich selbstverständlich für eine Willkommenskultur für Menschen mit Migrationshintergrund bei uns im Land aus.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Und ich möchte gleichzeitig betonen, dass damit nicht nur die Fachkräfte gemeint sind, die unsere Wirtschaft im stärkeren Maße benötigt.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, und auch die Kriminellen.)

Willkommenskultur erstreckt sich auch auf die Familien und auf Menschen, die in unserem Land leben wollen und die vor allem Zuflucht suchen. Die Integrationsministerkonferenz hat deshalb im März 2013 in ihrem Leittrag sich für eine Willkommens- und Anerkennungskultur eingesetzt, die diesen Zugang zu Sprache und Bildung, zu Arbeit und zur vollen rechtlichen Gleichstellung bis hin zur Einbürgerung in den Mittelpunkt stellt.

Wir im Land haben – und so bringt es der gemeinsame Antrag ja auch zum Ausdruck – ebenfalls bereits Verabredungen zu diesem Thema getroffen. Unsere Landeskonzeption hat das Oberziel, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern als Zuwanderungsland attraktiver werden. Das setzen wir in vielen Bereichen um, ich möchte nur einige Beispiele nennen:

In den Kindertageseinrichtungen haben wir die Förderung von Kindern mit besonderen Bedarfslagen in den Mittelpunkt gerückt und die frühkindliche Bildung qualitativ weiterentwickelt. Von der individuellen Förderung profitieren auch Kinder mit Migrationshintergrund. Und wir haben zusätzliche Bundesmittel für Sprachförderung gerade dort angedockt, wo wir viele dieser Kinder haben, um den ersten Zugang, die erste soziale Teilhabe über Sprache zu gewährleisten.

Im schulischen Bereich ist ein Konzept zur Intensivförderung in der deutschen Sprache entstanden. Zugewanderten Kindern kann damit ein Intensivsprachkurs an einer Standortschule angeboten werden.

Das Land unterstützt integrationsbegleitende Beratungsangebote und die aktive Partizipation von Migrantinnen und Migranten. Den Weg in die sprachliche und berufliche Integration begleiten drei Integrationsfachdienste Migration durch passgenaue arbeitsmarktbezogene Beratung.

Ein wichtiger Meilenstein war die Verabschiedung des Gesetzes über die Bewertung und Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen in Mecklenburg-Vorpommern im Dezember letzten Jahres. Anerkennung suchende Migrantinnen und Migranten erhalten Rat und Unterstützung durch drei Servicestellen im Land im Rahmen eines bundesweiten Programms. Dieses Programm wird auch genutzt, um ein Willkommenszentrum für ausländische Fachkräfte zu etablieren,

(Udo Pastörs, NPD: Willkommenszentrum!)

Unternehmen interkulturell zu sensibilisieren und Fortbildungen, zum Beispiel für Jobcenter, anzubieten. Für Flüchtlinge mit schlechtem Zugang zum Arbeitsmarkt gibt es Unterstützung durch das Netzwerk „Arbeit für Flüchtlinge“.

Die Integrationsbedingungen für Flüchtlinge haben sich in den vergangenen Monaten verbessert – denken wir an die Aufhebung der Residenzpflicht im Land, die Ausweitung

der dezentralen Unterbringung und die geregelte Betreuung von in Wohnungen untergebrachten Flüchtlingen.

Bedauerlicherweise ist es in vielen Bereichen nach wie vor schwierig, das Gefühl des Willkommenseins zu vermitteln. Es gibt verbreitete Ängste im Land sowie Unsicherheit im Umgang mit dem Thema Zuwanderung, vielerorts auch offene und verdeckte Vorbehalte. Und es ist Aufgabe von uns Demokraten, diese Ängste und Sorgen ernst zu nehmen, ihnen offen zu begegnen und es nicht den neuen Nazis zu überlassen, diese Ängste zu missbrauchen für ihre braune Ideologie.

(Stefan Köster, NPD: Bla, bla!)

Ich bin sicher, dass alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land friedvoll zusammenleben können,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

auch mit Ausländern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und dass die Mehrheit der Menschen in unserem Land dieser Weltoffenheit vertraut, sehen wir daran, dass wir auch die Mehrheit hier im Landtag sind.

(Stefan Köster, NPD: Eh!)

Und an dieser Stelle, Herr Pastörs und Ihre Freunde, ich frage mich, was Sie sich immer so aufblasen mit Ihren paar Prozenten. Das ist unterirdisch.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Da würde hier kein Abgeordneter,

(Zurufe von Stefan Köster, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

da würde hier kein Abgeordneter so überheblich sein,

(Stefan Köster, NPD: Was
für ein hohles Geschwätz!)

wenn wir so wenig Unterstützung bekommen hätten.

(Udo Pastörs, NPD:
Sie verwechseln Überheblichkeit
mit Kompetenzen bei den Fraktionen.)

Ja, jede Stimme für Sie ist eine Stimme zu viel. Aber dennoch, die Mehrheit der Stimmen in diesem Land ist für Demokratie und Toleranz, und nicht für Ihre Ideologie.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Stefan Köster, NPD: Jaja.)

Und deshalb gehen wir offen mit diesen Sorgen und Ängsten in unserer Bevölkerung um

(Stefan Köster, NPD: Deswegen
gehen auch immer weniger zur Wahl.)

und müssen genug Angebote machen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und hier ist es schwierig, alle Regionen des Landes bedarfsgerecht in die Integrationsförderung einzubeziehen. Durch die weiträumige Verteilung der Migrantinnen und Migranten entstehen häufig Probleme, für Integrationskurse oder Kurse zur berufsbezogenen Sprachförderung ausreichende Teilnehmerzahlen zusammenzubekommen.

Auch bundesgesetzliche Barrieren müssen fallen. So haben EU-Zuwanderer keinen Anspruch auf Teilnahme und Asylsuchende und Geduldete keinen Zugang zu Integrationskursen. Dies schwächt deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und ihre beruflichen Perspektiven. Und wir können nicht einerseits Asylverfahren sehr, sehr lange laufen lassen und gleichzeitig diesen Menschen hier kein Angebot machen zur sozialen Teilhabe.

(Udo Pastörs, NPD: 48-Stunden-Entscheidung. –
Zuruf von David Petereit, NPD)

Wir müssen auch Zugänge weiter öffnen,

(Udo Pastörs, NPD: Gibt es in Australien auch. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

damit Integration frühzeitig ermöglicht wird. Daher appellieren wir auch an den Bund, rechtliche Nachbesserungen vorzunehmen. Dies betrifft ebenso erleichterte Zugangsregelungen zum Arbeitsmarkt.

Die diesjährige Integrationsministerkonferenz hat gezeigt, dass es in diesen Fragen einen länderübergreifenden Konsens gibt. Insbesondere die Ausgrenzung des Flüchtlingsbereichs von vielen Integrationsmöglichkeiten führt dazu, dass Zukunftschancen von Kindern, Jugendlichen und Familien verpasst oder gar verhindert werden. Dies ist weder zeitgemäß noch integrationspolitisch sinnvoll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, ich halte das fraktionsübergreifende Bekenntnis für eine Willkommenskultur in Mecklenburg-Vorpommern für ein wichtiges Signal, um die Rahmenbedingungen und das Klima im Land noch integrationsfreundlicher zu gestalten, denn Menschen mit Migrationshintergrund machen unser Land bunter und interessanter, und das, sehr geehrte Damen und Herren,

(Stefan Köster, NPD: Und schöner.)

kann uns Fischköppen guttun. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Al-Sabty von der Fraktion DIE LINKE.

(Stefan Köster, NPD: Jetzt kommt
wieder eine Betroffenheitsrede. –
David Petereit, NPD: Hallo Fans! –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Vielen Dank, Frau Schwesig, für Ihre lieben Worte. Das ist nett.

(Udo Pastörs, NPD: Schleimig, hu!)

Der vorliegende Antrag ist eine gemeinsame Initiative der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Er zeigt uns den Weg, den wir als Demokratinnen und Demokraten gemeinsam gehen wollen, um ein friedliches Miteinander mit gegenseitiger Achtung

(Udo Pastörs, NPD: Respekt.)

und Perspektiven für ein Leben in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen,

(Michael Andrejewski, NPD:
Toleranz.)

für alle Menschen, die hier geboren sind und zugewandert.

Der Antrag ist ein grundlegendes Verständnis der demokratischen Fraktionen, Menschen aus anderen Ländern und Kulturen im Land willkommen zu heißen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Das bedeutet, ihre gesellschaftliche Partizipation zu fördern, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, ihnen eine reale Perspektive zu geben. Wir wollen ein buntes, tolerantes, weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern, in dem die Menschen respektvoll miteinander umgehen und alle Einwohnerinnen und Einwohner die Möglichkeit haben, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir verstehen die Integration als einen wechselseitigen Prozess der gegenseitigen Annäherung von Zugewanderten und Einheimischen. Das bedeutet für die Einheimischen, sich zu öffnen und das Verständnis für eine kulturelle, vielfältige Gesellschaft zu entwickeln beziehungsweise weiterzuentwickeln. Wir alle können unseren Teil dazu beitragen, die Gesellschaft und das Miteinander gemeinsam besser zu gestalten. Und wir können und sollten voneinander lernen.

Dazu gehört natürlich an erster Stelle, dass wir Landespolitikerinnen und Landespolitiker die Bedingungen und Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich Migrantinnen und Migranten gut einleben können und nicht in einer Warteposition verharren müssen. Darauf ist Frau Schwesig eingegangen. Die nicht vorhandene oder nur eingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben macht die Menschen müde und krank. Das habe ich oft erlebt. Das trifft viele Migrantinnen und Migranten, vor allem aber Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Geduldete. Sie haben wenige Möglichkeiten, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.

In Mecklenburg-Vorpommern wurde die Residenzpflicht mit Beginn des Jahres 2012 abgeschafft. Das ist und war ein sehr guter Schritt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Heinz Müller, SPD)

Die räumliche Einschränkung ist aber immer noch vorhanden. Das ist der Fall, wenn ein Asylbewerber zu seinem Freund oder zu seinem Facharzt oder zu seinem Anwalt nach Lübeck fahren muss oder fahren soll. Das bedarf einer Genehmigung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Um diese Genehmigung zu bekommen, sind nur Gründe von erheblichem Gewicht ausschlaggebend. Zum Beispiel ist der Besuch eines kranken Familienmitgliedes genehmigungspflichtig, wenn es sich um eine schwere Krankheit handelt. Hinzu kommen natürlich Gebühren für jede Antragstellung auf Genehmigung. Das sind Hürden, die das Leben und die Freiheit der Betroffenen stark einschränken.

Daher ist es ein Anliegen dieses Antrages, zu prüfen, inwiefern die Bewegungsfreiheit auch für angrenzende Bundesländer wie Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Brandenburg, Hamburg erweitert werden kann.

(Stefan Köster, NPD: Warum
nicht gleich für ganz Europa? –
Zurufe von Minister Lorenz Caffier
und Udo Pastörs, NPD)

Wir begrüßen die Gesetzesinitiative des Bundesrates vom März 2013, das Aufenthaltsrecht für Ausländerinnen und Ausländer zu verbessern und ein Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge zu ermöglichen, die sich erfolgreich um Sprache und Arbeit bemühen.

Das ist ein sehr guter Schritt, liebe Kolleginnen und Kollegen, um belastende Situationen der Kettenduldungen zu durchbrechen.

(Udo Pastörs, NPD: So ein Gesülze!
Das kann man kaum anhören.)

Voraussetzung dafür ist aber, dass die Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Geduldete die deutsche Sprache auch erlernen können und dass der Zugang zum Arbeitsmarkt auch machbar wird. Dazu haben wir im September 2012 einen Antrag gestellt, dass die Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern in den Gemeinschaftsunterkünften sowie bei dezentraler Unterbringung die deutsche Sprache lernen können.

Integration – wie heute gesagt wurde – ist ein langwieriger Prozess, der nicht nach sechs Monaten oder einem Jahr abgeschlossen ist. Ein erfolgreiches Gelingen dieses Prozesses ist für Zuwanderer anzustreben, auch für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Geduldete, denn viele von ihnen leben seit vielen Jahren in Deutschland. Niemand darf von den Integrationsbemühungen ausgeschlossen werden. Viele der hier lebenden Migrantinnen und Migranten sind gut ausgebildet und arbeiten dennoch häufig unterwertig und prekär oder finden gar keine Arbeit. Auch Diskriminierungen bei der Jobsuche und am Arbeitsplatz müssen ein Ende haben.

Das Gesetz zur Verbesserung und der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen muss im Sinne eines schnellen Zugangs zum Arbeitsmarkt zur Anwendung kommen. Dazu gehören auch die Bereitstellung und Finanzierung von Nachqualifikationen. Wegen des bestehenden und voraussichtlich weiter

steigenden Bedarfs an Fachkräften ist es ein wichtiger Schritt, den Arbeitsmarkt für alle hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund und auch für eine gezielte Zuwanderung zu öffnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die dezentrale Unterbringung war häufig ein Thema hier in dieser Legislaturperiode. Das haben wir jetzt genug behandelt und ich möchte auf die Einzelheiten nicht eingehen.

Abschließend möchte ich hier an dieser Stelle sagen, und das auch in Richtung der braunen Ideologie, dass wir alle, die Demokratinnen und Demokraten in Mecklenburg-Vorpommern, die braune Gefahr der NPD erkennen

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und ihre Machtstrukturen. Wir treten konsequent für Toleranz, für Vielfalt und Demokratie ein.

Sie jetzt, von der rechten Seite, glauben Sie nicht, dass es Ihnen gelingen wird, dass Sie Asylbewerberinnen und Asylbewerber Angst machen. Der Schutz und die Sicherheit dieser Menschen in den Gemeinschaftsunterkünften und anderswo ist ja unser großes Anliegen und Teil einer gelebten Willkommenskultur. Wir lassen die Flüchtlinge nicht im Regen stehen, wenn sie unsere Hilfe brauchen. – Vielen Dank für Ihr Zuhören.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Tegtmeier von der Fraktion der SPD.

(Stefan Köster, NPD: Das wird ja immer schlimmer.)

Martina Tegtmeier, SPD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir in Mecklenburg-Vorpommern, die es wirklich sehr nötig hätten, Zuwanderung haben möchten, dann müssen wir uns verdammt ins Zeug legen, dass das auch was wird.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich möchte zunächst einmal Herrn Al-Sabty natürlich sagen, was Sie hier vorgetragen haben – und das wissen Sie aus den vergangenen Diskussionen –, unterstützen wir seitens der SPD in den meisten Fällen. Auch die Ministerin hat darauf schon hingewiesen.

Aber ich möchte, gerade was die Begrifflichkeit angeht – „Willkommenskultur“ –, doch mal so ein bisschen mehr den Gesamtkontext herstellen, so will ich mal sagen. Zunächst einmal ist es ja kein neues Phänomen, dass Menschen zuziehen oder wegziehen oder in anderen Ländern oder auch in anderen Bundesländern wirtschaftliche Verbesserungen haben möchten. Allein aus Deutschland ziehen jährlich ungefähr 140.000 Menschen ins Ausland, weil sie sich dadurch Verbesserungen erwünschen, manche auch nur, weil sie woanders halt ein passenderes Klima vorfinden. Das kann ich für Norddeutschland nicht nachvollziehen. Ich finde, unser Klima hier ist optimal – keine größeren Naturkatastrophen,

(Udo Pastörs, NPD: Es gibt auch ein politisches Klima.)

Fönfrisur ist garantiert.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Also das Klima ist bei uns wohl eher nicht das Thema.

(Udo Pastörs, NPD: Wirtschaftliches Klima.)

Aber insgesamt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

bemängelt in einer noch ziemlich aktuellen Studie, dass in Deutschland eigentlich keine Willkommenskultur wirklich gut ausgeprägt ist. Also sie bemängelt, dass die Deutschen zwar über zu wenig Fachkräfte klagen, gleichzeitig aber gar nicht ernsthaft genug nach jungen Talenten im Ausland suchen. Und dieser Studie zufolge handelt es sich um ein Mentalitätsproblem. Das kann man kaum nachvollziehen, wissen wir doch alle, dass gesamtdeutsch betrachtet fast jeder Fünfte einen Migrationshintergrund hat. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergründen liegt bei über 19 Prozent.

Flankiert wird diese OECD-Studie von einer Untersuchung des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages, der wiederum zu dem Schluss kommt, im Ausland herrsche der Eindruck, dass in Deutschland ausländische Arbeitskräfte nicht besonders willkommen seien. Die Bundesvereinigung der Deutschen Unternehmensverbände hat daher auch im Juli 2012 für ihre Unternehmen einen Leitfaden für Unternehmen zur Willkommenskultur herausgegeben. Das Netzwerk für Integration durch Qualifikation, getragen durch die BA, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und das Bundesministerium für Bildung und Forschung, hat sechs Thesen zur Willkommenskultur aufgestellt:

Erst mal, Willkommenskultur betrifft alle. Sie steht für den Gedanken, dass Integration, egal ob gesellschaftlich oder arbeitsmarktbezogen, nicht nur eine Leistung der Migrantinnen und Migranten ist, sondern auch eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Aber das ist durch die vorhergehenden Beiträge ja schon ganz klar herausgestellt worden.

Willkommenskultur meint alle. Willkommenskultur – und das ist eine der Kernthesen – braucht Haltung. Das will ich näher noch erläutern. Sie ist nur dann effektiv und vor allem glaubwürdig, wenn sich die Grundhaltung der Menschen in Bezug auf Migration zum Positiven hin verändert und sich dies auch in den Leitbildern von Organisationen und vor allen Dingen auch Unternehmen widerspiegelt.

Es gilt, Zuwanderung als Ressource anzuerkennen und Menschen in ihrer ganzen Vielfalt von Alter, Geschlecht, ethnisch, kultureller oder sozialer Herkunft, körperlicher und psychischer Befähigung, religiöser Zugehörigkeit und sexueller Orientierung wertzuschätzen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist zu befehlen, ja?)

Eine Sensibilisierung gegenüber Ungleichbehandlung und Barrieren ist dabei grundlegend.

(Udo Pastörs, NPD: Das wollen Sie befehlen?!)

Jawohl, Herr Pastörs.

(Udo Pastörs, NPD: Das wollen Sie befehlen?!)

Willkommenskultur macht attraktiv. Das ist jetzt auf den Staat bezogen. Willkommenskultur braucht aber auch Umsetzung. Und Willkommenskultur braucht Anerkennung und Teilhabe.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sowohl schon hier lebenden Personen als auch neu zugewanderte müssen als Bürgerinnen und Bürger mit allen Rechten anerkannt werden und ihre Teilhabe in gesellschaftlichen und politischen Bereichen muss gefördert werden. Darauf komme ich gleich noch mal zurück.

Im letzten Jahr hat die Bertelsmann Stiftung eine repräsentative Studie dazu herausgegeben, die gerade die Willkommenskultur in Mecklenburg-Vorpommern, ja, ein bisschen erhellen sollte. Wie sieht es überhaupt aus in der Bevölkerung?

Erst einmal stellt die Bertelsmann Stiftung einige Aussagen in den Vordergrund ihrer Studie. Und zwar heißt es darin, „bis 2050 wird die Bevölkerung im Land“ – also in Deutschland – „selbst bei einem jährlichen Zuzug von 100.000 Zuwanderern um 20 Millionen zurückgehen. Deutschland braucht in den nächsten Jahrzehnten Fachkräfte – nicht nur in naturwissenschaftlichen und technischen Feldern, sondern auch im Dienstleistungsbereich, insbesondere in der Pflege. Fachkräfte sind in allen Gesellschaften begehrt, die in den nächsten Jahrzehnten demografisch schrumpfen werden.“ Und da kann ich nur sagen, das trifft auf ganz Europa zu.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, das stimmt.)

„Zuwanderer werden sich für Deutschland nur dann entscheiden, wenn es neben guten Aussichten auf dem Arbeitsmarkt auch attraktive Lebensbedingungen für sie und ihre Familien gibt. Das hat mit konkreten Hilfen bei der Eingliederung zu tun, aber auch mit den Aussichten auf dauerhafte Perspektiven und Einbürgerung.“

Die Studie der Bertelsmann Stiftung wurde vom Oktober 2012 ... Nein.

(David Petereit, NPD: Ist doch völlig egal.)

Das ist völlig egal?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ist es nicht,

(Udo Pastörs, NPD: Ich kenne das schon, junge Frau.)

aber den Zeitraum habe ich hier nicht korrekt aufgeschrieben. Im Jahr 2012 wurden insgesamt 1.002 Menschen der bundesdeutschen Wohnbevölkerung im Alter von 14 bis weit über 60 befragt. Das Geschlecht hielt sich ungefähr in der Waage.

(Udo Pastörs, NPD: Welches Geschlecht?)

Dabei wurden Menschen mit Migrationshintergrund und auch ohne Migrationshintergrund gefragt. Die Bevöl-

kerung insgesamt, kann man als Ergebnis der Studie sagen, ist mit Blick auf die Zuwanderung hin- und hergerissen

(Udo Pastörs, NPD:
Ha, hin- und hergerissen!)

und stellt insgesamt der Willkommenskultur im Land ein schlechtes Zeugnis aus.

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

In ihrer Einstellung gegenüber Zuwanderung ist Deutschland eine gesplittete Nation demnach.

(Udo Pastörs, NPD: Nö!)

Vor- und Nachteile halten sich bei den Befragten in etwa die Waage.

(Michael Andrejewski, NPD:
Eine Steigerung wäre besser.)

Jüngere stehen Zuwanderung generell aber erheblich offener gegenüber als die Gesamtbevölkerung, sie sind weniger skeptisch als Ältere.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Beim Willkommenheißen für Zugewanderte sehen die Befragten große Lücken. Da dürfte man, sollte man wesentlich mehr erwarten. Also nur jeder zweite Befragte glaubt, dass die Leistungen von Zuwanderern die Wertschätzung erhalten, die sie eigentlich verdienen. In wichtigen gesellschaftlichen Bereichen wird der Anteil von Zuwanderern als nicht angemessen angesehen.

(Udo Pastörs, NPD: Oh, oh!)

70 Prozent glauben, es müsse mehr Toleranz dafür geben. Und lediglich jeder Fünfte hält Toleranz,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Achtung und Vielfalt in Schulen als ausreichend verankert. Also die Bevölkerung, nach Aussagen der befragten Menschen in unserer Bevölkerung, sieht sehr große Defizite in der Willkommenskultur und hält sie nicht nur für verbesserungswürdig, sondern ist auch der Meinung, dass mehr getan werden muss, und vor allen Dingen auch,

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

dass die Schulen hier ihrer Schlüsselfunktion nicht hinreichend Genüge tun.

(Michael Andrejewski, NPD: Das kommt immer darauf an, wen man fragt.)

Weiterhin sieht die Bevölkerung in Sprachförderung und konkreten Hilfestellungen, aber auch in einer geänderten Einstellung der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Einwanderung wichtige Maßnahmen, um Zuwanderern attraktive Lebensbedingungen zu bieten. Eine eigene Initiative der Einwanderer, das will ich auch nicht verhehlen, wird mehrheitlich gewünscht, gegenüber neuen Gesetzen zur Bekämpfung von Benachteiligung sind die Befragten aber eher mehrheitlich zurückhaltend.

(Udo Pastörs, NPD: Wow, das sind alles Faschisten.)

Trotz alledem, die Mehrheit der Deutschen hält Deutschland für ein Land,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

das hoch qualifizierte Zuwanderer anzieht. So weit die Studie.

Meiner Meinung nach ist das Potenzial in Europa an hoch qualifizierten möglichen Zuwanderern aber für unseren Arbeitsmarkt äußerst begrenzt und junge Menschen, die aufgrund hoher Jugendarbeitslosigkeit im Heimatland zu uns kommen, werden wahrscheinlich auch nur so lange bleiben, bis sie zu Hause wieder Fuß fassen können.

(Udo Pastörs, NPD:
Das ist das Vernünftigste,
in der Sprache zum Beispiel.)

Und wenn wir uns gegenseitig die Fachkräfte

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

mit unseren europäischen Nachbarn wegschnappen, denke ich mal, ist damit auch niemandem wirklich nachhaltig gedient.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber ich finde sowieso, Willkommenskultur nur auf den Arbeitsmarkt auszurichten, ist zu kurz gegriffen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Zum einen haben wir, das haben wir ja auch schon öfter diskutiert,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

selbst noch einige Potenziale für den Arbeitsmarkt, die wir heben können. Ich denke da nur an ältere Arbeitnehmer, die oftmals in Arbeitslosigkeit sind. Aber wir können hier auch noch viel für Alleinerziehende tun, auch dort ist der Anteil der Arbeitslosigkeit hoch.

Für mich persönlich ist es auch wünschenswert, wenn Menschen anderer Kulturen zu uns kommen und hier für einen begrenzten Zeitraum oder, wenn es ihnen hier gefällt und sie sich gern in unsere Gesellschaft integrieren wollen – und dazu gehört es natürlich auch, dass sie sich an unsere Gesetze halten und diese im Grundgesetz festgehaltenen Ausrichtungen für sich annehmen können –, dass sie auch für immer hier bleiben können. Dazu gehören aber natürlich nicht nur diejenigen, die hier Arbeit suchen oder aus sonstigen Gründen herkommen, sondern hier kommen ja auch etliche Menschen her, die Arbeitgeber sind, die Arbeitsplätze sogar zusätzlich hier bei uns noch schaffen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Was wären wir ohne die?!)

Und wenn solche Menschen herkommen mit ihren Familien, dann sind sie für mich auch herzlich willkommen.

(Udo Pastörs, NPD: Gehen Sie mal nach St. Pauli, da finden Sie diese Arbeitgeber! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach nee, Sie sollten sich schämen, Herr Pastörs!)

Willkommenskultur bedeutet aber auch Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen. Der Öffentliche Dienst ist auch ein solcher Bereich.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Er gewinnt seine demokratische Legitimation daraus, dass er innerhalb seiner Strukturen die Vielfalt der Bevölkerung widerspiegelt.

(Stefan Köster, NPD: Beenden Sie doch bitte die Vielfalt Ihrer Rede!)

In Mecklenburg-Vorpommern ist das, glaube ich, noch nicht ganz gelungen. Wenn man natürlich auch bedenkt, wie wenige Menschen mit Migrationshintergrund oder auch Asylbewerber wir hier zu verzeichnen haben,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist eine Schande.)

ist das vielleicht auch eine Logik. Aber ich denke mal, trotz alledem, auch der geringe Prozentsatz spiegelt sich hier noch nicht wider.

Nur wenn wir für eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe sorgen, können Freiheit, Chancengleichheit, Bildung und Arbeit für alle geschaffen werden. Unterschiede in der Herkunft, Religion oder Kultur dürfen natürlich nicht verdrängt werden, aber auch nicht grundsätzlich zum Problem erklärt werden. Der Rahmen der Grundrechte unseres Grundgesetzes enthält beispielsweise für alle Religionen den Freiraum zur Entfaltung des Glaubens.

Und wir haben in dieser Landtagswoche schon oftmals als Beispiel das Bundesland Bayern hier zitiert. Ich möchte es in diesem Zusammenhang auch mal zitieren. Also das finde ich ganz erstaunlich, weil ausgerechnet die Bayern, die wir Norddeutschen ja manchmal so ein bisschen belächeln als Trachten tragende volkstümliche Traditionalisten –

(Michael Andrejewski, NPD:
Das ist ja Rassismus!)

Verzeihung, sage ich nur –,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

machen es uns vor in diesem Zusammenhang, nämlich die Bayern haben schon in den 70er-Jahren angefangen, auf Gemeindeebene repräsentative Moscheebauten zu unterstützen. Und es ist das erste Bundesland, in dem es schon lange islam...

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Es ist das erste Bundesland, in dem es schon lange islamischen Religionsunterricht für türkische Kinder gibt, bevor andere Bundesländer da überhaupt drüber nachgedacht haben.

Und warum machen die Bayern das? Liegt es daran, dass sie selbst viele Traditionen pflegen und deshalb

weniger Angst vor neuen, anderen Traditionen und Gebräuchen haben? Ich persönlich weiß es nicht, aber ich glaube, daraus spricht doch schon sehr viel Selbstbewusstsein von den Bayern. Sie haben keine Angst davor, trotzdem sie einen hohen Ausländeranteil haben, muss man ja im Vergleich mit Mecklenburg-Vorpommern sagen, haben sie da keine Angst davor, dass sie irgendwann mit ihrer Kultur untergehen. Das ist doch eine reine Angstschürerei dieser braunen Horden hier,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

die den Leuten ihr Selbstbewusstsein untergraben, indem sie hier Ängste schüren und sagen, um Himmels willen, die machen uns hier platt, irgendwann kommen wir hier nicht mehr zur Geltung. Das ist doch reine Angstmacherei. Die Bayern lassen so was zum Beispiel nicht zu.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das habe ich gerade auch gesagt.)

Also da kann man, glaube ich, doch mal sagen: Gut gemacht, ihr Bayern!

Willkommenskultur ist ein vielschichtiger Begriff. Sehr geehrte Damen und Herren, Vielfalt ist eine Zukunftsresource einer offenen Gesellschaft. Rechtliche Gleichstellung und Chancengleichheit sind die Grundlage einer solchen Gesellschaft. Hier geht es bei uns leider meistens auch nur um Asylanten, immer um das Thema Unterwanderung der Sozialsysteme. Ich finde, es ist immer ärgerlich, weil es auch ziemlich einseitig ist.

Trotz alledem muss man natürlich resümieren, wir unterhalten uns hier im Landtag sehr oft gerade um diese kleine Gruppe von Menschen, die es aber auch verdient haben, dass man zusieht, dass wir hier zu Verbesserungen kommen wollten und teilweise ja auch durchaus gekommen sind. Wir Sozialdemokraten stehen nämlich für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik, das habe ich hier schon an dieser Stelle mehrfach Ihnen versichert und auch begründet.

Fluchtursachen wie Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg, Diskriminierung und Armut in den Herkunftsländern

(Stefan Köster, NPD: Das glaubt Ihnen doch keiner.)

müssen bekämpft werden, um den Menschen in ihren Heimatländern Perspektiven zu eröffnen. Natürlich ist das so. Aber Menschen, die dennoch fliehen müssen, denen wollen wir in Deutschland und in der Europäischen Union insgesamt auch Schutz gewähren. Und wir wollen sie besser integrieren. Bei Kindern klappt das trotz einiger Hürden schon ganz gut und wenn ich mir angucke, wie das so in den Schulen läuft, dieser Zusammenhalt, ganz egal, ob das nun einheimische Kinder sind oder Kinder mit Migrationshintergrund oder auch Flüchtlingskinder,

(Udo Pastörs, NPD: Besonders in den Ballungszentren klappt das gut, in Berlin.)

da ist eine große Toleranz da unter den Kindern auch.

Für Erwachsene gilt das leider nur sehr eingeschränkt. Der Arbeitsmarkt ist ihnen oft versperrt, Integrationskurse nicht zugänglich. Aber lange in Deutschland lebenden

geduldeten Menschen müssen wir eine Perspektive geben, sie müssen eine weitergehende Bleiberechtsregelung erhalten.

In unserem Antrag haben wir auch zu Recht auf die weitere dezentrale Unterbringung von Asylbewerberfamilien abgestellt. Ich will nicht verhehlen, dass sich dadurch natürlich auch Probleme ergeben. Zurzeit ist es zum Beispiel nicht jedem dezentral untergebrachten Kind möglich, eine sogenannte Standortschule zu besuchen. Das ist schwierig. Und die soziale Betreuung ist auch aufwendiger und lässt sich in diesem Zusammenhang nicht so gut abbilden. Da müssen wir nachbessern.

(Udo Pastörs, NPD: Nachbessern?
Mehr Geld einstellen, toll!)

Aber ob Integration und Zusammenleben gelingen, entscheidet sich immer in der Kommune, in den Stadtteilen, in den Nachbarschaften. Deshalb dürfen wir die Kommunen mit den Herausforderungen von Einwanderung und Integration auch nicht alleinlassen. Gemeinden, die besondere Aufnahme- und Integrationsleistungen erbringen, bedürfen unserer gezielten Unterstützung. Das Innenministerium ist hier in vielen Fällen dran. Wir werden das weiter begleiten.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme noch einmal darauf zurück, Willkommenskultur braucht Haltung. Die Grundhaltung der Menschen in Bezug auf Migration muss sich zum Positiven verändern. Auch für Zuwanderer gilt, Menschen müssen in ihrer ganzen Vielfalt von Alter, Geschlecht, ethnisch-kultureller oder sozialer Herkunft, körperlicher und psychischer Befähigung, religiöser Zugehörigkeit und sexueller Orientierung wertgeschätzt werden. Denkbarrieren müssen wir überwinden.

Ich persönlich glaube, wir sind in Mecklenburg-Vorpommern gesamtgesellschaftlich betrachtet noch ziemlich am Anfang unseres Weges. Und der Weg ist auch lang. Lassen Sie ihn uns gemeinsam gehen!

(Udo Pastörs, NPD: Ja, gemeinsam und transparent und nachhaltig.)

Ich denke mal, im politischen Raum haben wir versichert, dass wir das tun werden. Wir müssen unsere Bevölkerung natürlich mitnehmen.

(Udo Pastörs, NPD: Mitnehmen,
das heißt, sie zum Schweigen bringen.)

Wir machen uns auf den Weg, wir werden ihn beschreiten. Machen Sie mit! – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Andrejewski von der NPD-Fraktion.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der Hetzer von Lichtenhagen. Da spricht jetzt der Richtige.)

Michael Andrejewski, NPD: Ja, natürlich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Da spricht der Richtige.)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! So ganz scheinen Sie diesem Multikultikitsch, den Sie da verbroschen haben, selber nicht zu trauen, sonst hätten Sie diesen Tagesordnungspunkt nicht erst auf Mittwochabend versteckt, wo ihn kaum einer gehört hätte, und jetzt auch noch Freitagmittag, wo ja Totentanz ist und das Interesse der Öffentlichkeit gleich null für den Landtag.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Ich hätte ja zumindest die Aktuelle Stunde erwartet, aber da haben Sie ja gleich auch nach der Fragestunde die Werften genommen. Also das hätte doch im Mittelpunkt der Öffentlichkeit stehen müssen. Ich fürchte, ich muss die Migrantinnen in diesem Lande darauf hinweisen, wie stiefmütterlich sie von den demokratischen Parteien behandelt werden. Das wird sie ganz traurig machen.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Jochen Schulte, SPD)

Aber eines zumindest muss ich Ihnen zugestehen: Es mangelt nicht an Bombastik in Ihrem Text dieser Beschlussvorlage. Sie heißen hier alle Menschen mit Migrationshintergrund willkommen, undifferenziert, und behaupten: „Mecklenburg-Vorpommern braucht Menschen mit Migrationshintergrund.“

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

„Migrationshintergrund“ bedeutet in der Sprache von Ihnen Pseudodemokraten wohl „Heiligenschein“. Migranten sind alle ganz toll, alle sind willkommen, Ausnahmen gibt es keine.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wenn sie Andrejewski heißen.)

Es soll, so habe ich gerüchteweise gehört, aber auch weniger erfreuliche Migranten geben. Manche Leute behaupten, es gäbe auch religiöse Fanatiker, Terroristen oder Kriminelle mit Migrationshintergrund,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ja, Herr Andrejewski. – Zuruf von
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Autodiebe aus Osteuropa, Einbrecherbanden vom Balkan,

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Jochen Schulte, SPD)

kriminelle Clans aus dem Libanon, die sizilianische Mafia. All das ist aber eine Wahnvorstellung, wie Herr Dr. Al-Sabty mich gestern belehrte, oder vielleicht sind es auch Fernsehserien, „Sopranos“ und „Homeland“ und so, aber in der Wirklichkeit gibt es das alles nicht, auch nicht Asylbewerber, die sich den Flüchtlingsstatus mit falschen Angaben erschleichen wollen, gibt es auch nicht, nein, Menschen mit Migrationshintergrund sind durchweg engelhafte Wesen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das sagt
doch gar keiner. Wer sagt das denn?)

Verlangt wird von ihnen gar nichts.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wer sagt das?)

Es ist, so der Antrag, „unsere Aufgabe“,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir sind
nicht wie Sie und verallgemeinern alles und
sagen, alle Asylbewerber sind Verbrecher.)

also die der Einheimischen, den Integrationsprozess durchzuführen. Wir haben den ach so kostbaren Migranten den roten Teppich auszurollen, wir haben sie von vorne bis hinten zu bedienen, wir haben uns ihnen anzupassen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wer sagt denn das?)

Die Kulturen der Migranten sind so super, dass sie diese hier natürlich in Mecklenburg-Vorpommern voll und ganz

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben
Sie Herrn Al-Sabty nicht zugehört?
Der hat doch genau gesagt, wie das geht.)

und ohne Abstriche ausleben dürfen, ohne die geringste Anpassung an das Gastland, das nur eines zu sein hat, dankbar, zutiefst dankbar, dass überhaupt ein Mensch mit Migrationshintergrund die Güte hat,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

uns Unwürdige mit seiner überaus wertvollen Anwesenheit zu beehren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Unbestritten ist Herr Dr. Al-Sabty ja auch die größte Bereicherung,

(Udo Pastörs, NPD: Ha!)

die Deutschland in seiner tausendjährigen Geschichte erfahren hat, jetzt auch auf dem Buchmarkt. Sie gestatten, dass ich auf die Verfilmung warte.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Selbstverständlich muss die interkulturelle Kompetenz der Migranten nicht stärker gefördert werden, sondern nur die der deutschen Bürger – die interkulturelle Kompetenz. Soll es jetzt zwangsweise Kurse an den Volkshochschulen geben, die jeder Bürger zu absolvieren hat, bis er den Qualitätsstempel, auf die Hand vielleicht noch, „interkulturell kompetent“ erhält? Wird das demnächst die Voraussetzung für die Aufnahme in den Öffentlichen Dienst oder für die Gewährung des Wahlrechts oder des Lebensberechtigungsscheins?

Was lernt man in diesen Kursen? In welchem Maße Zuwanderung eine Bereicherung ist? Für manche Leute ist sie das, für die Vermieter von Bruchbuden, die umso fettere Einnahmen auch für das letzte Kellerloch einsacken können, je mehr Einwanderer eine Bleibe suchen? In Hamburg teilen sich dieses Geschäft interessanterweise Deutsche und Türken auf Kosten von Zuwanderern aus Bulgarien. In Westdeutschland haben Betreiber von Bordellen auf Vermietung an Asylanten umgesattelt, weil das mehr Geld brachte. Sicher wählen die grün, kann ich mir vorstellen.

Bereichert fühlen sich auch Ausbeuter, die, wie es zum Beispiel hier im Lande in Boizenburg schon vor Jahren geschah, ihre deutschen Arbeiter noch schnell ausländische Billigkräfte anlernen ließen, bevor sie sie dann hinauswarfen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Wegen unserer durch Migration bereicherten Billigfleisch-industrie gehen in Belgien und in anderen Ländern viele Konkurrenzbetriebe, die anständige Löhne zahlen, pleite.

Und dann haben wir ja noch eine Sozial- und Integrationsindustrie, die ständig neue Migranten braucht, damit der Laden läuft und die Soziologen, Politologen und Sozialpädagogen, die nicht bei Antirechtsprojekten unterkommen konnten, versorgt sind.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist doch unerträglich, was Sie hier erzählen. –
Udo Pastörs, NPD: Das ist die Wahrheit.)

Und gewisse Parteien,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Dummes Zeug ist das. – Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mein Gott!)

voran DIE LINKE mit einem Durchschnittsalter ihrer Mitglieder in Mecklenburg-Vorpommern mit knapp unter 70,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist wirklich dummes Zeug, völlig verquast. –
Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

hoffen, Migranten würden sie vor dem Tod durch Vergewaltigung retten. Einen Helden haben sie auch schon gefunden.

(Zurufe von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, und Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was man sich auch noch mal vor Augen führen muss,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

ist die Theorie, dass Migranten das Gastland bereichern würden. Sie machen es also reicher. Warum kommen die dann,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

warum lenkt man dann die Migrantenströme in relativ reiche Länder wie Deutschland? Deutschland ist beim Ranking der reichsten Länder der Welt auf Platz 16.

(Thomas Krüger, SPD:
Weil es Zuwanderung braucht.)

Es wäre doch viel logischer, wenn man diese bereichernden Einwanderer in die ärmsten Länder lenkt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das dürfen die aber selbst entscheiden, ne? –
Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Da hätten Sie zum Beispiel was reißen können, Herr Dr. Al-Sabty. Sie hätten Ihre Bereicherungswirkung viel

stärker entfalten können, wenn Sie in eines der armen Länder gegangen wären.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Also das ist dermaßen bescheuert,
das muss ich mal so sagen.)

Die brauchen Sie wirklich. Ich habe extra für Sie mal das Ranking der zehn ärmsten Länder der Welt aus dem Internet gefischt. Das wären zu Ihrer Auswahl Togo, Äthiopien, Guinea,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist unerträglich,
was Sie hier erzählen, Herr Andrejewski!)

Niger, Eritrea,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Sierra Leone, Malawi, Liberia, Kongo und Burundi.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Also was Sie da machen, das ist Menschenverachtung, Herr Andrejewski, pure Menschenverachtung.)

Die brauchen eine Bereicherung durch Migranten viel mehr. Suchen Sie sich eins aus! Ab nach Burundi!

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sie sollten sich schämen!)

Vielleicht ist da ja auch ein viel bunteres Leben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie sollten sich schämen! Nun setzen Sie sich mal hin!)

Die Afrikaner sind fröhliche Menschen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist unglaublich.)

Vielleicht gibt es da

(Julian Barlen, SPD: Im Gegensatz zu Ihnen.)

auch eine bessere Willkommenskultur. Wer weiß!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Gott sei Dank, die Lampe ist rot.)

Schade.

(Heiterkeit und Beifall
vonseiten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Endlich! –
Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Silkeit von der Fraktion der CDU.

(Udo Pastörs, NPD: Wunderbar!)

Michael Silkeit, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der Rede meines Vorgängers fällt es schwer,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Welcher Rede?)

nach seinen Einlassungen oder seinen Ausfällen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hetze!)

je nachdem, wie man es wichtet, sich ernsthaft mit diesem Thema zu beschäftigen. Aber eins will ich sagen:

(Stefan Köster, NPD: Multikulti-Partei CDU.)

Ich fand es schon ein bisschen makaber, dass ausgerechnet Sie über Kriminalität und Kriminelle reden. Also ...

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU

und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Heinz Müller, SPD: Sehr gut, Michael. –

Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es war jenseits von Gut und Böse.

(Stefan Köster, NPD:

Ja, das entscheiden Sie.)

Frau Gajek, rasche Anerkennung von Berufsabschlüssen, das kann ich nur unterstützen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Das kann ich nur unterstützen. Ich bin bei dieser Aussage dann aber bei der Kollegin Tegtmeier, die da sagte, wir müssten uns verdammt ins Zeug legen. Und ich hatte heute früh gerade ein Gespräch, da ging es um eine Migrantin, die ihren Berufsabschluss anerkannt haben wollte und wo das Bildungsministerium sich wohl monatelang schwergetan hat, was letztendlich dazu führte, dass ihr Arbeitgeber sie zumindest erst mal zeitweilig kündigen musste.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Da ist noch viel drin.)

Ich denke, so was sollte der Vergangenheit angehören, zumal Deutschland ja schon mal zu einer anderen Zeit, als es nämlich zwei deutsche Staaten gab, auch andere Bewilligungsverfahren kannte. Vielleicht als kleine Anregung.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Frau Gajek, wenn ich mit Ihnen beginne, dann auch aus dem zweiten Grund. Ich hatte eigentlich die große Hoffnung, dass, nachdem gestern Abend der Landwirtschaftsminister hier grüne Rabenvögel sezierte, Sie Ihr Lieblingsthema – Asylbewerberheime fernab jeglicher Infrastruktur – auch beerdigen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Woher wissen Sie,
was mein Lieblingsthema ist?)

Sie wissen ja selber, Halbwahrheiten oder auch manchmal Unwahrheiten werden deshalb nicht besser, wenn man sie wiederholt. Und ich hatte Ihnen in mehreren Plenarsitzungen bereits gesagt, gehen Sie hin, schauen Sie sich die Heime an, schauen Sie sich an, wo die Heime liegen, schauen Sie sich die Infrastruktur an – Hikmat, ich gucke dich jetzt an –, Rostock, also fernab jeglicher Infrastruktur, tut mir leid, nicht feststellbar.

(Zurufe von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
und Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und sprechen Sie auch mit den Leuten, damit Sie sehen, was Sie anrichten, wenn Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in diesen Einrichtungen beschäftigt sind, damit indirekt ein Armutszeugnis aussprechen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das habe ich nicht getan, das stimmt nicht.)

Ich finde es auch ein bisschen unlauter, dass Sie so eine Position vertreten, es ist schade, dass Heiligabend erst Heiligabend ist und nicht schon heute. Denn wenn Sie bei der Wahrheit blieben, dann hätten Sie auch gesagt ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist ein gemeinsamer Antrag.
Darf ich dich mal dran erinnern?)

Ja, ich habe zu dem anderen Teil aber gesprochen, mein lieber Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Ich denke, es ist durchaus angebracht, hervorzuheben, dass wir ja schon viel weiter sind,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ach?!)

Frau Gajek, viel weiter sind bei der Frage der Integration von Asylbewerbern, insbesondere auch bei der sprachlichen Integration, nämlich dem Teil, wo ich Sie auch beim letzten Mal unterstützt habe, als es darum ging, dass ich mich ja dafür ausgesprochen habe,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wir müssen es
nur umsetzen, nur umsetzen!)

schon früher die sprachliche Integration herbeizuführen. Und ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Projekte des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

Ich bin der Sozialministerin sehr dankbar, Frau Schwesig, dafür, dass Sie Lichtenhagen angesprochen haben und Lichtenhagen als Warnung gekennzeichnet haben. Auch ich kann das nur unterstreichen, Lichtenhagen ist eine Warnung

(Udo Pastörs, NPD:
Der Meinung sind wir auch.)

und ich habe große Probleme damit, wenn Mecklenburg-Vorpommern mit Lichtenhagen auch heute noch permanent stigmatisiert wird.

Mecklenburg-Vorpommern ist beileibe kein Land, das sich gegen Ausländer richtet, und ich denke, mit unserem gemeinsamen Antrag zur Willkommenskultur unterstreichen wir das noch einmal deutlich. Und es geht bei der Willkommenskultur tatsächlich nicht nur um die Attraktivität Deutschlands, sondern auch um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Einen kleinen Makel hat die Debatte, weil wir immer wieder den Eindruck erwecken, wir reden über ein neuzeitliches Thema, dem sich Deutschland erst stellen müsste.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Nö, da haben
wir eine andere Wahrnehmung.)

Wir müssen uns der Willkommenskultur immer stellen, denn Willkommenskultur ist ein Prozess und als solchen will ich sie auch verstanden wissen, aber es ist kein Thema der Neuzeit, es ist kein Thema des heutigen Tages, es ist auch kein Thema des letzten Jahres. Das Thema ist viel älter als diese Republik. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will jetzt nicht an die Fluchtwege der Hugenotten Mitte des 17. Jahrhunderts erinnern

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

oder auch nicht an die 1,5,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

oder an die 1,5 – und jetzt sollten Sie zuhören –, 1,5 Millionen Russen, die sich nach 1917 in Deutschland und Österreich angesiedelt haben.

(Udo Pastörs, NPD:
Frankreich nicht vergessen!)

Gewisse Namensidentitäten,

(Udo Pastörs, NPD: Da
war die Zahl noch höher.)

gewisse Namensidentitäten dürften Ihnen ja in diesem Zusammenhang unter Umständen auffallen, Herr Pastörs.

(Beifall Thomas Krüger, SPD –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Meinst du „Pastörs“?)

Es reicht nämlich schon ein Blick in die letzten Jahrzehnte. Bereits in den 50er-Jahren führte der Arbeitskräftemangel in Deutschland

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Der Bundesrepublik!)

zur massiven Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.

Na ja, Frau Gajek, in der DDR hatten wir etwas Ähnliches, das kam dann etwas später und nicht in den 50er-Jahren.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber dann wollen wir doch auch
bei der Wahrheit bleiben.)

Tausende Arbeitnehmer aus Italien, Spanien, Jugoslawien, später aus der Türkei und Portugal folgten der Einladung Deutschlands. Und wir reden immerhin über 800.000 türkische Menschen, 650.000 Italiener – Frau Gajek, hören Sie zu! –,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ich höre zu.)

220.000 ehemalige Jugoslawen. Und dieser Prozess setzte sich in den folgenden Jahrzehnten fort. Immer,

wenn es eng wurde in Deutschland, schauten wir über unsere Grenzen. Und ich denke, das war auch gut so. Und bis auf einige Herren da auf der Fensterseite bezweifelt heute auch kaum einer, dass diese Menschen unsere Gesellschaft bereichert haben und viel für diese Gesellschaft getan haben.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, heute befinden wir uns in einer ähnlichen Situation wie in den 50er-Jahren. Die Bevölkerung in unserem Bundesland, in Deutschland schrumpft und das Zitat mit den 100.000 Zuwanderern und 20 Millionen hat meine Kollegin Tegtmeier schon gebracht.

Die Bundesrepublik braucht in den nächsten Jahren Fachkräfte, das nicht nur im naturwissenschaftlichen und technischen Bereich,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

sondern auch im Dienstleistungssektor, besonders dringend aber im Bereich der Pflege. Und es dürfte auch niemanden überraschen, Mecklenburg-Vorpommern ist in besonderer,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

in besonderer Weise vom demografischem Wandel und damit von den Folgen für die Versorgung pflegebedürftiger Menschen betroffen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

In den nächsten 17 Jahren werden etwa 16.000 Pflegekräfte fehlen. Damit es in unserem Land und in der gesamten Bundesrepublik Deutschland auch künftig genügend Fachkräfte gibt, brauchen wir dringend Zuwanderer.

(Udo Pastörs, NPD: Ha!)

Ich betone es noch mal ausdrücklich, auch für Sie, Herr Pastörs: Wir brauchen die Zuwanderung hoch qualifizierter und leistungsbereiter Menschen.

(Udo Pastörs, NPD: Schauen
Sie doch mal hin, wer denn kommt!)

Daher wollen wir auch unser Land Mecklenburg-Vorpommern für Zuwanderer und ihre Familien

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

zum Leben und Arbeiten attraktiver machen.

(Michael Andrejewski, NPD: Dann
müssen Sie die irgendwo einfangen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Udo Pastörs, NPD: Die Leistungsfähigen,
die wollen gar nicht nach Deutschland.)

Willkommenskultur lässt sich aber nicht nur auf die Attraktivität unseres Landes für ausländische hoch qualifizierte Fachkräfte reduzieren. Das heißt auch, Integration von Menschen beinhaltet vielfältige Aspekte in allen nur denkbaren Lebensbereichen. Willkommenskultur ist

mehr als nur Unterstützung der Neuankömmlinge bei der Ankunft, Willkommenskultur ist auch mehr als die Ausweitung der räumlichen Freizügigkeit bei der Unterbringung.

Und jetzt sollte eigentlich an dieser Stelle die Definition der Willkommenskultur durch das Netzwerk Integration durch Qualifizierung erfolgen, die mir sehr, sehr gut gefallen hat. Aber daran, dass ich es nicht zitiere, sondern die Kollegin Tegtmeier dieses Zitat in ihrer Rede vorweggenommen hat, können Sie wahrscheinlich auch erkennen, dass in dieser Frage zwischen die Koalitionspartner keine Briefmarke passt. Deshalb spare ich mir die Definition.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Demnach wünscht sich die Mehrheit der Bevölkerung den Ausbau unserer Willkommenskultur in Deutschland und die Lebensbedingungen für Zuwanderer möchten die Bürger laut einer Umfrage von Bertelsmann, Frau Tegtmeier hat sie vorhin angesprochen, attraktiver gestalten. Mehr Angebote für Sprachförderung, bessere Anerkennung von Berufsabschlüssen, ich führte es schon auf, verbesserter Zuzug von Familien und dauerhafte Aufenthaltsgenehmigungen sind laut der Emnid-Umfrage mehrheitsfähig.

Laut Emnid-Umfrage sieht ein Großteil der Bevölkerung, und ich habe auch einen positiven Teil in dieser Umfrage gefunden, ein Großteil der Bevölkerung die Notwendigkeit, Toleranz, Achtung und Vielfalt gegenüber Menschen mit anderen kulturellen Wurzeln stärker zu thematisieren. Das ist richtig so. Das, denke ich, unterstreichen wir auch mit unserem heutigen Antrag.

Wir als CDU-Fraktion und Partei der Mitte sehen das genauso, meine sehr verehrten Damen und Herren, und deswegen bekennen wir uns hier und heute zur Notwendigkeit einer Willkommenskultur. Wir wollen sie etablieren und wir wollen sie greifbar machen.

Unsere Landesregierung verfolgt mit ihrem Konzept zur Förderung der Integration von Migranten und mit der zunehmenden Ausweitung der räumlichen Freizügigkeit sowie der dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten konkrete Maßnahmen und definiert konkrete Ansätze, damit sich Zuwanderer willkommen fühlen. Die Landesregierung beschreitet damit den richtigen Weg und das unterstützen wir als CDU-Fraktion.

Ich möchte an dieser Stelle mir noch einen kleinen Hinweis erlauben. Im Moment haben wir gerade in der Fraktion im zweiten Stock eine Ausstellung einer russischen Künstlerin. Die kann ich wirklich nur empfehlen. Wer von den Abgeordneten noch nicht da war, sich die Bilder angeguckt hat, das ist tatsächlich eine Bereicherung, ein praktisches Beispiel für Bereicherung. Und ich kann Ihnen auch ankündigen, dass es in Zusammenarbeit mit migra e.V. Rostock in diesem Jahr noch mindestens zwei Ausstellungen in der CDU-Fraktion geben wird von ausländischen Mitbürgern. Also auch das ist gelebte Integration.

In diesem Sinne bitte ich Sie, unserem Landtagsantrag zuzustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1758. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/1758 mit den Stimmen der SPD, der CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen, bei Ablehnung der Fraktion der NPD.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Leiharbeitsverhältnisse wirksam begrenzen, Drucksache 6/1745.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Leiharbeitsverhältnisse wirksam begrenzen – Drucksache 6/1745 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Foerster von der Fraktion DIE LINKE.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! „Wir erwarten auch künftig von der LINKEN im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, dass sie jegliche Form prekärer Beschäftigung konsequent thematisiert und damit deutlich macht, dass ein bereits partiell erkennbarer und sich infolge der demografischen Entwicklung zukünftig weiter ausdehnender Fachkräftemangel zuallererst auch etwas mit den sozialen Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt unseres Landes zu tun hat!“, so lautete einer der zahlreichen Arbeitsaufträge, den mehr als 70 Betriebs- und Personalräte am 4. April hier in Schwerin im Rahmen der Konferenz unter dem Motto „Fachkräftemangel und was nun?“ meiner Fraktion ins Stammbuch geschrieben haben.

Aus Arbeitgeberkreisen hört man häufiger die Forderung, auf die Einordnung der Leiharbeit in den Kontext der prekären Beschäftigungsformen zu verzichten. Leiharbeit sei einer der Jobmotoren im vergangenen Jahrzehnt und die Änderungen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz folglich eine richtige Entscheidung gewesen. Und wenn man das oberflächlich betrachtet, könnte man zu dem Schluss kommen, dass diese Einschätzung stimmt, denn die Zunahme derartiger Beschäftigungsverhältnisse verlief rasant. Waren 1996 bundesweit noch 170.000 Menschen in der Branche beschäftigt, so stieg die Zahl auf mehr als 900.000 im Jahr 2012.

Und auch vor Mecklenburg-Vorpommern machte dieser Trend nicht halt. Allein zwischen 2007 und 2012 stieg der Zahl der Leiharbeiter um mehr als 20 Prozent oder in Zahlen ausgedrückt von 8.777 im Jahresdurchschnitt auf 10.676 im Juni des Vorjahres.

(Torsten Renz, CDU: Warum nehmen Sie da andere Bezugsjahre? Warum nehmen Sie da andere Bezugsjahre?)

Aktuell sind es, das konnte man heute auch nachlesen, 9.200.

Nun kann man natürlich sagen, wie das auch heute in der SVZ zu lesen war von den Arbeitgebern und den Agenturen, das sind ja nur 1,8 Prozent der Arbeitnehmer insgesamt im Land, aber ich denke, man muss auch

diese Beschäftigungsform immer im Zusammenhang mit den anderen prekären Beschäftigungsformen im Land sehen. Und da darf ich die Zahlen noch mal nennen. Wir haben immerhin noch über 90.000 Minijobber, wir haben auch mehr als 132.000 befristet Beschäftigte

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und mehr als 86.000 Teilzeitbeschäftigte, ein großer Teil davon ungewollt.

Und ich finde, entscheidend für eine Bewertung der Gesamtentwicklung ist auch, sich die qualitative Entwicklung anzuschauen. Betrachtet man also Fragen der Entlohnung, der Arbeitsbedingungen, der Chancen auf den gern beschriebenen Klebeffekt im Entleihbetrieb, der Sicherheit des Arbeitsplatzes oder der gesundheitlichen Konstitution von Leiharbeitnehmern im Vergleich zu ihren im Normalarbeitsverhältnis beschäftigten Kollegen, dann ergibt sich ein vollkommen anderes Bild. Leiharbeit ist eben sehr wohl oft eine prekäre Beschäftigungsform, und dies hat vor allem mit der unbefriedigenden Regulierung zu tun.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Die Möglichkeit der dauerhaften Abweichung von der im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz formulierten Norm der Lohngleichheit durch tarifliche Vereinbarungen hat dazu geführt, dass bei Leiharbeitsunternehmen Beschäftigte ihren Alltag allzu oft als den eines modernen Tagelöhners empfinden. Und Leiharbeit ist nicht erst seit Untersuchung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Vorjahr heute vor allem eines, sie ist Arbeit im Niedriglohnsektor. Die Einstiegslöhne liegen in Teilen bei weniger als 50 Prozent des Medianlohnes.

Und da darf ich mal auf die Zahlen hier im Land eingehen. In unserem Land betrug der Abstand zwischen dem Lohn einer Stammarbeitskraft mit Berufsabschluss und einem Leiharbeitnehmer mit der gleichen Qualifikation in den Jahren 2011 und 2012 satte 35 Prozent oder in Euro und Cent ausgedrückt waren das 1.275 Euro brutto im Landesschnitt für den Leiharbeitnehmer gegenüber 1.942 Euro brutto für den Kollegen der Stammbeschaft, und das bei Vollzeitbeschäftigung.

Die Befürworter der Flexibilisierung im Bereich der Leiharbeit erklären dieses Phänomen dann gern damit, dass es sich bei den betroffenen Beschäftigten ja überwiegend um ungelernte Kräfte handeln würde – auch das ist ja heute wieder in der Zeitung arbeitgeberseitig nachzulesen –, die sonst gar keine Chance auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt hätten.

(Torsten Renz, CDU: Und, stimmt das nicht?)

Und dieses Argument wird nicht zuletzt durch Untersuchungen des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung klar widerlegt. Hier mal die Zahlen dazu: Demnach verdienen Leiharbeitnehmer bundesweit in allen Qualifikationsstufen und Tätigkeitsbereichen deutlich weniger, bei Fach- und Hochschulabschluss 33 Prozent, bei abgeschlossener Berufsausbildung 44 Prozent und ohne Berufsausbildung sogar 46 Prozent.

Und die Folgen des niedrigen Lohnniveaus im Bereich der Leiharbeit sind greifbar. Jede und jeder achte Beschäftigte in der Leiharbeit muss trotz Vollzeitarbeit er-

gänzende staatliche Transferleistungen in Anspruch nehmen. Das ist übrigens ein fünfmal höheres Risiko als in anderen Branchen.

Das niedrige Lohnniveau ist aber nicht das einzige Problem. Leiharbeitnehmer haben vielfach mit der besonders hohen Unsicherheit ihres Arbeitsplatzes zu kämpfen. Nur 50 Prozent der 2010 beendeten Arbeitsverhältnisse dauerten laut IAB länger als drei Monate. Und auch die Hoffnung auf den schon angesprochenen Klebeffekt ist trügerisch. Die Zahlen des IAB zeigen, dass es ganze 7 Prozent der vormals Arbeitslosen schaffen, in einem Zeitraum von zwei Jahren nach einem Leiharbeitsverhältnis im Normalarbeitsverhältnis beschäftigt zu werden und damit das Thema Leiharbeit hinter sich zu lassen.

Die Wirkung der oft jahrelangen Karriere im Bereich von Leiharbeit, häufig gepaart auch mit der unfreiwilligen Erfahrung in anderen prekären Beschäftigungsformen, ist entsprechend. So zeigten erst im Februar des Jahres vorgestellte Erhebungen der Techniker-Krankenkasse, dass die Unsicherheit des Arbeitsplatzes in Kombination mit den hohen Flexibilitätsanforderungen nachhaltig auf die krankheitsbedingten Ausfallzeiten der Beschäftigten durchschlägt. Demnach betrug die durchschnittliche Fehlzeit von Leiharbeitnehmern nach Angaben der Techniker-Kasse im Februar 2013 mehr als 17 Tage, während sie für die restlichen Arbeitnehmer bei 13 Tagen lag.

Die öffentliche Berichterstattung hat die Sensibilität der Politik für diese Problemstellungen durchaus erhöht. So wurde ja zwischenzeitlich ein Branchenmindestlohn mit 7,01 Euro im Osten und 7,89 Euro im Westen eingeführt.

(Torsten Renz, CDU:
Wer hat den eingeführt?)

Ich sage, das ist ein erster richtiger Schritt, der aber durch die hier im vergangenen Frühjahr

(Torsten Renz, CDU: Einfach mal
aussprechen: Wer hat den eingeführt?)

schon diskutierte Praxis des Einsatzes von Werkverträgen schon wieder zu unterlaufen versucht wird.

(Torsten Renz, CDU: Hallo,
Herr Foerster, wer hat den eingeführt? –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Und zudem ist natürlich der unterschiedliche Lohn für West und Ost nach wie vor zu kritisieren.

(Torsten Renz, CDU: Nur fürs Protokoll.)

Was kann man also abgeleitet aus der Analyse der Situation tun, um die Situation der Beschäftigten im Bereich der Leiharbeit nachhaltig zu verbessern? Zunächst müsste man aus der Sicht meiner Fraktion die gesetzlichen Rahmenbedingungen wieder zugunsten der Beschäftigten verändern. Und da stehen voran die Prinzipien „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und „Gleich gute Arbeitsbedingungen für Stamm- und Leiharbeitnehmer“, die wirksam durchgesetzt werden müssen. Da ist dann der Gesetzgeber in der Pflicht, die tarifliche Öffnungsklausel in den Paragraphen 3 Absatz 1 Nummer 3 und 9 Nummer 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zu streichen, denn diese haben den Unterbietungswettbewerb

durch abweichende Tarifverträge überhaupt erst möglich gemacht.

Und gleichrangig zu betrachten ist die Rückkehr zur Festlegung einer maximalen Verleihdauer, denn es war die dreimalige Erweiterung und schließlich die Abschaffung der zeitlichen Begrenzung des Einsatzes von Leiharbeit unter der rot-grünen Bundesregierung, die dazu geführt hat, dass ein Instrument in der geschilderten Form regelrecht degeneriert ist, mit welchem den Unternehmen ursprünglich mal Flexibilität zur Bewältigung schwankender Geschäftsverläufe zugestanden wurde.

(Vizepräsidentin Silke Gajek übernimmt den Vorsitz.)

Und die Festlegung einer maximalen Verleihdauer ist auch aus Gründen der Rechtssicherheit für alle Betroffenen angeraten, denn mittlerweile bescheinigt zwar auch das Deutsche Arbeitnehmerüberlassungsgesetz im Paragraphen 1 ähnlich wie die EU-Leiharbeitsrichtlinie Leiharbeitsverhältnissen einen vorübergehenden und damit einen zeitlich befristeten Charakter, allerdings gibt es bereits eine Vielzahl von Gerichtsverfahren, deren Ursache in der fehlenden Definition eines Zeitraumes liegt. Betriebsräte machen von ihrem Zustimmungsverweigerungsrecht bei Einstellung nach Paragraph 99 Betriebsverfassungsgesetz Gebrauch und können sich dabei auf die Einschätzung gewerkschaftsnaher Arbeitsrechtler stützen, die einen Zeitraum von drei bis sechs Monaten für angemessen halten.

Und schließlich geht es darum, die Möglichkeiten für Leiharbeitnehmer zu verbessern, tatsächlich im Entleihbetrieb eine Anstellung zu erhalten, denn derzeit sind die Unternehmen lediglich verpflichtet, über freie Stellen zu informieren. Wäre der Einsatz von Leiharbeitnehmern nicht nur zeitlich begrenzt, sondern würde nach einer bestimmten Dauer der Beschäftigung auch ein gesetzlicher Anspruch auf Festanstellung im Entleihunternehmen entstehen, dann könnte dies einen wirklichen Klebeffekt oder, anders ausgedrückt, eine Brücke aus dem Verleihunternehmen in eine Beschäftigung beim Entleihunternehmen, also ein Normalarbeitsverhältnis bedeuten.

Zudem wäre zu prüfen, ob Leiharbeitnehmer aufgrund ihrer bereits mit ihrem Einsatz nachgewiesenen Qualifikation und Leistungsfähigkeit bei Einstellung bevorzugt berücksichtigt werden können. Dabei sind natürlich die Rahmenbedingungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes zu beachten.

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Leiharbeit ist zu großen Teilen leider eben doch eine prekäre Beschäftigung, geprägt von Niedriglöhnen und unsicheren Arbeitsbedingungen. Insofern mutet der Leitspruch „Das WIR entscheidet“ als Slogan einer Leiharbeitsfirma tatsächlich ein Stück deplatziert an.

(Torsten Renz, CDU:
Oh, jetzt wirds politisch.)

Die von meiner Fraktion vorgeschlagenen Maßnahmen leisten einen Beitrag zur wirksamen Begrenzung dieses Instrumentes, denn sie machen das Instrument weniger anfällig für Lohndumping oder gar den Ersatz von Stammbesellschaften durch Leiharbeitnehmer.

Ich komme zum Schluss.

Werte Kolleginnen und Kollegen, unser Land ist immer noch das Bundesland der niedrigsten Löhne. Wenn wir Menschen für unser Land als Lebens- und Arbeitsort gewinnen wollen, steht es uns nicht nur gut zu Gesicht, sondern ist es unerlässlich, jeder Form von prekärer Beschäftigung den Kampf anzusagen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Foerster.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Abgeordnete Foerster hat sehr ausführlich die Probleme bei der Leih- und Zeitarbeit dargestellt und dem will ich gar nichts hinzufügen, sondern ich will es noch mal auf den Punkt bringen, zusammenfassen, worum es geht – aus meiner Sicht.

Leih- und Zeitarbeit ist dann ein gutes Instrument, wenn es tatsächlich dazu dient, Auftragsspitzen aufzufangen bei Unternehmen, wenn es dazu dient, dass Menschen eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt bekommen. Aber die Regulierung unter Rot-Grün hat dazu geführt, dass Leih- und Zeitarbeit eben nicht diesem positiven Ansinnen entsprochen hat, sondern dass Leih- und Zeitarbeit vor allem ausgenutzt wird und sich sehr negativ entwickelt hat,

(Torsten Renz, CDU: Dafür
braucht man aber Zahlen.)

negativ dahin entwickelt hat,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Haben Sie eben nicht zugehört?)

dass zunehmend nicht Leih- und Zeitarbeiter die sind, die Auftragsspitzen abfangen sollen oder die die Brücke in den ersten Arbeitsmarkt bekommen, sondern zunehmend die sind, die vorher Stammbesellschaft waren, dann outgesourct werden und am gleichen Arbeitsplatz den gleichen Job wie vorher machen, bloß für weniger Geld und mit schlechteren Arbeitsbedingungen.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Richtig.)

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren – und da werbe ich auch noch mal bei denen, die da nicht so mitgehen, dass man da was ändern muss –, das, meine Damen und Herren, hat mit Leistungsgerechtigkeit nichts zu tun. Wer in unserem Land arbeitet und fleißig ist, hat auch gleichen Lohn für gleiche Arbeit verdient.

Und deshalb ist es richtig, dass es Vorschläge gibt, diese Leih- und Zeitarbeit wieder so zu regulieren, dass faire Arbeitsbedingungen auch für Leiharbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer gewährleistet werden. Und ich hatte bereits vor einem Jahr im Landtag darüber berichtet, dass

das auch Thema der Arbeitsminister ist und dass die überwiegende Mehrheit diese Regulierung unterstützt.

Was gehört dazu? Natürlich ganz klar zunächst ein gleicher Lohn für gleiche Arbeit, unterstützt durch einen Mindestlohn von 8,50 Euro.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Und ich bin Herrn Foerster dankbar, dass er hier auch noch mal gewürdigt hat, dass es ein erster guter Schritt ist, dass wir einen Mindestlohn für die Leih- und Zeitarbeit überhaupt eingeführt haben,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

denn gerade hier in Mecklenburg-Vorpommern war die große Sorge, dass das zu sehr großen Schieflagen führen kann, insbesondere bei der neuen Freizügigkeit. Ich halte es auch für schwierig, dass es hier noch Unterschiede zwischen Ost und West gibt, und es ist auch schwierig, dass dieser Mindestlohn unter 8,50 Euro liegt. Aber es war gut und es war mir auch ein persönliches Anliegen in den damaligen Verhandlungen zur SGB-II-Reform, dass wir diesen Mindestlohn als ersten Einstieg bekommen. Dennoch, es muss weitergehen.

(Torsten Renz, CDU: Unter welcher Ministerin?)

Unter Ministerin Schwesig

(Torsten Renz, CDU: Ach so!)

hat Mecklenburg-Vorpommern sich am Vermittlungsverfahren beteiligt und dann haben wir gemeinsam mit anderen Ländern unsere Mehrheit genutzt,

(Torsten Renz, CDU: Sehr gut.)

dieses Thema Mindestlohn für Leih- und Zeitarbeit der Bundesregierung abzurufen.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Es war damals auch Thema, ganz stark für uns, gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Da sind wir leider mit der Bundesregierung noch nicht weiter.

Dritter Punkt, wir wollen vor allem die Höchstüberlassungsdauer begrenzen. Und deshalb sind das Anliegen, die zwischen den Landesministern diskutiert werden, die auch schon bereits Bundesratsinitiative waren. Und da wir neue Mehrheiten im Bundesrat haben, haben sich die sogenannten A-Länder, also die SPD- und grün- geführten Länder darauf verständigt, dass es eine neue Bundesratsinitiative gibt, zunächst am kommenden Freitag, am 3. Mai, zum Thema gute Arbeit. Dort spielen viele Themen in einem Entschließungsantrag eine Rolle, vom Mindestlohn über das Thema gleicher Lohn für gleiche Arbeit bis hin zu anderen wichtigen Punkten für gute Arbeit. Und dieser dritte Punkt, der sich in diesem Entschließungsantrag findet, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, wird dann durch eine weitere Bundesratsinitiative untersetzt zum Thema Leih- und Zeitarbeit, die gerade in Abstimmung mit den Ländern ist.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, deshalb wird es sicherlich Herrn Foerster, der sich ja an dieser Stelle stark einsetzt, freuen zu hören, dass die Forderung aus

Ihrem Antrag unter a) und b) auch Punkte sind im geplanten Entschließungsantrag, und auch die Intention des Punktes c), nämlich die Chance von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern auf eine Übernahme in einem Einsatzunternehmen zu erhöhen, wird von der Bundesratsinitiative unterstützt. Allerdings plant die Bundesratsinitiative weitere Verbesserungen, Verbesserungen, die über Ihren Antrag hinausgehen, zum Beispiel mehr Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte in Betriebsräten, so, wie es ja jetzt auch schon durch aktuelle Gerichtsurteile gefordert wird.

Wie wir uns als Land verhalten zum Entschließungsantrag am kommenden Freitag, werden wir im Kabinett am Dienstag beraten. Wie es weitergeht mit dem Entschließungsantrag, wird dann auch ein Abstimmungsprozess sein. Ich will hier nicht verhehlen, dass es bei dieser Frage – bessere Bedingungen in der Arbeitswelt – insbesondere bei der Leih- und Zeitarbeit Unterschiede zwischen SPD und CDU gibt. Das wissen wir hier alle. Und wir werden diese Unterschiede nicht zum Koalitionsstreit machen, denn die Regelungen, für die ich mich einsetze, die auch Anliegen der Fraktion DIE LINKE sind, werden am Ende auf Bundesebene entschieden durch ein Bundesgesetz.

(Torsten Renz, CDU: Aha!)

Das wird sicherlich auch Thema in der Bundestagswahl sein, das müssen wir hier nicht reinziehen. Ich hoffe, dass ich noch mal bei meinen Kollegen der CDU-Fraktion werben kann dafür, dass es darum gehen muss, dass Menschen in unserem Land erleben, dass sie, wenn sie für eine Arbeit einen anständigen Lohn bekommen haben, nicht outgesourct werden und dann mit Billiglöhnen und schlechter Arbeit abgespeist werden. Das kann nicht im Interesse derer sein, die die Arbeit machen, und auch nicht im Interesse der Unternehmer, die nämlich solche Methoden nicht anschlagen. Deswegen müssen wir ein gemeinsames Interesse haben, hier zu Verbesserungen zu kommen.

Dennoch, die Bundesratsverhältnisse sind so positiv, dass wir uns an der Stelle auch nicht verstreiten müssen. Es gibt eine Mehrheit im Bundesrat bereits für diese Initiativen und deshalb bin ich sicher, dass diese vorgeschlagene Initiative der Fraktion DIE LINKE, ergänzt um diese Punkte, die wir als Länderarbeitsminister noch verfolgen, dass diese Initiative Erfolg hat. Und insofern bedarf es meines Erachtens keiner Aufforderung mehr, diese Initiative auf den Weg zu bringen, weil ich als Koordinatorin der A-Länder schon längst dabei bin. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Renz von der CDU-Fraktion.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Drei von den zehn Punkten, Torsten! – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte mir gestern in Vorbereitung zur heutigen Debatte einen Arti-

kel aus der „Welt“ schon mal kopiert, und zwar mit der Überschrift „Mehr als sechs Millionen Spanier ohne Arbeit“.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Als ich dann heute Morgen auch noch die Berichterstattung im Fernsehen gesehen habe, dass dort Demonstrationen in Gang gesetzt werden, da war ich schon sehr erschrocken, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Und wenn wir uns diese Zahlen ansehen, die dort in Spanien existieren, die ich hier aus diesem Artikel dann auch mal zitieren möchte, nämlich 6,2 Millionen Arbeitslose bei einer Arbeitslosenquote von 27,2 Prozent, wenn das dort die Realität ist, dass in den letzten drei Monaten 240.000 Arbeitslose dazugekommen sind, dann sind das erschreckende Tatsachen.

Wenn wir dann die Realität in Deutschland betrachten,

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

wo wir eine Arbeitslosigkeit haben, die circa 20 Prozent geringer ist,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Es gibt keine Probleme, ne, Herr Renz?!)

wo wir im gleichen Zeitraum im Vergleich zu Spanien ein Absinken der Arbeitslosigkeit um 58.000 Menschen verzeichnen können auf circa 3 Millionen Arbeitslose, dann muss ich schon fragen: Was wollen wir hier heute konkret diskutieren? Wollen wir hier ein Massenphänomen diskutieren? Wollen wir den Arbeitsmarkt regulieren, regulieren und noch mal regulieren, dass möglicherweise die erfolgreiche Wirtschaftspolitik, die wir hier in Deutschland haben,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Wir wollen die Auswüchse begrenzen und regulieren.)

dass es möglicherweise dazu führt, dass wir nicht mehr diese wirtschaftlichen Grundlagen vorfinden, die nämlich Voraussetzung sind, um den sozialen Wohlstand in Deutschland weiter zu bestreiten? Die Fragen stellen sich für mich.

Und wenn ich dann Ihren Antrag sehe und im ersten Satz geschrieben steht: „Der Landtag stellt fest: Die Zahl der bundesweit eingesetzten ... Leiharbeiter hat sich seit 1996 mehr als vervierfacht“ – das soll also ein Beschluss des Landtages sein, diese Feststellung, diese Zahl?

Ich habe auch vorhin bei der Diskussion zwischengerufen, warum Sie zufällig auf Bundesebene diesen Vergleich wählen, die Jahreszahl 96, nachher in der Begründung, wenn Sie auf Mecklenburg-Vorpommern verweisen, dann plötzlich Statistiken zwischen 2007 und, glaube ich, 2010 herbeiführen. Das wäre auch sehr interessant. Ich habe mir übrigens die Zahl rausgesucht, vielleicht wäre das auch noch mal ein Vergleich, um die Situation aus Ihrer Sicht noch mehr zu dramatisieren. Da können Sie vielleicht auch die Anzahl der Leiharbeiter aus dem Jahre 1980 im Dezember nehmen.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Da haben wir 33.000 gehabt. Also wenn es jetzt nur darum geht, darzustellen, wie extrem dieser Anstieg ist, dann, glaube ich, diskutieren wir,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Es geht darum, warum es diesen Anstieg gab.)

weil es aus unserer Sicht eben kein Massenphänomen ist, an der Realität vorbei. Und ich möchte Sie einfach nur erinnern, die Gesamtsituation dann hier zu betrachten, wie wir sie in Deutschland vorfinden und wie wir sie in vielen anderen Ländern in Europa vorfinden.

Und dann habe ich gedacht, dass Sie dann auch endlich auf Ihren Antrag zu sprechen kommen, ich hatte aber die ganze Zeit das Gefühl, Sie spulen hier Ihr Parteiprogramm ab.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ach, so ein Unsinn!)

Der wesentliche Punkt, der bei Ihnen hier drinsteht, dass das ...

(Henning Foerster, DIE LINKE: Da haben Sie nicht richtig zugehört.)

Ja, ich habe sehr gut zugehört.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ach, Herr Renz, immer so ein Gelaber!)

Der wesentliche Punkt, dass Sie hier suggerieren, das niedrige Lohnniveau wird ausgenutzt, um Stammarbeitsplätze zu ersetzen, auf diesen Punkt sind Sie, zumindest habe ich es akustisch nicht vernommen, aus meiner Sicht nicht eingegangen.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Natürlich.)

Und das ist der wesentliche Bestandteil Ihres Antrages, den wir hier diskutieren sollen.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Es geht um Gesetzesänderungen.)

Sie sind den Beweis schuldig geblieben und ich möchte Ihnen einfach nur sagen, ich will verweisen auf eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft, die genau das untersucht haben, nämlich: Wie stellt sich das Verhältnis von Stammbeschäftigung zur Zeitarbeit dar? Wie verhält es sich in der Krise, wie verhält es sich im Aufschwung zum Beispiel, in dem wir uns jetzt möglicherweise befinden? Und dann kommen Sie zu ganz interessanten Ergebnissen, nämlich dass es eben nicht so ist, dass eine Ersetzung der Stammbeschäftigung erfolgt, sondern der Austausch zwischen Stammbeschäftigung und Zeitarbeit hält sich in allen Phasen in etwa die Waage und vor allem, was noch interessanter ist, auf einem viel geringeren Niveau als die sogenannte Pufferfunktion, die untersucht wurde. Die Pufferfunktion bedeutet nämlich einen parallelen Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse und der Zeit- beziehungsweise Leiharbeit. Und wenn Sie das dann genauer untersuchen, dann werden Sie feststellen, dass das der entscheidende positive Effekt ist, der sich am Arbeitsmarkt vollzogen hat.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das ist eine Frage der Ansicht.)

Wenn Sie dann noch die absoluten Zahlen vergleichen, und da will ich noch mal sagen, Sie haben hier 41 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Deutsch-

land, dann werden Sie sehen, dass der Anstieg größer ist als der Anstieg in der Zeitarbeit.

Und was mich wie gesagt besonders nachdenklich stimmt, ist, dass Sie einfach diese Behauptung – Stammebelegschaft wird ersetzt – mit keiner Zeile, mit keiner Silbe hier untersetzen. Was Sie machen, Sie spulen wieder ab wie gehabt, zum Beispiel die Anzahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern, da schreiben Sie einfach wieder mal rein 130.000.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Sie müssen das alles im Zusammenhang sehen, Herr Renz.)

Sie erwähnen mit keiner Silbe, Herr Foerster, Sie erwähnen mit keiner Silbe, dass das sinkende Zahlen sind, seit Jahren! Wir haben diese Diskussion schon mal geführt, da habe ich Ihnen gesagt, wenn Sie schon einigermaßen redlich argumentieren, dann sagen Sie in diesem Zusammenhang, wenn es um befristete Beschäftigungsverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern geht, um 130.000 in der Anzahl, dann sagen Sie bitte dazu, dass sich in dieser Zahl 34.000 Lehrverträge befinden, weil es logisch ist, dass Lehrverträge befristet sind. Und diese 34.000, die müssen Sie einfach redlicherweise in die Diskussion mit aufnehmen und das sollten Sie den Menschen hier auch sagen,

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das passt nicht ins Konzept.)

wenn Sie hier solche Diskussionen vom Zaun brechen.

Ich will Ihnen auch sagen, wenn die Hartz-Reform, die ja zum Beispiel dann dieses Mittel der Leiharbeit mehr oder weniger gefördert hat, Frau Ministerin hat es gesagt, entsprechende Punkte, die flexible Beschäftigung bei Auftragsspitzen oder die Brückenfunktion und die sogenannten Klebeeffekte, klar, es könnten immer mehr sein,

(Henning Foerster, DIE LINKE: 7 Prozent!)

die diese Brücke schaffen in den ersten Arbeitsmarkt, und ich sage Ihnen auch, wenn die Klebeeffekte, die direkten, da kennen Sie sich ja aus, nur bei circa 14 Prozent liegen,

(Henning Foerster, DIE LINKE: 7! 7!)

dann ist das zu wenig. Es wäre schön, wenn es mehr wäre, aber die indirekten müssen Sie ja auch berücksichtigen. Wenn jemand in Zeitarbeit tätig war, heute in der einen Firma und morgen möglicherweise in der anderen und in der dritten Firma dann plötzlich einen unbefristeten Vertrag bekommt, dann sind das unmittelbare Effekte. Und da haben wir zum Beispiel Zahlen, die zumindest sehr hoffnungsvoll aussehen, dass wir dort zum Beispiel dann 46-prozentige Werte haben.

Und Fakt ist auch, das muss man immer wieder sagen, dieses Mittel Leiharbeit/Zeitarbeit hat dazu geführt, dass wir in der großen Krise 2008/2009 von Massenentlassungen in Deutschland verschont geblieben sind. Das muss man, denke ich, aus meiner Sicht hier auf alle Fälle auch noch mal sagen.

Und wenn Sie schon dem Institut der deutschen Wirtschaft nicht vertrauen, Herr Foerster, dann habe ich

natürlich auch mal reingeschaut, was sagt die BA dazu. Das sind hier ungefähr zehn Punkte, die werde ich jetzt nicht nacheinander abarbeiten, sondern ich will mich mal auf vier wesentliche, auch in aller Kürze, konzentrieren.

Punkt 1. „Die Beschäftigung in der Zeitarbeit in Deutschland ist in den letzten Jahren in der Tendenz mit hoher Dynamik gewachsen.“

(Henning Foerster, DIE LINKE: Richtig.)

Sie werden das jetzt nicht erwartet haben, dass ich diesen Punkt, der aus Ihrer Sicht ja sehr negativ ist, hier auch noch mal betone. Ich betone ihn gerade aus dem Grunde heraus an erster Stelle noch mal, weil das nämlich ein Beitrag war für diesen wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in solchen Arbeitsverhältnissen tätig sind.)

Ich sage es immer wieder gerne, das ist die Grundlage für die soziale Marktwirtschaft, für den sozialen Fortschritt,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

den wir uns in Deutschland leisten können.

Und wenn Sie, und ich gehe davon aus, diese Unterlagen gelesen haben, dann wird unmittelbar im Punkt 2 ausgeführt: „Seit Jahresanfang 2012 zeigt sie sich jedoch rückläufig, während die Beschäftigung insgesamt weiter wächst.“ Jetzt können wir uns fragen: Woran liegt das? Fakt ist erst mal, aus Ihrer Sicht ist es ja ein positiver Aspekt, die Zeitarbeit geht zurück, parallel dazu steigen die Beschäftigungszahlen. Ich will Ihnen ganz klar sagen, woran das liegt. Das liegt an der klugen Politik der Bundesregierung auf der einen Seite

(Heiterkeit bei
Henning Foerster, DIE LINKE: Ist klar.)

und auf der anderen Seite aber an der demografischen Entwicklung, die wir in Deutschland zurzeit und auch in den nächsten Jahren zu erwarten haben,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Oh, den Demografiefaktor hat
die CDU jetzt auch entdeckt.)

dass wir in der Politik ganz andere Probleme diskutieren werden, nämlich wie können wir den Fachkräftebedarf decken. Und da sage ich Ihnen voraus, Herr Foerster, Sie mit Ihren Themen, die Sie hier so aufreißen, Sie verlieren die Themen.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das glaube ich leider nicht.)

Sie müssen sich schon mal Gedanken machen, wofür Sie eines Tages in diesem Lande noch streiten wollen.

Punkt 3, der aufgeführt ist: „Der Anteil der Beschäftigten in der Zeitarbeit an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt unter drei Prozent.“ Das können Sie für Mecklenburg-Vorpommern sehr gut nachrechnen. Auch hier sind wir beträchtlich unter der 3-Prozent-

Marke, und deswegen sage ich Ihnen, wenn wir auf der anderen Seite die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse haben und wir hier von drei Prozent sprechen, dann sprechen Sie bitte nicht von einem Massenphänomen, was wir hier nicht anzutreffen haben.

Ein letzter, ein Punkt 4. „Fast drei von zehn Beschäftigten in der Zeitarbeit verfügen über keine abgeschlossene Berufsausbildung ...“ Das heißt, circa 30 Prozent sind Geringqualifizierte. Sie bekommen die Möglichkeit über das Instrument Zeitarbeit und Leiharbeit eröffnet, überhaupt am gesellschaftlichen Leben im Arbeitsmarkt tätig zu sein. Und dann müssen Sie die Frage beantworten: Ist es besser, wenn diese Leute gar keine Beschäftigung haben, oder wollen wir weiterhin mit diesem Instrument arbeiten?

Ein Zweites zu diesem Punkt: Über 60 Prozent – die Zeitung spricht ja heute von circa oder über zwei Drittel sogar, meine Zahl, die ich gefunden habe, ist über 60 Prozent – waren vorher gar nicht in Arbeit. Und auch hier frage ich Sie: Ist es nicht besser, dass wir dann über das Element der Zeitarbeit den Leuten ermöglichen, in Arbeit, zumindest in Zeitarbeit zu kommen?

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Die Frage müssen Sie auch beantworten.

Und ein Drittes zu diesem wesentlichen Punkt, wenn ich mir die Struktur,

(Zurufe von Marc Reinhardt, CDU,
und Barbara Borchardt, DIE LINKE)

wenn ich mir die Struktur der Zeitarbeiter anschau, ein dritter wesentlicher Punkt ist, Sie haben es angesprochen, die Bezahlung. Da kann ich nur sagen, das ist auch nicht korrekt, da müssen wir dran arbeiten. Wir haben ja zum Beispiel die Lohnuntergrenze eingeführt unter Ministerin Ursula von der Leyen, unter großem Druck der A-Seite auf Bundesratsebene, aber am Ende ist es ja dann ein gemeinsamer Erfolg.

Aber wenn Sie sich die Bezahlung anschauen, Herr Foerster, ein ganz interessanter Fakt, Sie haben hier viele absolute Zahlen vorgetragen, ich will mal versuchen, prozentual etwas Wesentliches zum Ausdruck zu bringen, nämlich dass der Lohnabstand gerade bei den Geringverdienern und schlecht Qualifizierten nur circa 15, 16 Prozent beträgt und damit die geringste Abweichung darstellt. Bei den Hochqualifizierten ist der Abstand viel größer. Was will ich damit sagen? Wiederum die Gruppe der Ungelernten, der Leute, die vorher arbeitslos waren, die würden Sie bei Ihren ständigen Korrekturen, die Sie vorhaben, insbesondere treffen. Und da sage ich Ihnen, das kann nicht die Politik sein, dass wir die Schwachen noch bestrafen und sie vom Arbeitsmarkt ausgrenzen. Und deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gerkan von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte gerne von Spanien zurück nach Deutschland kommen, Herr Renz.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Vollkommen richtig.)

„Leiharbeit: Prekariat auf Abruf“, so lautet der Titel einer aktuellen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Die
hat Herr Renz noch nicht gelesen.)

Der Autor Stefan Soost sieht für den starken Zuwachs der Leiharbeitsverhältnisse in Deutschland vor allen Dingen zwei Ursachen, meine Damen und Herren, einmal die sehr geringen Lohnkosten und auf der anderen Seite die fehlenden Kündigungsfristen, die ja geradezu einen Anreiz bilden für die Unternehmen, die Leiharbeiter auszunutzen. Fazit von Stefan Soost: Während die Leiharbeit für die Arbeitnehmer zahlreiche Armutsrisiken mit sich bringt, bringt das für die Unternehmen zahlreiche Vorteile.

Insgesamt zeigt sich, dass nur starke rechtliche Rahmenbedingungen die Arbeitsbedingungen der Leiharbeiter substantiell verbessern können. Ursprünglich wurden nämlich die Vorschriften für die Arbeitnehmerüberlassung mit dem Ziel gelockert, den Arbeitsmarktzugang für arbeitslose Menschen zu erleichtern und sie zusätzlich in Beschäftigung zu bringen. Aber tatsächlich nennen befragte Unternehmen als Motiv für die Nutzung der Zeitarbeit mit großer Regelmäßigkeit hohe Flexibilität, Senkung des Verwaltungsaufwandes, Möglichkeit zur unverbindlichen Erprobung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Genau.)

Auf der Seite der Arbeitnehmerinnen stellen sich die Auswirkungen von höherer Flexibilität und unverbindlicher Erprobung folgendermaßen dar: Nachteile, Nachteile, Nachteile, Nachteile.

(Torsten Renz, CDU: Na, konkret?)

- Also deutlich niedrigere Entlohnung als regulär Beschäftigte, im Schnitt zwischen 30 und 40 Prozent weniger Gehalt, rund 70 Prozent der Leiharbeiter/-innen arbeiten im Niedriglohnsektor.
- Geringe Planbarkeit im gesamten Berufsleben: Jobs in der Leiharbeit sind in der Regel befristet,

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das ist das Wesen.)

häufig nur für die Dauer eines Einsatzes. Leiharbeit bleibt meist eine kurzfristige Beschäftigung, die nur selten in eine dauerhafte Einstellung mündet. Laut IAB-Angaben war nach einem Zeitraum von zwei Jahren nur jeder achte oder jede achte zuvor Arbeitslose in regulärer Beschäftigung.

- Es gibt geringe Weiterbildungsmöglichkeiten für die Leiharbeiter. Ohne Teilnahme an beruflicher Fort- und Weiterbildung können keine Zusatzqualifikationen am Arbeitsmarkt erworben werden.

- Strukturelle und soziale Ausgrenzung: Die Schere zwischen Stammebelegschaft und den Leiharbeitern klappt immer weiter auseinander.

(Torsten Renz, CDU: Welche Schere denn? –
Wolfgang Waldmüller, CDU: Das stimmt
doch gar nicht. Sie behaupten
einfach irgendwas.)

- Sozialkontakte bleiben aufgrund erhöhter Mobilitätsanforderungen buchstäblich auf der Strecke,

(Zurufe von Burkhard Lenz, CDU,
und Henning Foerster, DIE LINKE)

weil die Leute sich das finanziell nicht leisten können.

- Work-Life-Balance? Fehlanzeige. Das erhöht die Stressbelastung und gefährdet die Gesundheit, die Gesundheit der Leiharbeiterinnen und -arbeiter.

(Unruhe bei Torsten Renz, CDU,
und Henning Foerster, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Frau Gerkan, bitte einen kleinen Moment!

Das Podium ist hier nachher noch frei, meine Herren. Sie können hier vorne dann die Debatte weiterführen.

Bitte, Frau Gerkan.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke.

Besonders gefährlich finde ich den Anstieg der Leiharbeit in Pflegeberufen, und zwar sowohl aus der Sicht der Beschäftigten

(Torsten Renz, CDU:
Leiharbeit geht zurück seit 2011.)

als auch aus Sicht der Gepflegten.

(Torsten Renz, CDU: Da können
Sie doch nicht sagen, es steigt an.)

Mehr Leiharbeit kann nicht die Antwort auf den Fachkräftemangel in der Pflege sein.

Eine besonders traurige Rolle spielt die Zeitarbeit, wenn sie die einzige Alternative zur Arbeitslosigkeit ist. Wo reguläre Jobs fehlen, stößt prekäre Beschäftigung in die Lücke hinein.

Meine Damen und Herren, wenn ein Großteil der Zuwächse der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Bereich der Leiharbeit verortet ist, schauen Sie sich ruhig die Verlaufsstatistiken der Bundesagentur, was ja eben auch von Herrn Renz zitiert wurde – er zieht offensichtlich andere Schlüsse –, schauen Sie sich die Statistiken 2010/2011 an, dann ist das keine wirtschaftliche Erfolgsbilanz, sondern ein Trauerspiel.

(Torsten Renz, CDU: Wie, in
Deutschland? Oder bei der Leiharbeit?)

Bei der Leiharbeit läuft es nicht rund. Die Leiharbeit stellt heute keine Brücke in den regulären Arbeitsmarkt dar.

Vielmehr wird sie nicht selten als Instrument für Lohndumping und zur Substitution von Stammebelegschaften missbraucht.

(Torsten Renz, CDU:
Belegen Sie das doch mal! –
Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das stimmt doch nicht.)

Ja, schönes Beispiel, es ist erst wenige Wochen her, meine Damen und Herren, dass die Firma Amazon

(Torsten Renz, CDU: Das stimmt.
Der Fall ist völlig korrekt.)

mit ihrem diesbezüglichen Geschäftsgebaren negative Schlagzeilen machte.

(Torsten Renz, CDU: Aber Sie können aus
einem Einzelfall nicht ein Gesamtbild machen.)

Die Erosion regulärer Beschäftigungsverhältnisse muss gestoppt werden. Befristung und Leiharbeit müssen wieder auf ihren eigentlichen, ja, auf ihren eigentlichen Zweck begrenzt

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

und Missbrauch muss an dieser Stelle eingedämmt werden. Die mit der Lockerung der Leiharbeit verbundenen Hoffnungen haben sich nicht an dieser Stelle erfüllt. Wer das konstatiert, muss im nächsten Schritt dann auch den Mut, ja, den Mut zum politischen Handeln haben. Unsere Fraktion unterstützt natürlich den Antrag. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Torsten Renz, CDU: Ihre Fraktion hat das
doch eingeführt, das Bundesgesetz.
Die hat das doch eingeführt.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Tegtmeier von der SPD-Fraktion.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor einem Jahr ungefähr haben wir hier das Thema ausführlich diskutiert.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Nein, da ging es um Werkverträge.)

Da ging es auch um das Thema Leiharbeit.

(Torsten Renz, CDU: Richtig.)

Und meine

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

hoch geschätzte Frau Ministerin hat eigentlich das Wesentliche für die SPD-Landtagsfraktion dazu ausgeführt. Aber es reizt mich natürlich trotzdem, noch ein paar Sachen da hinzuzufügen. Zum einen die erstaunliche Pressemitteilung, die wir heute im „Medienspiegel“ hatten, in Mecklenburg-Vorpommern ist ja alles gar nicht so schlimm, das geht zurück und das ist ja eigentlich nichts im Bundesvergleich, wesentlich bessere Zahlen. Wenn es auch bessere Zahlen sind, das Problem ist natürlich da.

Also wir teilen, das wissen Sie alle hier in diesem Hause, in dieser Beziehung eher die Position der Fraktion DIE LINKE.

(Torsten Renz, CDU: Gilt das auch für Peer Steinbrück?)

Das ist ja auch jetzt nichts Überraschendes.

Und, Herr Renz, wenn Sie hier von erfolgreicher Wirtschaftspolitik sprechen,

(Torsten Renz, CDU: Ja.)

also erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Wirtschaftspolitik, die es den Menschen, die dafür arbeiten und den Buckel krumm machen, auch ermöglicht, dass sie genug Geld nachher im Portemonnaie haben,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

von dem sie und ihre Familien vernünftig leben können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und dazu gehören gleich gute Arbeitsbedingungen und dazu gehört natürlich gleiches Geld für gleiche Arbeit.

(Burkhard Lenz, CDU:
Gleiches Geld für gleiche Leistung. –
Marc Reinhardt, CDU: Ja, das ist was
anderes. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Damit könnte ich mich sogar anfreunden, aber wenn ich die gleichen Dinge erwarte von meinem Arbeitnehmer, dann muss ich ihn auch gleich dafür bezahlen.

(Torsten Renz, CDU: Das ist richtig. –
Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Und das wird leider oftmals in diesem Bereich nicht getan.

Und wenn Sie dann hier natürlich noch sagen, dass auf Druck der A-Länder nun eine Lohnuntergrenze eingeführt wurde, ist das ja toll, aber das reicht uns bei Weitem nicht aus,

(Torsten Renz, CDU: Sie haben nicht genug Druck gemacht, wahrscheinlich.)

denn diese Lohnuntergrenze ist ja nicht so gestrickt, dass man davon wirklich vernünftig leben könnte.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Von 7,01 Euro kann man nicht leben. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und deswegen, und damit schließe ich meinen Beitrag hier schon ab, meine Sozialministerin hat die nötige Initiative auf Bundesebene begleitet und positiv befördert. Sie hat gesagt, das ist natürlich unsere Koalitionsdisziplin, dass sie noch nicht mal weiß, ob sie das im Bundesrat letztendlich auch aktiv mit ihrem Votum unterstützen kann, das wird der Koalitionsausschuss entscheiden. Also inhaltlich, Herr Foerster, sind wir da ziemlich dicht bei Ihnen. Leider können wir dem Antrag hier heute nicht zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Frau Tegtmeier.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der NPD-Fraktion.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dass die CDU hier im Land die Probleme im Zusammenhang mit der Leiharbeit generell verharmlost, ist nicht verwunderlich. Die CDU ist immer ganz vorne mit dabei, wenn es darum geht, die Bürger auszubeuten.

(Egbert Liskow, CDU: Oh! –
Gelächter bei Burkhard Lenz, CDU)

Bewusst verschweigt die CDU, dass vor allem viele Mecklenburger und Pommern auf Leiharbeitsbasis

(Dr. Margret Seemann, SPD: Vorpommern!)

in anderen Bundesländern und sogar im Ausland tätig sind.

(Tino Müller, NPD: Das heißt nun mal Pommern.)

Die Leiharbeit ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Köster!

(Der Abgeordnete Stefan Köster spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Herr Köster, Sie wissen, wie unser Bundesland heißt. Ich fordere Sie auf, das auch zukünftig so zu benennen.

(Der Abgeordnete Stefan Köster spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. –
Tino Müller, NPD: Die Einwohner von Pommern heißen nun mal Pommern. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie haben das nicht zu kommentieren, was ich hier sage. Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf und Sie sprechen jetzt bitte weiter.

Stefan Köster, NPD: Die Leiharbeit, wie wir sie heute kennen, ist genauso ein Produkt der Sozialdemokraten wie Hartz IV und ich finde es gut, dass die Ministerin Schwesig heute äußerte, dass die SPD für die genannten Missstände die Hauptschuld trägt.

Es ist allerdings vollkommen gleichgültig, ob die Bundesregierung einen rot-schwarzen, einen rot-grünen, schwarz-gelben, schwarz-roten Anstrich erhält, diese Parteien fühlen sich ohnehin nicht dem Wohl des deutschen Arbeitnehmers, sondern der Wirtschaft verpflichtet. Der Einsatz von Leiharbeit zur Überbrückung von kurzfristig aufgetretenen Personalengpässen und der Bewältigung von Auftragsspitzen ist noch vertretbar. Doch Leiharbeit und andere Formen der zeitlich befristeten Beschäftigung verdrängen immer mehr normale Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten.

Vor allem hier in Mecklenburg-Vorpommern entfalten die zeitlich befristeten und meist schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnisse ihre ganze Wirkung. Weit verbreitete Armut trotz Vollzeitarbeit ist mittlerweile leider die Regel.

Für uns von der NPD-Fraktion verkörpert die Leiharbeit immer mehr den modernen Sklavenhandel in der Bundesrepublik Deutschland.

Durch die von der SPD mit zu verantwortende Deregulierung der Leiharbeit stieg die Anzahl der Beschäftigten in Leiharbeit bundesweit von 170.000 im Jahre 1996 auf mehr als 900.000 im Juni 2012. Und der Zeitraum der maximalen Überlassungsdauer wurde von einstmal 6 Monaten in drei Schritten auf 24 Monate ausgeweitet und schließlich von Rot-Grün unbefristet im Gesetz verankert.

Auch oder gerade in Mecklenburg-Vorpommern spüren wir die fatalen Folgen der SPD-Arbeitsmarktpolitik. Im Juni 2012 zum Beispiel gab es in Mecklenburg-Vorpommern mehr als 90.000 geringfügig und mehr als 130.000 befristet Beschäftigte. Auch wenn sich hierunter Ausbildungsverträge befinden sollten, die Situation ist trotzdem schlimm genug.

(Torsten Renz, CDU: 34.000.)

Da bleiben immer noch rund 100.000, Herr Renz.

(Torsten Renz, CDU: Habe ich nicht bestritten.)

Zur gängigen Praxis gehört es unter anderem auch, Stammbesellschaften mit gut qualifizierten Arbeitnehmern auszudünnen, um diese dann wiederum zu deutlich schlechteren Konditionen wieder zu beschäftigen. So sieht die Situation in unserem Land aus.

Und aus den genannten Gründen war es die NPD-Fraktion, die bereits im Frühjahr 2011 durch einen Antrag hier im Landtag den modernen Sklavenhandel endlich stoppen wollte. Es war aber leider nur die NPD-Fraktion, die Handlungsbedarf erkannte. Alle anderen Fraktionen fanden zumindest zum damaligen Zeitpunkt nichts Verwerfliches am bestehenden Modell der praktizierten Leiharbeit.

Wir von der NPD-Fraktion fordern nach wie vor, dass Leiharbeiter spätestens nach sechs Monaten in eine Festanstellung zu übernehmen sind. Wichtig ist aber auch, endlich die finanzielle Ausbeutung der Leiharbeiter zu beenden. Das Prinzip „gleicher Lohn bei gleicher Qualifizierung“ muss endlich für alle Arbeitnehmer und ohne Ausnahmen durchgesetzt werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Auch für Ausländer?)

Dies gilt auch für gesonderte Flächen- und Haustarifverträge,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Auch für ausländische Arbeitnehmer, Herr Köster?)

die vom Prinzip

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Auch für ausländische Arbeitnehmer?)

„gleicher Lohn bei gleicher Qualifikation und Ausbildung“ abweichen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sagen Sie doch mal was dazu!)

Es besteht schon lange Handlungsbedarf. Wir stimmen dem Antrag der LINKEN zu.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Foerster von der Fraktion DIE LINKE.

(Stefan Köster, NPD: Arbeitsplätze zuerst für Deutsche, Herr Nieszery. Das ist ein normales, ganz natürliches Prinzip. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Danke, das ist die rassistische Äußerung, auf die ich lange gewartet habe. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst feststellen, dass es gut ist,

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Stefan Köster, NPD)

dass die Arbeitsministerin hier angekündigt hat, dass es eine entsprechende Bundesratsinitiative gibt. Ich darf meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass dann auch die Koalition, die dieses Land regiert, im Interesse der von Leiharbeit und den Auswirkungen der von Leiharbeit betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieser Initiative zustimmt.

(Marc Reinhardt, CDU: Auf keinen Fall.)

Denn eine stärkere Regulierung und damit perspektivisch ein Zurückdrängen des Instruments der Leiharbeit auf seine ursprüngliche Funktion, nämlich auf die Abdeckung saisonaler Spitzen in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, ist dringend geboten, um Lohndumping, unsichere Arbeitsplätze und schlechtere Arbeitsbedingungen für die betroffenen Beschäftigten endlich wirksam zu bekämpfen.

Und, Herr Renz, wir haben uns viel ausgetauscht über unterschiedliche Zahlenwerke. Ich rede als ehemaliger Arbeitnehmervertreter auch ganz gerne darüber, was Leiharbeit für diejenigen, die in solchen Beschäftigungsverhältnissen unterwegs sind, tatsächlich bedeutet. Und dann erlauben Sie mir hier aus einem Buch von Gerhard Schröder – und es handelt sich nicht um den Altkanzler a. D. – zu zitieren, das heißt: „Fleißig, billig, schutzlos: Leiharbeiter in Deutschland“. Da gibt ein Leiharbeiter Folgendes zu Protokoll – ich leihe Ihnen das Buch übrigens gern mal aus –:

(Torsten Renz, CDU: Ich kenne das.)

„Ich habe ein Jahr bei mehreren Leiharbeitsfirmen gearbeitet. Das war die bislang schlimmste Zeit in meinem Leben. Ich habe das nicht für möglich gehalten, wie ich da behandelt worden bin. Zwei Wochen war ich in einer Kosmetikfirma, die haben mir einfach keinen Lohn gezahlt. Vielleicht haben die gedacht, der ist Ausländer, mit dem können wir das machen. Da habe ich da aufgehört und habe aus Wut die Sicherheitsschuhe mitgehen lassen. Anschließend bekam ich einen Brief von der Firma: ‚Sie schulden uns noch 11,30 Euro.‘ Ich habe in der Zeit noch bei meinen Eltern gewohnt. Eine eigene Wohnung hätte ich mir gar nicht leisten können bei dem Lohn. Ich habe kein einziges Mal mehr als 6 Euro pro Stunde be-

kommen. Und oft haben die bei den Stunden noch geschummelt, haben weniger abgerechnet, als ich gearbeitet hatte. Einmal wurde ich mit drei Leuten morgens zu einer Mülldeponie bestellt. Wir sollten um 5 Uhr in der Früh da sein. Wir machten uns also um 4 Uhr morgens auf den Weg. Als wir ankamen, sagte der Vorarbeiter: ‚Ich brauche nur einen von euch, die anderen können wieder nach Hause gehen.‘ Und Geld haben wir dann natürlich auch nicht bekommen. So kann man doch mit Menschen nicht umgehen. Und ich bin einiges gewöhnt. Ich habe in Hotels Betten gemacht und in Restaurants gekellnert, halt die Jobs, die so anfielen. Das war nicht so toll. Aber die miesesten Jobs hatte ich generell als Leiharbeiter. Da darfst du dann nicht mal krank werden. Im Lager ist mir einmal ein 30-Kilo-Paket auf die Hüfte gefallen. Das hat höllisch wehgetan, alles war rot und geschwollen, ich konnte kaum noch gehen. Der Arzt hat mich für zwei Wochen krankgeschrieben, da hat mich die Zeitarbeitsfirma gekündigt. Ich sage Ihnen, die behandeln einen nicht mehr als Mensch, die behandeln einen wie eine Maschine.“

(Marc Reinhardt, CDU:
Das ist keine Lesestunde hier. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

„Wenn man nicht funktioniert, wenn man kaputt ist, dann ist sie wertlos, dann schmeißt man sie weg.“ So weit ein Bericht von jemandem, der über Jahre in solchen Beschäftigungsverhältnissen unterwegs war.

Und, Herr Kollege Renz, es ist übrigens unter den Arbeitnehmervertretern in allen demokratischen Parteien weitgehender Konsens, dass es eine stärkere Regulierung von Leiharbeit geben muss.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Da haben Sie recht.)

Und ich empfehle Ihnen daher, auch mal in die Papiere Ihres eigenen Arbeitnehmerflügels, nämlich der CDA zu schauen. Dort finden sich zwar auch anerkennende Worte zur arbeitsmarktpolitischen Bilanz Ihrer Kanzlerin, allerdings zeigen Ihre Kolleginnen und Kollegen anders als Sie ein deutliches Problembewusstsein für die Schattenseiten der Flexibilisierung am Arbeitsmarkt. Das kann auch nicht verwundern, weil sie genauso wie ich als Betriebs- und Personalrat oder als Gewerkschafterin oder Gewerkschafter in ihrem Arbeitsalltag mit den Auswirkungen unmittelbar konfrontiert waren.

Ich habe mal in den aktuellen Leitantrag an die 35. bundesweite Tagung der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft geguckt, für den Mai 2013. Dort heißt es unter anderem: „Wir wollen den missbräuchlichen Einsatz von Leiharbeit bekämpfen. Auf unsere Initiative hin bekennt sich die CDU ... zum Grundsatz ‚Gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen Ort‘ in der Leiharbeit. Wir begrüßen, dass in der Branche nun ein Mindestlohn gilt. Aber immer noch verdienen Leihbeschäftigte oft viel weniger als Stammkräfte, die die gleiche Arbeit tun. Die Branchenzuschläge, die insbesondere IG Metall und IG BCE mit den Arbeitgeberverbänden der Leiharbeit vereinbart haben, sind erste Schritte zur echten Entgeltgleichheit. Wir erwarten, dass dieser Weg zu Ende gegangen wird: Letztlich muss ... Entgeltgleichheit gelten – flächendeckend und branchenübergreifend. Erreichen die Tarifpartner keine Einigung, muss der Gesetzgeber handeln.“ Zitatende.

So weit aus dem Leitantrag Ihrer Kolleginnen und Kollegen. Die haben also das gleiche Empfinden wie wir und sie fordern in letzter Konsequenz genauso gesetzgeberische Aktivitäten. Vielleicht fragen Sie ja künftig mal bei der CDA nach, bevor Sie jeden unserer Anträge in der bekannten Art abkanzeln.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Meine Fraktion ist ganz klar der Auffassung, dass eine echte Durchsetzung der Gleichbehandlung von Stammbelegschaft und Leiharbeitnehmern bei der Entlohnung und der Frage der Arbeitsbedingungen nur dann möglich ist, wenn die tarifliche Öffnungsklausel aus dem Gesetz gestrichen wird.

Ich will es noch mal deutlich sagen: Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sind wesentlich häufiger von Niedriglöhnen betroffen. Im Jahr 2010 erhielten bundesweit sieben von zehn einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle von damals 10,36 pro Stunde. Und der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst lag in der Leiharbeit bei nur 55 Prozent des entsprechenden Verdienstes in der Gesamtwirtschaft – das ist hier ja in verschiedenen Redebeiträgen auch schon mal angeklungen –, und das, obwohl die Beschäftigten höchsten Flexibilitätsanforderungen gerecht werden und mit unsicheren Perspektiven umgehen müssen. Sie sind nämlich in aller Regel die Ersten, die in Krisenzeiten ihren Arbeitsplatz auch wieder verlieren. Sie arbeiten unter schlechteren Bedingungen und sie haben oft ein höheres Unfallrisiko, zusammengefasst: Sie sind de facto oft Beschäftigte zweiter Klasse, und das ist nicht länger hinzunehmen.

Die Tarifparteien haben zwar, das ist richtig, in einzelnen Branchen begonnen, tarifliche Regelungen für Leiharbeitskräfte auszuhandeln, aber dies entbindet uns als Politik ja nicht von der Verantwortung, weiter darauf hinzuarbeiten und auch auf gesetzlichem Wege das Prinzip „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ durchzusetzen

(Marc Reinhardt, CDU: Gleiche Leistung.)

beziehungsweise den Rahmen dafür zu schaffen, dass dies möglich wird. Tariflich fixierte Branchenzuschläge sind als temporäre Lösungen in Ordnung, sie erfassen jedoch nicht alle Leiharbeitskräfte, da ihre Durchsetzung entscheidend von der Organisationsmacht der Gewerkschaften in der jeweiligen Branche abhängt. Und folgerichtig finden Sie solche Regelungen zum Beispiel im gut organisierten Bereich der Metall- und Elektroindustrie, aber in anderen Branchen, insbesondere im Dienstleistungsbereich, eben nicht und auch nicht in den Unternehmen, die keinem Branchenverband angehören.

Zudem ersetzen sie keine Equal-Pay-Regelung, sie sehen lediglich eine Annäherung der Entlohnung an die der Stammbeschäftigten vor, aber keine volle Gleichstellung. Und wir meinen, das Prinzip „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ muss ab dem ersten Einsatztag gelten, damit würde auch der Anreiz für Unternehmen, Leiharbeitskräfte zur Kosteneinsparung einzusetzen, entfallen.

Gleichbehandlung ist aber nicht nur hinsichtlich des Entgeltes, sondern auch bei der Arbeitszeit, den Urlaubsansprüchen, dem Arbeitsschutz oder den konkreten Arbeitsbedingungen wichtig. Es muss daher gesetzlich klargestellt werden, dass Leiharbeitskräfte in allen relevanten Bereichen gleichzubehandeln sind.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist völlig richtig.)

Ich hatte es im Rahmen der Einbringung bereits erklärt und will es hier noch einmal tun: Dass Leiharbeit überhaupt so interessant geworden ist, hat vor allem mit der Ausweitung der Verleihdauer und schließlich der totalen Streichung der Einsatzbegrenzung zu tun. Aus meiner Sicht sollte es jede und jeden von Ihnen bedenklich stimmen, dass die Hälfte des Beschäftigungswachstums im Jahr nach der Krise – Herr Renz hat darauf hingewiesen – laut Angaben der Bundesagentur für Arbeit auf den Bereich der Leiharbeit und damit schlussendlich auf den Niedriglohnbereich entfielen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Ein Skandal ist das.)

Folgerichtig muss die Überlassungsdauer auch wieder begrenzt werden. Dabei ist von höchster Bedeutung, dass der Begriff „vorübergehend“ gesetzlich definiert wird. Dies gibt allen Parteien Rechtssicherheit, verhindert unnötige Klagen vor den Arbeitsgerichten und verhindert eine weitergehende Verdrängung von Stammbeschäftigung durch Leiharbeit.

In einem letzten Punkt will ich noch kurz auf den so oft zitierten Klebeffekt zu sprechen kommen. Und noch mal: Die wenigsten Leiharbeitskräfte schaffen den Übergang ins Stammarbeitsverhältnis, ganze sieben Prozent. Und daher fordern die Gewerkschaften seit Längerem, dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, die ihre fachliche und persönliche Eignung bereits durch den wochen- oder gar monatelangen Einsatz im Entleihunternehmen nachgewiesen haben, bei gleicher Eignung Vorrang vor anderen Bewerbern haben.

Zu guter Letzt noch einmal der Blick auf die Lage in Mecklenburg-Vorpommern: Der DGB hat mal eine Sonderauswertung gemacht Ende 2011 und die hat erschreckende Details gezeigt. Von den im Land beschäftigten Leiharbeiterinnen und Leihararbeitern konnte nämlich trotz Vollzeitarbeit der größte Teil von seinem Gehalt nicht leben und in der Konsequenz mussten sie dann einem Zweit- oder gar Drittjob nachgehen oder eben staatliche Transferleistungen beziehen.

Das heißt, zusammengefasst gilt auch bei uns im Land, dass es in keiner Branche ein derartig hohes Armutsrisiko trotz Arbeit gibt. Von daher ist Politik, von daher sind auch wir hier im Landtag in der Verantwortung. Es ist ja richtig, da es sich um gesetzgeberische Maßnahmen auf der Bundesebene handelt, können wir hier nur begrenzt aktiv werden, ich denke aber, die geschilderten Zustände sind es wert und machen es unbedingt erforderlich, dass alle diesbezüglichen Möglichkeiten genutzt werden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Ums Wort gebeten hat noch mal der Abgeordnete Herr Renz von der CDU-Fraktion.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jetzt muss er erst mal die Ehre des CDA retten.)

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich für mich stelle jetzt noch mal fest, Herr Foerster, dass Sie hier den Beweis schuldig geblieben sind, dass Stammarbeitsplätze ersetzt werden aufgrund des niedrigen Lohnniveaus durch Leiharbeiter.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber Frau Gerkan hat doch Beispiele genannt. –
Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Auch in diesem Redebeitrag sind Sie darauf nicht eingegangen und das ist das Wesen Ihres Antrages im Punkt 1 gewesen. Das möchte ich an dieser Stelle nur noch mal festhalten.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Warum bin ich noch mal nach vorne gegangen? Weil ich unbedingt auch den Arbeitgebern in diesem Lande mal ein paar Worte von dieser Stelle aus sagen möchte.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Weil es wird ja hier suggeriert, in diesem Fall ein trauriges Einzelschicksal, was Sie dort beschrieben haben,

(Regine Lück, DIE LINKE:
Das ist kein Einzelschicksal.)

auch wenn diese Schicksale vielleicht noch häufiger sind, dann kann ich nur sagen, so was müssen wir bekämpfen, dagegen müssen wir angehen.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Da gibt es ja Hunderttausende
traurige Einzelschicksale, Herr Renz. –
Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Unternehmen wie Amazon, die dann so agieren, das ist zu verurteilen, dagegen müssen wir im rechtlichen Rahmen vorgehen und das lehnen wir ab.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Haben wir aber nicht.)

Aber es drängt sich der Eindruck hier für mich auf, dass Sie suggerieren, als wenn wir jetzt am Arbeitsmarkt die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber haben und die Arbeitgeber sind alle böse.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das hat doch keiner gesagt.)

Und deswegen will ich an dieser Stelle,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Hat niemand behauptet.)

deswegen will ich an dieser Stelle das noch mal deutlich sagen, dass wir als CDU diesen Zusammenhang sehen, ich habe es auch schon mehrmals gesagt, der wirtschaftliche Erfolg muss da sein und da gehören auch Arbeitgeber zu. Und da frage ich mich schon manchmal, ob Sie überhaupt sich in die Situation auch dieser Arbeitgeber hineinversetzen wollen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Besuchen
wir vielleicht auch die Unternehmen?)

Ich habe jetzt gerade in den letzten Tagen einen Artikel hier aus dem „Nordkurier“ gelesen, das ist ein Dachdeckermeister in Teterow, der hat eine Belegschaft, eine Stammebelegschaft von 17 Leuten. Eine Stammebelegschaft von 17 Leuten.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das ist bestimmt auch ein Einzelschicksal.)

Da kann ich mir nur vorstellen, bei der Wetterlage, die wir hatten in den Monaten von Januar bis März/April, dass der schlaflose Nächte hat. Wo bekomme ich Aufträge aufgrund der Wetterlage, wo bekomme ich Aufträge her? Kann ich die Leute weiter beschäftigen? Die soziale Verantwortung, die er auch hat,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Dafür gibt es aber das Kurzarbeitergeld, das eingeführt worden ist.)

an diesen 17,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das ist ein trauriges Einzelschicksal.)

an diesen 17 Arbeitnehmern hängen Familien dran. Und jetzt ist die Auftragslage wieder sehr gut,

(Regine Lück, DIE LINKE: Sehr gut, Simone, sehr gut.)

der Frühling ist da und es kann wieder in diesem Bereich gearbeitet werden. Und das ist ein Arbeitgeber, der dann hier ausführt, dass er sofort acht Leute einstellen könnte. Er macht es nicht. Das ist eine spannende, interessante Frage: Warum eigentlich nicht?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Es gibt doch genügend Leiharbeiter.)

So, wie Sie es immer darstellen, diese lukrativen ausbeuterischen Elemente, die er zur Verfügung hat, warum nutzt er die eigentlich nicht? Nein, in Verantwortung auch zu seiner Stammebelegschaft machen die Leute jetzt im Einvernehmen Überstunden, so wird er zitiert, es wird Samstag gearbeitet,

(Die Abgeordnete Barbara Borchardt bittet um das Wort für eine Anfrage.)

weil man sicherlich über Jahreszeitarbeitskonten hier der Stammebelegschaft dann auch die Arbeit erhält.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter!

Torsten Renz, CDU: Insofern möchte ich an dieser Stelle ...

Danke schön, nein.

Insofern möchte ich an dieser Stelle einfach nur sagen, es ist eben nicht alles nur schwarz-weiß am Arbeitsmarkt, es gibt diese Dinge, die ich auch hier für die CDU verurteile, aber Sie müssen, dazu fordere ich Sie auf, auch die Sicht der Arbeitgeber, die auch ihren Beitrag leisten für einen wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Renz, dann gucken Sie sich mal die Instrumente für den Arbeitsmarkt an!)

hier nicht wegdiskutieren. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Renz.

Ich schließe die Aussprache.

Und wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/1745.

(allgemeine Unruhe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie die Aussprache fortsetzen wollen, dann müssen Sie Redner benennen,

(Heinz Müller, SPD: Oder auf den Flur gehen.)

aber ansonsten, würde ich vorschlagen, stimmen wir jetzt ab.

Also, wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/1745 bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Unabhängige, produktneutrale Arzneimittelberatung aufbauen, auf Drucksache 6/1747.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Unabhängige, produktneutrale
Arzneimittelberatung aufbauen
– Drucksache 6/1747 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Koplin für die Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist eben gesagt worden, die Fraktion DIE LINKE unterbreitet Ihnen den Vorschlag, eine unabhängige, produktneutrale Arzneimittelberatung aufzubauen.

Wir, davon gehe ich mal aus, haben alle mehr oder weniger unsere Erfahrungen mit Medikamenten. Sie können durchaus ein Segen sein – lebenserhaltend, lebensqualitätsverbessernd, gesund machend –, sie können ein Fluch sein, wenn ich allein, möchte ich in Erinnerung rufen, den doch sehr bekannten Spruch von Paracelsus nehme: Die Dosis macht, dass ein Ding Gift sein kann.

Und ich möchte daran erinnern, Herr Barlen wird sich sicherlich ebenfalls gut daran erinnern können, die Initiative ging ja im Januar von den Koalitionären aus, wir haben uns im Januar mit Übermedikation beschäftigt und alle demokratischen Parteien hatten darauf hingewiesen, dass wir hier ein Problem haben. Wir haben uns über das Phänomen verständigt, wir haben über ein Modellprojekt und entsprechende Maßnahmen gesprochen, aber nicht so sehr von den Ursachen.

Neuerliche Untersuchungen belegen, dass etwa 11 Prozent der Bevölkerung mehr als 5 Medikamente gleichzeitig einnehmen, 55 Prozent der Bevölkerung mehr als 3 Medikamente gleichzeitig. Und es stellt sich dann natürlich die Frage: Sind die Menschen hierzulande so krank oder machen die Verhältnisse krank? Wir alle, denke ich mal, kennen Beispiele dafür, dass Menschen in Arbeit sich krank schuften und Menschen ohne Arbeit krank daran werden, dass sie ausgegrenzt sind. Und manche bekommen aufgrund von Stress und Überlastung Medikamente verschrieben, Psychopharmaka, die man nur eine gewisse Zeit einnehmen darf, und dennoch ist nach Ablauf einer solchen Frist nicht Schluss mit Überstundenüberlastung.

Wenn man sich die Ursachen für Übermedikation anschaut, können sie durchaus medizinisch angezeigt sein, es hat aber auch unter Umständen etwas mit fehlender Vernetzung und Kommunikation zwischen den Akteuren im Gesundheitswesen zu tun und es hat durchaus ökonomische Ursachen.

Worin sehen wir diese ökonomischen Ursachen? Ganz allgemein gesprochen: weil die Arzneimittelversorgung nach Marktmechanismen, besser gesagt nach Kapitalverwertungsprinzipien funktioniert. Ausdruck dessen sind unter anderem Umsatzrendite, Erwartungen gegenüber den Pharmaunternehmen. Ich möchte darauf verweisen, dass im Jahre 2009 der Pharmakonzern Bayer eine Umsatzrendite von 27 Prozent hatte, der Pharmariese Merck von 19 Prozent und heute ist in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ zu lesen, dass Bayer, die heute auch ihre Aktionärsversammlung haben, darauf verweisen, dass sie allein im ersten Quartal 2013 1,2 Milliarden Euro mehr Umsatz gemacht haben als noch im Vorjahresquartal Januar bis März.

Börsen bestimmen die Regeln, auch ein Indiz dafür, dass hier Marktmechanismen wirken. Die DAX-Kurse sind seit Mitte der 90er-Jahre im Allgemeinen für die DAX-notierten Unternehmen um das Dreifache gestiegen, die Werte der Pharmaaktien hingegen um das Siebenfache. Und schaut man sich das Verhältnis bei den großen Pharmaunternehmen an, zwischen dem, was aufgewandt wird für Marketing, und dem, was für Forschung und Entwicklung aufgewandt wird, gibt es ein klares Missverhältnis. Etwa 35 bis 40 Prozent werden aufgewandt für Marketingmaßnahmen und 10 bis 15 Prozent für die Forschung. Das belegt eine Studie der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs aus dem Jahre 2007, die sich damit beschäftigt haben.

Insofern ist Ausdruck dessen auch die Tatsache, dass etwa 20.000 Pharmareferentinnen und Pharmareferenten unterwegs sind, ein Budget von 2,5 Milliarden Euro haben. Das macht je Arztpraxis durchschnittlich etwa 8.000 Euro für die Vermarktung von Arzneimitteln. Wen wundert da die Einschätzung von Wolf-Dieter Ludwig, dem Vorsitzenden der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft, der darauf verweist, dass unabhängige Informationen für die Ärztinnen und Ärzte nicht einfach zu beschaffen sind. Ärzte werden mit Beraterverträgen geködert, sagt er, und die Vortragshonorare, die sie bekommen, sind üppig. Praxen werden mit geschönten Broschüren geflutet und negative Studienergebnisse werden zuweilen heruntergespielt und positive Studienergebnisse überhöht. Alles das sind Befunde von Wolf-Dieter Ludwig.

Es ist nicht so, dass es keine unabhängige Arzneimittelberatung geben würde. Ärzte können sich durchaus

selbstständig durch Hunderte Seiten umfassende und oftmals in Englisch abgefasste Studien lesen. Es gibt eine unabhängige Arzneimittelberatung seitens der AOK NordWest, es gibt das Arzneimitteltelegramm, den ARZNEIMITTELBRIEF, und es gibt das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen, das seit 1. Januar 2011 die Arzneimittel, die neu auf den Markt kommen, auf ihren Zusatznutzen hin einschätzt, und diese Einschätzung hat dann Auswirkungen auf die Preisgestaltung.

Von Bedeutung ist jedoch, und das ist uns wichtig, auch zu betonen, der Bestandsmarkt. Uns ist wichtig, dass es eine unabhängige, produktneutrale Arzneimittelberatung gibt, die dann auch allgemein üblich ist. Und wir sehen, das können Sie unserem Antrag entnehmen, hier zwei Handlungsebenen. Die eine Handlungsebene, Bundesebene, da zielen wir darauf ab, dass der Gemeinsame Bundesausschuss, der ja festlegt, welche Leistungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung bezahlt werden, und das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen in die Lage versetzt werden, den Informationspflichten nachzukommen und diese auf Arzneimittel des Bestandsmarktes auszudehnen.

In diesem Zusammenhang sprechen wir uns ausdrücklich und weiterhin für eine Positivistliste für therapeutisch sinnvolle Medikamente aus. Wir wollen, dass das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen nicht allein den Zusatznutzen analysiert, der, wie gesagt, zur Bestimmung eines angemessenen Medikamentenpreises genutzt wird, sondern dass die Ergebnisse der Bewertung auch für die Ärzteschaft aufbereitet und allgemein üblich zur Verfügung gestellt werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Und wer soll das machen?)

Die zweite Ebene, die wir in den Fokus nehmen, ist die Landesebene. Und hier zielen wir auf die Verbesserung der Qualität der Versorgung ab, aber auch darauf, dass es gelingen könnte, die überdurchschnittlichen Arzneimittelkosten, die wir immer wieder hier im Land zu beklagen haben, zu senken. Dabei greifen wir, Herr Dr. Nieszery, auf ein Vergleichsprojekt der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns zurück, das kann man ganz sicherlich nicht eins zu eins übertragen, aber die Ideen, die da drinstecken, zu adaptieren, empfehlen wir schon.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Existiert dieses Programm noch?)

Die Kassenärztliche Vereinigung in Bayern hat seit 2002 Erfahrungen gesammelt auf diesem Gebiet und mehr als 10.000 Fach- und Hausärzte haben sich diesem Arzneimittelprogramm angeschlossen. Die Kernpunkte des Programms sind a) die umfassende Information zu aktuellen pharmakologischen und pharmazeutischen Themen, b) die zeitnahe Aufstellung der arztindividuellen Verordnungskosten und Verordnungsdaten und detaillierte Beratung durch speziell geschulte Beratungsärzte und Apothekerinnen und Apotheker bei gleichzeitigem Regressschutz.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir würden mit dem, was wir hier vorschlagen, das Rad nicht neu erfinden, sondern gute Erfahrungen nutzbar machen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Wir sehen hierin eine Chance, dass die Medikamentenstudien nicht durch jeden einzelnen Arzt, Ärztin selbst durchgeackert werden müssten. Somit hätten Ärztinnen und Ärzte mehr Zeit für die Arbeit mit den Patientinnen und Patienten und auch für die wichtige präventive Arbeit und letztlich würde unsere Initiative, so sie hier die Zustimmung findet, denken wir, einen Beitrag dafür leisten, um die Ausgaben für Arzneimittel zu senken. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Koplin.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Die Aussprache ist damit eröffnet.

Ums Wort gebeten hat die Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sollen gut von ihren Ärztinnen und Ärzten beraten und mit innovativen und zugleich sicheren Arzneimitteln versorgt werden. Auf der anderen Seite müssen sicherlich die damit einhergehenden Kosten für das Gesundheitssystem tragbar bleiben. Und deshalb ist es besonders wichtig, dass Akteure der Gesundheitsversorgung umfassend und kompetent in diesem Sektor beraten.

Lassen Sie mich Ihnen aber zunächst das System der Arzneimittelberatung in unserem Land erläutern. Hier in Mecklenburg-Vorpommern bietet die Kassenärztliche Vereinigung jedem der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte eine Beratung zur Arzneimittelverordnung nach dem jeweils aktuellen Stand der Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses an. Sie beinhaltet sowohl die mengenmäßigen als auch die qualitativen Aspekte, die gemeinsam mit dem Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in Berlin und den Krankenkassen ausgearbeitet wurden.

Die Beratung geschieht zum einen telefonisch mit entsprechend qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kassenärztlichen Vereinigung, zum anderen auch online über die Internetseiten der Kassenärztlichen Vereinigung. Hier findet sich beispielsweise ein Link zu den Internetseiten der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, welche unter der Rubrik „Wirkstoff AKTUELL“ für das Verordnungsverhalten der Ärzte relevante Informationen auf dem neuesten Stand und übersichtlich strukturiert zusammenfasst. Dieses Onlineangebot bietet zur individuellen Beratung der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte eine optimale Ergänzung. Es kann beispielsweise von Öffnungs- und Sprechzeiten weitestgehend unabhängig genutzt werden.

Das soeben geschilderte umfangreiche Beratungsangebot der Kassenärztlichen Vereinigung in unserem Land ist unter den hier praktizierenden Medizinerinnen und Medizinern bekannt und wird von diesen rege in Anspruch genommen. Zusätzlich haben die Landesverbände der Krankenkassen und der Ersatzkassen mit der Kassenärztlichen Vereinigung zur Sicherstellung der

vertragsärztlichen Versorgung mit Arzneimitteln eine Vereinbarung abzuschließen, die auch Richtgrößen zum Verordnungsvolumen enthält. Für unser Land ist sie für das Jahr 2013 am 15. April unterzeichnet worden.

In der Vereinbarung ist seit dem Jahr 2012 auch geregelt, dass jeder in Mecklenburg-Vorpommern tätige Arzt quartalsweise seitens der Kassenärztlichen Vereinigung über sein Verordnungsverhalten informiert wird. Eine aus Vertretern der Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung gebildete Arbeitsgruppe tagt monatlich und greift relevante Beratungsthemen insbesondere zu Neuerscheinungen auf dem Arzneimittelmarkt sowohl für Ärztinnen und Ärzte als auch für Patientinnen und Patienten auf.

Laut Auskunft der Kassenärztlichen Vereinigung steigt entgegen dem Bundestrend im Land Mecklenburg-Vorpommern der Arzneimittelverbrauch lediglich moderat. So konnten durch entsprechende Maßnahmen mit den Krankenkassen in der Vergangenheit 20 Millionen Euro gegenüber dem vereinbarten Ausgabevolumen eingespart werden.

Aber auch von anderer Seite wird hier in Mecklenburg-Vorpommern eine unabhängige Arzneimittelberatung der Ärzteschaft auf hohem Niveau sichergestellt. Der Medizinische Dienst der Krankenversicherung führt im Auftrag der Krankenkassen Arzneimittelverordnungsdaten kassenübergreifend und arztbezogen zusammen. Mit dem Auswertungsmodul Plato kann den Medizinerinnen und Medizinern eine Auswertung ihrer Verordnungen zur Verfügung gestellt werden. Ärzte können ihre Fragen über die Arzneimittelhotline des Medizinischen Dienstes zeitnah klären oder auf Wunsch einen persönlichen Gesprächstermin vereinbaren. Auch Patient/-innen können sich bei Bedarf an diese Hotline wenden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, lassen Sie mich an dieser Stelle betonen, dass die unabhängige Arzneimittelberatung ganz und gar nicht allein unter Kosten- oder gar Rationalisierungsgesichtspunkten betrachtet wird. Der Fokus liegt auf einem wirksamen Schutz der Patientinnen und Patienten. Ein Beispiel: 2012 wurde bekannt, dass ein neues, von der Pharmaindustrie stark beworbenes Blutdruckmittel in Kombination mit anderen Blutdruckmitteln ungünstige Wirkungen bei Diabetikern und Patienten mit Nierenerkrankungen entfaltet. Mediziner, die dieses Medikament verordneten, wurden gezielt angeschrieben und über diese neuen und wichtigen Erkenntnisse informiert.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, mit dem Tisch Arzneimittelversorgung seit 2011 ist eine Diskussionsplattform der verschiedensten Akteure im Gesundheitssystem entstanden, um deren Erfahrungen zu bündeln und eine strukturierte Kommunikation weiterzuentwickeln. Und dieses Thema ist ja bereits durch die Regierungsfaktionen vor Kurzem im Landtag auf die Tagesordnung gebracht worden mit einem gemeinsamen Antrag und ich hatte Gelegenheit, im Rahmen dieser Debatte sehr ausführlich über die Initiativen zu berichten.

Deshalb möchte ich nur ein Beispiel nennen: Auf Initiative dieses Runden Tisches wurde die Untersuchung des Lehrstuhls für Allgemeinmedizin an der Universität Rostock von Herrn Professor Altiner und Herrn Dr. Stahlhacke von der Apothekerkammer Mecklenburg-Vor-

pommern zur Verminderung der Polypharmazie, also von Doppel- und Mehrfachverordnungen bei multimorbiden Patienten mit chronischen Erkrankungen, durch mein Haus gefördert.

Und an dieser Stelle, möchte ich sagen, müssen wir vorsichtig sein. Sehr geehrter Herr Koplin, ich teile Ihre kritischen Anmerkungen und Erklärungen zum Einfluss der Pharmaindustrie. Da sind viele Dinge sehr, sehr bedenklich. Aber eine Untersuchung zur Zufriedenheit der Allgemeinmediziner in unserem Land hat auch gezeigt, dass gerade Reglementierungen im Bereich der Arzneimittelverordnung sehr, sehr schlecht bei den Ärzten ankommen, übrigens ausgerechnet bei den Ärzten, die zum Glück noch ihre Praxis im ländlichen Raum haben, die da sind für ihre Patienten, wirklich Tag und Nacht, und sich nicht scheuen, viele Kilometer übers Land zu fahren, um einen Hausarztbesuch zu machen. Ausgerechnet die, die wirklich den Landarzt, die Landärztin präsentieren und oft mit ihrer Praxis allein dastehen, die sagen, Leute, es kann nicht sein, dass wir so viele Reglementierungen haben. Deswegen ist es Aufgabe der Selbstverwaltung und auch der Politik, darauf zu achten, dass Reglementierungen zum einen natürlich dem Schutz der Patientinnen und Patienten dienen und verhindern, dass Profitinteressen mehr und mehr durchs Gesundheitssystem wandern, aber auf der anderen Seite auch dazu führen, dass gerade die Ärzte, die leidenschaftlich ihren Job für die Menschen in unserem Land machen, nicht zu stark reglementiert werden.

Und in diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass wir bei Ihrem Antrag natürlich auch nicht den Vorrang der Selbstverwaltung außer Acht lassen dürfen. An der Stelle überrascht mich immer wieder, dass Sie Anträge einbringen, dass wir uns sehr stark in die Selbstverwaltung einmischen sollen – wir tun das ja, ich habe eben berichtet, mit vielen Initiativen –, wo Sie doch vor einigen Monaten bei der Frage, wie stark mischen wir uns in Leistungsverhandlungen für die häusliche Krankenpflege ein, um gute Arbeit für die Pflegedienste abzusichern, eine sehr kritische Haltung hatten

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das hat doch nun aber so
einen langen Bart.)

und teilweise in ziemlich unterirdischer Art und Weise hier Politik der SPD und der CDU verschrien wurde, weil wir sagen, wir schauen nicht einfach zu, was im Gesundheitssystem los ist, sondern wir mischen uns ein. Und an der Stelle glaube ich, dass es Herrn Koplin ein Anliegen ist, aber ich frage mich schon, wo da die Linie bleibt, wo da die Glaubwürdigkeit Ihrer Fraktion bleibt. Da helfen auch immer wieder Betroffenheitserklärungen, wie wir sie gestern peinlich erleben durften von Herrn Ritter, nicht. Man muss sich schon entscheiden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das war nicht peinlich.)

Möchte man, dass man sich einmischt in die Selbstverwaltung, dann aber bitte stringent und nicht nur dann, wenn es Ihnen passt.

Aber unabhängig von Ihrer Meinung handelt die Landesregierung sowieso mit Unterstützung von SPD und CDU. Wir mischen uns nämlich ein. Wie ich es eben berichtet habe, gibt es längst den von uns initiierten und moderier-

ten Runden Tisch und ein sehr gutes System der Selbstverwaltung.

Wie ich Ihnen auch dargelegt habe, ist in unserem Land eine unabhängige, stets auf dem neusten Stand der Erkenntnisse beruhende Arzneimittelberatung sowohl der Patientinnen und Patienten als auch der Ärzteschaft vollumfänglich gewährleistet. Und an dieser Stelle sei der Hinweis gestattet, dass das Modell in Bayern, das in Ihrem Antrag erwähnt wird, keine aktuelle Initiative ist und diese offensichtlich auch nicht sehr erfolgreich war. Ich halte nicht so viel davon, von Bayern lernen zu müssen.

Deshalb, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete der Linksfraktion, Ihr Antrag ist überflüssig. Wir hatten die Debatte hier im Landtag, wir sind bereits initiativ und insofern bedarf es einer erneuten Aufforderung nicht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schubert für die Fraktion der CDU.

Bernd Schubert, CDU: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Antrag der LINKEN stellt Forderungen auf, die nun einmal gar nicht in unsere Mecklenburger und vorpommersche Landschaft passen. Einige Dinge hatte ja schon die Ministerin genannt. Ich beziehe mich mal auf die Forderung in Richtung Bundesebene.

Die Forderung an die Bundesebene nach einer neuen Behörde, die fachlich so ausgestattet sein soll, dass sie Prüfungen zu den Inhaltsstoffen vornehmen kann, denn das wäre eine Voraussetzung dafür, dass zu Wirksamkeit und Risiken Auskunft gegeben werden kann, ist überflüssig. Es gibt bereits Arzneimittelprüfstellen, es gibt ein intensives Zulassungsverfahren in Deutschland, wir haben für spezielle Fragen toxikologische Beratungsstellen – wozu soll eine weitere Stelle geschaffen werden?

Die Arzneimittelprüfstelle sichert die gesetzlich vorgeschriebenen amtlichen Untersuchungen für die im jeweiligen Bundesland hergestellten Arzneimittel und ist Ansprechpartner für pharmazeutische Unternehmen, Apotheken, Zollorgane, Polizei, Gesundheitsämter.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt über einen kleinen, leistungsfähigen Bereich der Pharmazeutischen Industrie, für deren Überwachung das Landesverwaltungsamt zuständig ist. Die bei Inspektionen gemäß Paragraph 65 Arzneimittelgesetz gezogenen Plan- oder Verdachtsproben werden eingesandt und hinsichtlich Identität, Reinheit und Gehalt sowie sonstiger für eine sichere Anwendung wichtiger Qualitätsparameter untersucht. Dies können Tabletten verschiedenster Arzneiformen sein, Kapseln, Pulver und so weiter.

Die Analytik basiert auf den zugelassenen Prüfvorschriften der Hersteller beziehungsweise auf den Methoden des Europäischen Arzneibuchs. Ebenso wird die Kennzeichnung der Arzneimittel beurteilt. Auch bei Apothekeninspektionen gezogene Proben werden analysiert. Des Weiteren werden Abgrenzungsproben beurteilt und

für andere Behörden Gutachten erstellt. Bei diesem Leistungsspektrum sehe ich das Plus nicht, dass eine neue Behörde mir bieten soll.

Es handelt sich, wenn ich Ihren Antrag weiter betrachte, um einen locker unterstellenden Sachverhalt, weil hinter dem Antrag die Behauptung steht, dass Krankenkassen oder Apotheken nicht produktneutral oder unabhängig beraten. Unterstellungen oder mögliche Einzelfälle sind immer eine schlechte Basis für fachlich begründete Anträge. Das darf ich Ihnen allerdings auch deutlich sagen.

Die eingebrachte Beratungspflicht in Ihrem Antrag ist nur ein Minus zu Ihrer eigentlich gewollten Positivliste, die Sie, meine Damen und Herren von der LINKEN, ja nicht erst seit gestern fordern und uns einmal mehr unterjubeln möchten. Eine solche Liste ist Ihnen nicht nur politisch überall dort, wo Sie damit vorstellig wurden, um die Ohren geflogen, sondern sie lässt zugleich eine ergebnisoffene Beratung im Sinne der tatsächlichen Unabhängigkeit in der Wahl des Mittels nicht naheliegend erscheinen.

Eigentlich wollen Sie ja die Abschaffung aller Zuzahlungen. Zugleich sollen alle sinnvollen Medikamente in eine Liste aufgenommen werden, in die Positivliste. Das soll zu einer Begrenzung der Arzneimittelpreise führen, denn sinnvoll sind doch wohl Generika, nicht wahr? Diese ausschließlich in ihrem Kern an Wirtschaftlichkeit ausgerichtete Forderung überrascht aus Ihrer Richtung, steht doch sonst betontermaßen der Mensch im Mittelpunkt Ihrer Politik.

Lassen Sie mich für die CDU feststellen: Kein Patient gleicht dem anderen, jeder Mensch braucht eine andere medizinische Versorgung. Auf dem Wege wurde die personalisierte Medizin in den Fokus gerückt, bei der der Patientennutzen im Vordergrund stehen soll. Eigentlich also soll der Arzt in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Patienten doch bei ganzheitlicher Betrachtung festsetzen, was für welche Patienten ein sinnvolles Präparat ist, und dabei nicht an der ausschließlich wirtschaftlichen Leine geführt werden.

Der Mensch mit seinen speziellen Problemen und seiner besonderen Lebenssituation steht – jedenfalls, wenn man Ihre Vorstellungen umsetzt – nicht mehr im Vordergrund. Rechnerisch betrachtet kann zudem nicht festgestellt werden, dass das Verschreiben zu einer Begrenzung der Arzneimittelpreise führen wird oder dass eine Erstattung aller sinnvollen Medikamente bei Wegfall der Zuzahlung nicht eine gleichbleibende Belastung bedeuten würde.

Ein Bonussystem zur Belobigung von Ärzten, die artig die Listenmedizin verschreiben, entspricht weder der Patientenversorgung, die wir uns wünschen sollten, noch entspricht es meinem Bild von ärztlicher Unabhängigkeit und verantwortungsvollem Selbstverständnis. Überzeugender ist da der Ansatz, der hierzulande längst Raum greift. Die intensive Beratung und die zeitlich intensive Behandlung von Patienten hat im Rahmen einer Studie einer Krankenkasse mit der Unimedizin in Rostock zu einer deutlichen Abnahme der Verschreibung von Medikamenten insgesamt, also auch ganz gleich welcher geführt und zugleich bei den Patienten nicht das Gefühl verursacht, nicht ausreichend behandelt worden zu sein. Im Gegenteil, alle Beteiligten waren sehr zufrieden.

Diese Studie unter Regie des Sozialministeriums ist ein Erfolgsmodell, das Schule machen sollte, denn die Medikamentenverordnungen nahmen in Anzahl und Umfang ab und wurden vor allem besser koordiniert. Hier wird also bereits der Weg der individuellen und sozialeren Versorgung gegangen und damit eine wirtschaftliche Verordnungsweise erzielt. Für mich kommt diese Umsetzung Ihrer Idee einer Selbstverpflichtung nicht nur nahe, sondern wird bereits hier mit Erfolg gelebt. Insofern werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Eine Bemerkung noch mal: Wenn Sie so einen Antrag ausarbeiten, dann dürfen Sie auch nicht die Zahnärzte vergessen, denn auch die KZV müsste dann ja diesem Vertrag mit beitreten, auch die Zahnärzte verschreiben Medikamente. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schubert.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir Bündnisgrünen unterstützen den Antrag der LINKEN zum Aufbau einer produktneutralen Arzneimittelberatung. Ziel einer solchen Arzneimittelberatung ist es zum einen, den Ärzten eine unabhängige Übersicht über die auf dem Markt befindlichen Arzneimittel zu verschaffen, insbesondere in Bezug auf neue Präparate. Herr Koplin hat das auch schon erwähnt. Zum anderen sollen die Ausgaben für Arzneimittel gesenkt werden.

Bislang werden ja die Dossiers, auf deren Grundlage sowohl der ganz relevante Zusatznutzen des neuen Arzneimittels definiert wird als auch die Preiskalkulation erfolgt, von den Pharmakonzernen selbst erstellt. Das heißt, die Pharmaunternehmen können in Deutschland die Preise für Arzneimittel mit patentgeschützten Wirkstoffen selbst festsetzen und die gesetzlichen Krankenkassen müssen diese dann erstatten.

Wir fordern dagegen, das Preismonopol der Pharmaindustrie sollte schnellstmöglich beendet werden.

Wir brauchen eine bessere Unterscheidung zwischen tatsächlichen und nur scheinbaren Arzneimittelinnovationen.

Wir brauchen eine Zusatzaufgabe für das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen, nämlich eine Kosten-Nutzen-Abschätzung, die bisher nicht in dem Aufgabenspektrum erwähnt wird.

Wir fordern, dass die Pharmakonzerne verpflichtet werden, alle Arzneimittelstudien registrieren zu lassen und deren Resultate zu veröffentlichen.

Eine Kosten-Nutzen-Analyse ist sowohl für alle neuen als auch für alle bereits auf dem Markt befindlichen Medikamente, die von erheblicher Bedeutung bei der Patientenversorgung sind oder erhebliche Ausgaben verursachen, durchzuführen.

Als sechsten Punkt fordern wir: Auf der Grundlage der Bewertung des Zusatznutzens und einer Kosten-Nutzen-

Bewertung wird über die Aufnahme des Medikaments in eine Positivliste verordnungsfähiger Arzneimittel entschieden. Medikamente ohne Zusatznutzen können dort auch aufgenommen werden, wenn sie kostengünstiger als bisherige Alternativen sind. Das ist eine Abwägung, die wir so als notwendig betrachten.

Da nun aber, wie die LINKEN ganz richtig sagen, die Positivliste ein Ziel ist, das auf Bundesebene zwar angestrebt wird, aber noch nicht mehrheitsfähig ist, müssen wir andere Wege finden, um in dieser Frage weiterzukommen. Da sieht der Antrag der LINKEN die Übernahme des Modells eines Arzneimittelprogramms vor, das in Bayern die Kassenärztliche Vereinigung seit dem Jahr 2002 durchführt, als eine Möglichkeit, Ähnliches für Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln. In dem Modell in Bayern erfolgt die Arzneimittelberatung durch die Kassenärztliche Vereinigung, und zwar unabhängig von den Interessen der Pharmakonzerne. Die Kernpunkte des Programms in Bayern sind – Herr Koplin hat es ja schon skizziert – eine umfassende Information an alle Vertragsärzte zu aktuellen pharmakologischen und pharmazeutischen Themen, eine detaillierte Pharmakotherapieberatung durch speziell geschulte Beratungsärzte und die Apotheker der Kassenärztlichen Vereinigung in Bayern und nähere Informationen zum Arzt, Verordnungskosten und der erwähnte Regresschutz.

Nach uns vorliegenden Informationen ist allerdings der eine Effekt, den wir auch anstreben, nämlich die Kostensenkung, in Bayern noch nicht vollständig erreicht worden. Da gilt es also für Mecklenburg-Vorpommern, noch feiner zu justieren und das Modell noch besser auf unser Land anzupassen.

Natürlich gibt es, wie Ministerin Schwesig schon erwähnt hat, auch Arzneimittelberatungen in Mecklenburg-Vorpommern, zum Beispiel durch die AOK NordWest, die den niedergelassenen Ärzten das Programm pharmPRO anbietet. Dennoch denken wir, dass ein Landesprogramm, wie es von den LINKEN hier gefordert wird, für Mecklenburg-Vorpommern auch sinnvoll ist. Von daher unterstützen wir den Antrag und ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Karlowski.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Julian Barlen für die Fraktion der SPD.

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine solidarische Gesundheitspolitik für alle Menschen in unserem Land, aber auch in ganz Deutschland ist bekanntermaßen ein wesentliches Ziel der Sozialdemokratie und logischerweise auch der sozialdemokratischen Fraktionen auf Bundesebene und in den Bundesländern. Denken Sie dabei bitte auch – und der Kollege Koplin hat es eben angesprochen – an den kürzlich hier im Landtag beschlossenen Antrag zur Verringerung eben dieser Übermedikation, der auf unsere Initiative hier beraten wurde.

Zu unseren gesundheitspolitischen Zielen gehört also eine effiziente Versorgung der Menschen mit Wirkstoffen

und aber auch wirtschaftlichen Medikamenten. Und im Umkehrschluss gilt es, Patientinnen und Patienten vor überpreuerten Arzneimitteln mit eingeschränktem oder sogar fraglichem Nutzen zu bewahren.

Gleichzeitig ist nicht hinzunehmen, meine Damen und Herren, dass das mittlere Preisniveau für Medikamente in Deutschland im europäischen Vergleich nach wie vor 20 Prozent höher ist. Schon lange und auch schon lange vor dem im Bundestag von Schwarz-Gelb eingebrachten Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz, kurz AMNOG, engagieren wir uns als SPD sehr intensiv für eine Kosten-Nutzen-Bewertung der Wirkstoffe bei einer gleichzeitigen Abfederung der natürlich vorhanden finanziellen Risiken für innovative, das heißt also sehr wirksame, aber überdurchschnittlich teure Behandlungen von Krankheiten.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Gerade in der Krebstherapie.)

Genau, gerade in der Krebstherapie.

Und bei dieser frühen Nutzenbewertung und der Nutzenbewertung überhaupt ist selbstverständlich in unseren Augen auch der Bestandsmarkt einzubeziehen. Ebenso ist unseres Erachtens die Erarbeitung einer Positivliste aller in diesem Sinne verordnungsfähigen Medikamente durch den Gemeinsamen Bundesausschuss erforderlich. Soweit also mit Blick auf den vorliegenden Antrag Übereinstimmung.

Hinsichtlich der Forderung der Fraktion DIE LINKE, in Ermangelung einer, ich nenne das mal, „voll zufriedenstellenden Lösung“ auf Bundesebene im Land Mecklenburg-Vorpommern eigene Initiativen – oder weitere Initiativen ist ja korrekter – zur Qualitätssicherung und zur Kostenreduzierung bei Arzneimitteln zu ergreifen, möchte ich Folgendes anmerken: Zunächst einmal darf auf keinen Fall der Eindruck entstehen, und das möchte ich auch natürlich mit Blick auf die Besucherinnen und Besucher unserer Sitzung hier zu dieser fortgeschrittenen Stunde betonen, dass durch diese hilfsweisen Maßnahmen hier in Mecklenburg-Vorpommern eine bundesweite Regelung, die für alle Bundesländer gilt und die eben genau diese Bewertung des Nutzens sozusagen möglich macht, dass die dadurch nicht ersetzt werden kann. Also wir brauchen nach wie vor eine bundesweite Regelung, auf die wir uns in dem Sinne im Augenblick leider nicht einigen können, weil es eine andere Regierungsmehrheit gibt.

Darüber hinaus möchte ich natürlich den Ausführungen unserer Gesundheitsministerin Manuela Schwesig beipflichten. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern keine Veranlassung, gegenüber den Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung auf den Aufbau einer Arzneimittelberatung zu drängen, denn die Kassenärztliche Vereinigung bietet unter Einbeziehung der Krankenkassen bereits eine individuelle Beratung, unter anderem zur Qualität der aktuellen Medikamente und deren Wirkstoffe, an.

Und zur effizienten Verordnung von Medikamenten in Mecklenburg-Vorpommern trägt darüber hinaus die Vereinbarung zwischen Kassen und Kassenärztlicher Vereinigung zum Verordnungsvolumen und zur Offenlegung des Ordnungsverhaltens bei, ebenso wie die genannte feste Arbeitsgruppe zur Einordnung neuer Arzneimittel

hinsichtlich des therapeutischen Nutzens für die Arbeit der Ärzte und die Behandlung der Patienten.

Und als besonders hilfreich möchte ich in diesem Zusammenhang darüber hinaus erneut den im Gesundheitsministerium angesiedelten Runden Tisch Arzneimittelversorgung erwähnen. Der Ansatz von Gesundheitsministerin Schwesig, die Akteure der Selbstverwaltung und weitere direkt zusammenzubringen, um die Optimierung einer wirtschaftlichen, sicheren und vor allem aber auch wirksamen Arzneimittelversorgung für die Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes voranzubringen, das ist in unseren Augen der richtige Ansatz. Und Ministerin Schwesig hat es angesprochen: Die herausgekommenen Initiativen und Kooperationen, zum Beispiel zwischen der Apothekerkammer und der Universität Rostock, die halten wir für sehr vorbildlich und vor allen Dingen auch weiterhin für sehr unterstützenswert.

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE! Im vorliegenden Antrag fordern Sie für unser Bundesland letztlich eben diese Zusammenarbeit von Kassen, Kassenärztlicher Vereinigung und weiteren, die de facto bereits läuft. Und in der Gesamtschau lehnen wir Ihren Antrag daher ab. – Ich danke sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Barlen.

Den Abschluss bildet jetzt der Abgeordnete Herr Koplin mit seinem Wortbeitrag. Bitte schön.

(Torsten Renz, CDU: Kommt drauf an, was er sagt. Herr Barlen hat ja noch Zeit.)

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Viele hier vorgetragene Argumente stützen eigentlich dieses Anliegen mehr, als dass sie dem widersprechen würden. Und wenn ich jetzt mir die Argumente mal durch den Kopf gehen lasse: „Die KV berät bereits“, da ist ganz einfach festzustellen, dass es vor allen Dingen an dieser Stelle um eine Beratung geht, die sich mit Grenzüberschreitungen beim Budget auseinandersetzt und da zu steuern versucht, und es ist auf alle Fälle eine passive Beratung. Wir streben eine aufsuchende, eine aktive Beratung an. Und die Hotline, die hier in die Diskussion geworfen wurde – da möge man sich mal vorstellen, dass eine Ärztin, ein Arzt auf einer Station sehr viele Betten zu betreuen hat oder in einer Niederlassung den Wartesaal voller Patientinnen und Patienten hat und dann eine Hotline bemühen möge, um entsprechende Informationen zu bekommen. Eben das alles wollen wir nicht.

Wir wollen eine aufsuchende Beratung und haben auch entsprechende Signale. Es ist ja nicht so, dass wir uns das aus den Fingern gesogen hätten. Ich führe als einen derjenigen an, die uns bestärkt haben in dem Anliegen, den Chef der Apotheke im Land, Herrn Dr. Weiß, hier aus Schwerin. Und wir bleiben dabei, es ist uns ja auch kritisch unterstellt worden, wir sind fest davon überzeugt, dass eine Positivliste ein großer Segen wäre. Ich möchte nur mal darauf verweisen: Auf dem Arzneimittelmarkt hierzulande werden 86.000 verschiedene Medikamente angeboten bei 30.000 verschiedenen Krankheitsbildern. Das macht schon mal die Dimensionen deutlich.

Und die Positivliste, Frau Ministerin, hat seinerzeit deutliche Unterstützung erfahren, nicht nur vom damaligen Chef der Bundesärztekammer Ellis Huber, sondern ich möchte auch daran erinnern, wie sehr sich Ulla Schmidt dafür eingesetzt hat, sogar die CSU war dafür. Die Einzige, die gebremst hat, war die CDU.

Und natürlich ist es so – um noch mal einzugehen auf den Einwand –, dass Ärztinnen und Ärzte, insbesondere im ländlichen Raum, die Reglementierung nicht haben wollen. Das ist wahrlich so. Aber es gibt zu dem Verschreibungsverhalten und auch zu dieser Auseinandersetzung um Reglementierung oder Freiheiten interessante Umfrageergebnisse, so zum Beispiel die, dass 80 Prozent der befragten Ärztinnen und Ärzte gesagt haben in einer entsprechenden Befragung: Wir verschreiben medikamentös richtig und sind uns ganz sicher, da keine Fehler zu machen. Aber im gleichen Atemzug sagen sie, sie gehen zu 60 Prozent davon aus, dass ihre Kolleginnen und Kollegen ein nicht so korrektes Verschreibungsverhalten hätten. Das macht deutlich, wie da die Sicht ist.

Wir bleiben dabei: Dieser Antrag ist gut und richtig, er ist angezeigt, er findet Unterstützung. Ich bedanke mich ausdrücklich für die Unterstützung bei Frau Dr. Karowski. Und das möchte ich hier noch mal jetzt außerhalb der inhaltlichen Auseinandersetzung anführen: Ich finde es mittlerweile fade und abgeschmackt, immer, wenn DIE LINKE einen Vorschlag hat, zu sagen, wir lehnen ab, weil wir machen ja schon. Und wenn die Koalitionäre einen Antrag haben, dann wird immer gesagt, wir machen schon, aber wir brauchen Rückenwind.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Regine Lück, DIE LINKE:
Recht hast du.)

Insofern sind da zwei Maßstäbe angesetzt. Überprüfen Sie mal bitte Ihre Argumentationsmuster!

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Schönes Wochenende.

(Julian Barlen, SPD: Sie haben die Argumente doch gehört.)

Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Koplin.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/1747. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/1747 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und der CDU abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe auf den **Zusatztagesordnungspunkt 3**: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Justiz, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten – Antrag auf Genehmigung der Anklageerhebung, auf Drucksache 6/1805.

**Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Europa- und Bundesangelegenheiten,
Justiz, Verfassung, Geschäftsordnung,
Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten
(Europa- und Rechtsausschuss, 3. Ausschuss)
gemäß § 70 GO LT (Immunitätsangelegenheiten)
Antrag auf Genehmigung der Anklageerhebung
– Drucksache 6/1805 –**

Gemäß Paragraph 70 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung entscheidet der Landtag ohne Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses auf Drucksache 6/1805 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses auf Drucksache 6/1805 bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gegenstimmen der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Zusatztagesordnungspunkt 4**: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Justiz, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten – Antrag auf Genehmigung der Anklageerhebung, auf Drucksache 6/1806.

**Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Europa- und Bundesangelegenheiten,
Justiz, Verfassung, Geschäftsordnung,
Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten
(Europa- und Rechtsausschuss, 3. Ausschuss)
gemäß § 70 GO LT (Immunitätsangelegenheiten)
Antrag auf Genehmigung der Anklageerhebung
– Drucksache 6/1806 –**

Gemäß Paragraph 70 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung entscheidet der Landtag ohne Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses auf Drucksache 6/1806 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses auf Drucksache 6/1806 bei gleichem Stimmverhalten angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 29. Mai 2013, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13.47 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. André Brie, Andreas Butzki, Helmut Holter, Vincent Kokert, Peter Ritter, Volker Schlotmann, Erwin SELLERING und Jürgen Suhr.